

**Alexej Priboi –
Putin - Des Teufels Stellvertreter?**

Wahrheit oder Lüge?

Alexej Priboi

Putin – Des Teufels Stellvertreter?

Wahrheit oder Lüge?

© 2022 Alexej Proboi
Umschlaggestaltung: Alexej Proboi.
Copyright Abbildungen: Alexej Proboi.
Autor Alexej Proboi, Anschrift über Verlag.
Verlag + Druck: tredition GmbH, Halenreihe 42, 22359 Hamburg.

978-3-347-59965-9 (Paperback)
978-3-347-59966-6 (Hardcover)

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig.
Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.
Die Rechte zur Nutzung aller in diesem Buch dargestellten Bilder und Illustrationen liegen dem Herausgeber vor.

**Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

INHALT

I. Vorwort.	07
II. Briefe an einen Despoten.	13
III. Thesen und Faktenchecks:	51
Einführung.	52
1. „ <i>Der Kalte Krieg ist vorbei!</i> “	54
2. NATO-Osterweiterung.	56
3. Energietechnische Abhängigkeit.	59
4. Putin ist verrückt geworden.	62
5. Begründende Kriegsrhetorik.	63
IV. Anhang:	79
1. Geschichte der Ukraine.	80
2. Wer ist Wolodymyr Selenskyj?	117
3. Geschichte Russlands.	137
4. Die Nato-Osterweiterung.	155
5. „ <i>Was diese Notiz über die Nato-Osterweiterung tatsächlich bedeutet</i> “.	163
6. Der NATO-Russland-Rat.	169
7. Putins Rede im Bundestag 2001.	177
8. Die „ <i>Russische Seele</i> “.	195
a. Aus der Sicht der Deutschen.	195
b. Aus der Sicht der Russen.	197
In memoriam.	203
Bildnachweise.	205

Dieses Buch ist Wolodymyr Selenskyj gewidmet

I. Vorwort

I. Vorwort.

Am 24.02 2022 wachten wir auf und die Welt war eine andere.

Die internationale Presse sagte uns, ein Weltzerstörer habe einen Krieg gegen ein kleines, unschuldiges, friedliches und Demokratie suchendes Land begonnen und damit endgültig bewiesen, dass er ein skrupelloser Lügner und Kriegsverbrecher ist.

Plötzlich schien ein oft heraufbeschworener Dritter Weltkrieg, den keiner mehr für möglich hielt, real und stand kurz vor der Türe, er „suchte sich quasi nur noch einen Parkplatz“, um endlich auszubrechen.

Dieser Kriegstreiber verhielte sich genau, wie der andere Weltzerstörer vor über 80 Jahren, der ein Nachbarland von Deutschland und der Ukraine, nämlich Polen, genauso ohne Grund, angegriffen und damit ein Welteninferno entfesselt hatte.

Hitler paarte seinen Angriff gegen die zivilisierte Welt zusätzlich mit einem Genozid an einem Volk, das in großen Teilen sein eigenes war, die Juden.

Putin begründet dies damit, Russland wolle sein „*Brudervolk*“, die Ukrainer, vor deren bösem Feind aus den eigenen Reihen, einer Neonaziclique retten, die ihr eigenes Volk versklaven und unterdrücken würde.

Hitlers Narrativ bzgl. der Juden, das wir hier nicht wiederholen müssen und wollen, erscheint ähnlich dem der Ukrainer zu sein, ebenso wahnwitzig und unlogisch. Wie kann ein ukrainischer Präsident, der selbst Jude ist, ein Neonazi sein?

An dieser Stelle hat die Welt das Gefühl, das alles, was damals, wie heute verlautbart wird, gelogen war und heute wieder ist.

Hitler und auch Putin mach(t)en sich noch nicht einmal die Mühe, ihre „Begründungsthesen“ glaubhaft zu formulieren. Warum also haben sie überhaupt solche? Warum handeln sie nicht ohne diese Falschbehauptungen ?

Ein kriegerischer Angriff, ohne schwachsinnige Begründung, wäre wenigstens noch ein „ehrlicher“ Krieg.

Bereits durch diesen Widerspruch kommt die Welt zu der Erkenntnis, mit wem sie es offenbar damals, wie heute, zu tun hat, nur dass uns allen diese Erkenntnis nicht wirklich hilft. Weltzerstörer machen ihr Ding, ob mit oder ohne Begründung.

Offenbar kann tatsächlich niemand solche Despoten wirklich aufhalten und der Grund scheint ebenso perfide, wie der Krieg selbst:

Wir haben den angstbesetzten Eindruck, wenn wir einschreiten würden, stießen wir unsere eigene Vernichtung an, wir lösten erneut einen Welten-

brand aus, diesmal mit noch schrecklicheren Folgen, denn Putins Waffenarsenal ist weltweit das größte und modernste und, was der Hauptgrund für Zurückhaltung zu sein scheint, Russland ist die größte Atommacht der Welt.

Wenn wir nichts täten, erreichten wir das Gleiche, als nähmen wir die Herausforderung eines gemeinsamen Krieges an. Ein Despot wie Putin macht weiter, bis er alles hat, was er will, aber was will Putin?

Manche unken, genau wie bei Hitler, habe Putin eine schwere Krankheit und wolle „nur noch“ auf den letzten Metern seinen Ruhm für alle Zeit sichern, der größte Feldherr aller Zeiten und ein neuer Zar für Russland (und/ oder die Neuerstehung eines russischen Neureiches) zu sein.

Auch Hitler hatte die Weltherrschaft als Ziel.

Auslöser.

Ein mit mir befreundeter Journalist erzählte mir von einem eigenwilligen Vorhaben und ließ mich daran teilhaben. Er versuche etwas Unerwartetes, etwas, das Putin nicht erwartet. Wird es funktionieren?

Versorgt mit den Informationen, die wir alle haben und die erst einmal nicht wirklich überprüfbar sind, will er Putin Briefe schreiben, will an einen Rest seiner Menschlichkeit appellieren, ihn an die großen Taten Russlands erinnern, die uns Deutschen letzt-

lich die Freiheit vom Faschismus und später die Wiedervereinigung brachte.

Er will ihn an die vielen Millionen Toten erinnern, deren Tatkraft und Opfer uns alle von seinem „Vorgänger“ Adolf Hitler befreien.

Mein Freund glaubt fest daran, dass Putin dies alles nicht verdrängt haben kann, er müsse doch verstehen, dass das, was er macht, nichts Gutes ist! Vor allem Putin, der besessen von Geschichte zu sein scheint, Geschichte, die ihn eines Besseren belehren müsste, dass Kriege letztendlich zu nichts „Gutem“ führen werden.

Mein Freund ist überzeugt, wenn er mit seiner Aktion nicht erfolgreich sei, wäre der Weltenbrand unvermeidbar. Es könnte unser aller Ende sein, deshalb versuche er es mit aller Macht, Putin umzustimmen.

Ob denn nun Briefe von einem unbedeutenden deutschen Journalisten, der Angst um die Welt hat, überhaupt zu Putin durchgeleitet werden würden, ist mehr als fraglich! Aber wer weiß?

Vielleicht wird er ebenso unlogisch und unerwartet reagieren, wie er den Krieg begann.

Sagen Sie also nicht, liebe Leserin, lieber Leser, es hätte niemand versucht! Ich hadere mit einem solchen Vorhaben, nehme mir aber vor, zu erwägen, mich damit zu befassen.

Ich bin nach wie vor skeptisch, ob wir nicht selbst Manipulationen des Krieges erliegen, ob alles so einfach ist, mit dem Gut und dem Böse?!

Ich beschließe, eigene Thesen zu entwickeln und sie mit Faktenchecks zu be- oder zu widerlegen.

Vielleicht finde ich doch die tatsächliche Wahrheit heraus?!

II. Briefe an einen Despoten

25.02.2022.

Gospodin Putin,

ich bin nur ein kleiner, unbedeutender deutscher Journalist, trotzdem wage ich es, Ihnen zu schreiben.

Sie sind seit gestern mein „Tutor“, sie lehren mich, das Leben, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, neu zu denken.

Ich wurde zwanzig Jahre nach Ende des Weltkriegs geboren, den Sie und ihr Volk den „Großen Vaterländischen Krieg“ nennen und wir den Zweiten Weltkrieg.

1945 begann für uns Deutsche die „Stunde Null“.

Wir waren nach 1945 Geächtete und das zu Recht. Wir hatten die Welt zerstört und vor allem den Glauben an die Menschheit.

Wir hatten zugelassen, dass wir, unser Volk, fast ein ganzes anderes Volk ausgerottet hatten und zusätzlich hatten wir Zig-Millionen Menschen anderer Völker, unter anderem von Ihrem Volk, sinnlos abgeschlachtet. Wir hatten die Welt beherrschen und zusätzlich judenfrei machen wollen.

Dann kamen Ihre tapferen Soldaten zu Millionen und beendeten den Spuk, zusammen mit anderen

Völkern, die uns, die Deutschen, mit unserem irren Führer, endlich stoppten.

Unser Land (und die ganze Welt) war „nur“ 12 Jahre von diesem Despoten Hitler in den Abgrund gerissen worden, aber die Folgen sind und werden noch Jahrhunderte weiter spürbar sein.

Die Straßen und Häuser sind alle wieder aufgebaut, aber unser Herz, als Deutsche und Menschen, ist ein für allemal zerstört. Und Millionen von Menschen konnten ihr Leben nicht fortsetzen, so, wie es ihnen von unserem „Schöpfer“ zugestanden war; sie wurden Opfer eines Regimes, das bis dato ohnegleichen gewesen war.

Wir konnten es kaum ertragen, zu erfahren, was unsere Väter und Großväter (und auch Mütter und Großmütter) alles getan hatten.

Unser Land ist heute noch nicht das, was es sein könnte, ein Land ohne Schuld und ohne Angst vor uns selbst.

Auch wenn wir inzwischen längst bewiesen haben, dass wir wieder Teil der Weltgemeinschaft sein können, auch wenn wir erwiesenermaßen nicht mehr kriegerisch und eroberungswütig sind, bleiben wir auf lange Zeit Geächtete, auch wenn es kaum einer mehr sagt.

Längst drängt man uns, bei Kriegen und Verteidigungen mitzumachen, obwohl wir eigentlich nicht wollen und eigentlich nicht dürfen.

Letztlich aber waren diese Erfahrungen, die unser Volk und unser Land gemacht hatte, „gut“ für uns. Heute überlegen wir uns dreimal (oder unendliche Male mehr), was wir tun und wann, ob es gut oder schlecht ist.

Und manchmal verärgern wir unsere ehemaligen Sieger und heutigen Partner, weil wir so zurückhaltend und vorsichtig sind und manche klagen uns an, dass wir feige wären und uns drücken würden, vor der Verantwortung, die ein so großes, starkes und wichtiges Land haben und einsetzen sollte!

Wie man es macht, ist es oft verkehrt.

Wir Deutsche sind ein merkwürdiges Volk, wir sind Opfer unserer Selbst, obwohl und weil wir Täter waren!

Ähnlich wie Israel ein Opfersyndrom hat (zumindest habe ich es selbst dort erlebt), haben wir ein Tätersyndrom, wir sehen vieles nur noch durch diese Brille, aber letztlich bin ich überzeugt, es ist gut so.

Heute dürfen wir wieder ein bisschen stolz sein, wir haben die uns aufgezwungene Demokratie angenommen, haben sie für uns weiterentwickelt, haben sie zum Reifen gebracht, auf unsere eigene, deutsche Weise.

Wir sind wichtige Mitglieder von Nato und EU und können stolz darauf sein, dass wir uns friedlich und konstruktiv (natürlich mit vielen Mängeln) wiedervereint haben, ohne, dass ein einziger Schuss gefallen und irgendjemand verletzt worden wäre.

Es fiel kein Russe und keiner der eigenen ostdeutschen Schwestern und Brüder.

Ihr Land (damals die Sowjetunion) hatte uns die Wiedervereinigung und die gesamtdeutsche Nato-mitgliedschaft erlaubt bzw. es irgendwie auch mit Gorbi ausgelöst und gefördert.

Gorbi (wir nennen ihn hier nicht despektierlich so, weil er unter diesem Spitznamen in Deutschland verehrt wird!) war unser Held, er hat tatsächlich die Welt verändert, vielleicht an der einen oder anderen Stelle ungewollt, aber doch mit Herz und Verstand.

Er brachte damit viele damaligen despotischen Systeme, selbst das eigene sowjetische, zu Fall und schuf die Chance zu einer neuen Welt, zu einem neuen „Haus Europa“.

So sind Russland und Deutschland unverrückbar miteinander verbunden, auf ewige Zeit.

Trotz oder wegen aller gegenseitigen Verletzungen und trotz oder wegen Kriegen und Mordes, sind wir ein reales europäisches Brudervolk. Wir können nicht ohne den anderen; im Grunde, wie alle auf der Welt.

Das ist die Wahrheit und wenn wir einen aus dieser Weltfamilie verletzen, verletzen wir uns selbst. Wenn wir ein anderes Volk zerstören wollen, zerstören wir uns selbst.

Mein Eindruck ist, Sie haben angefangen, sich selbst und ihr Volk zu zerstören, ihre Seele könnte in Brand geraten und Sie könnten sich selbst vernichten.

Und das Herr Putin, möchte ich nicht, ich möchte, dass sie leben, weil sie mein Bruder sind.

Sie haben noch Zeit, das zu erkennen, ihren Wahnsinn zu stoppen und ich verspreche Ihnen, wir werden Sie feiern, weil sie noch rechtzeitig aufgehört haben.

Sie werden in der Lage sein, ihren Fehler zurückzunehmen. Sagen Sie allen einfach, Sie haben schrecklich geirrt und gehen mit ihrer Armee nach Hause.

Wir werden sie feiern und wir werden, alle zusammen, die Schäden reparieren, die Wunden heilen und die Welt neu gestalten.

-

,Beim Schreiben des Briefes muss ich an einem bestimmten Punkt eingeschlafen sein. Welcher Punkt war es?

Ich wache auf und erkenne, mein Brief hatte geendet, er war jedoch noch gar nicht fertig gewesen und ich habe ihn nur weitergeträumt.

Es könnte so einfach sein, die Welt zu retten. Mein Traum hatte es mir aufgezeigt, es könnte einfach sein, aber es ist es nicht!’

27.02.2022

Gospodin Putin,

2001 waren Sie Gast in unserem Deutschen Bundestag und machten uns alle Hoffnung auf die Konsolidierung eines gemeinsamen europäischen Hauses. Sie selbst schlugen es vor!

Heute höre ich, dass Sie das alles nie wirklich ernst gemeint hatten. Sie wollten uns allen nur nach dem Mund reden, sagen, was wir hören wollten. Man behauptet, Sie waren bereits damals ein Lügner.

Wir hatten Sie beim Wort genommen.

Sicher, wir, die Nato und/ oder die EU, oder nur wir Deutschen, hätten Sie weiterhin mit in ein gemeinsames Boot nehmen sollen, klug wäre es sicher gewesen, Ihnen z.B. die Natomitgliedschaft anzubieten. Manche behaupten, das wäre tatsächlich geschehen, Sie hätten jedoch zu hohe Ansprüche gestellt?

Hätten Sie das Angebot denn angenommen? Wahrscheinlich nicht, aber es hätte den jetzigen Kriegseinsatz unnötig gemacht.

Sicher und verständlich ist auch, dass Sie finden, die Nato rücke immer weiter in ihr Einflussgebiet vor, das stimmt. Die Krux dabei ist jedoch, dass jeder Staat für sich entscheiden kann, welcher Si-

cherheitsstruktur er sich anschließt und welcher nicht.

Russland wollte doch nicht mehr wie die Sowjetunion sein, die sich Vasallenstaaten „hielt“ und ihnen alles vorschrieb, was sie zu tun und zu lassen hatten.

Aber man hätte über alles besser reden können, alles wäre möglich gewesen, auf beiden Seiten.

Aber Sie schienen immer weiter in eine eigene Blase abzurutschen, in der Sie die Wirklichkeit im Außen nicht mehr unabhängig und vernunftmäßig beurteilen können.

Warum haben Sie offenbar das Leid zweier Weltkriege vergessen? Warum gefährden Sie den Weltfrieden, und lassen es darauf ankommen, dass sich ein Dritter Weltkrieg entwickelt?

Ich verstehe es nicht oder sind Sie vielleicht verrückt geworden? Von meiner Warte aus, macht das den Eindruck.

Überlegen Sie einmal selbst, finden Sie es normal, dass der Präsident eines Landes, also nur ein einziger Mensch, die ganze Welt beeinflussen und in Angst und Schrecken versetzen kann?

Ich hätte nie gedacht, dass so etwas möglich ist.



Abb. 02

Russische Panzer sollten nur noch auf Denkmalsockeln stehen und nicht eingesetzt werden.



Abb. 03

Der Maidan (Hauptplatz in Kiew) sollte bald wieder so aussehen!

01.03.2022

Gospodin Putin,

Als US-Präsident Trump an der Macht war, dachte ich noch (und bestimmt auch viele andere), dass Sie wesentlich vernünftiger und normaler seien, als der total abgedrehte Trump.

Im Vergleich zu Trump erschienen Sie als das kleinere Übel, wenn nicht sogar als die bessere Variante. Nicht umsonst machte sich mein Land zum Beispiel zu 55% von Ihrem Gas abhängig.

Natürlich hatte niemand, vor allem ich, nicht im Traum daran gedacht, dass Sie einen Krieg in Europa beginnen würden.

Wie hatte ich mich doch getäuscht!

Nun machen Sie selbst den Eindruck, als seien Sie ein Wolf im Schafspelz, ein Teufel, der wie ein Faust'scher Verführer alle Welt betört hat, um dann brutal und rücksichtslos, aber auch völkerrechtswidrig zuzuschlagen und alle Regeln internationalen Rechts zum Teufel, nämlich zu sich selbst, zu jagen.

Verträge, die ihr Land jemals geschlossen hatte, werden nunmehr reine Makulatur.

Die Welt hat das Gefühl, Sie hätten sich inzwischen in Gänze gegen sie (außer ein paar Schurken, wie Nordkorea) gestellt.

Jetzt geht es um Alles oder Nichts.

Ohne Gesichtsverlust werden sie nicht mehr da herauskommen! Mir schwant deshalb Böses, ich befürchte, sie werden, ähnlich wie Hitler, am Ende aufgeben müssen und aus Rache noch auf den berühmten roten Knopf drücken.

Sie wirken, als verhielten Sie sich, als dächten Sie: ‚Nach mir, im wahrsten Sinne des Wortes, die apokalyptische Sintflut!‘ Kann das wirklich stimmen?

Die Welt hat sich nicht nur energietechnisch völlig abhängig von Ihnen gemacht.

Das ist typisch für ein Faust'sches Dilemma, wir haben unsere Seele an das Gute in Ihnen verkauft, nun schlägt es, in Person von Ihnen, brutal und unbarmherzig zurück. Sie können kein Mensch sein, nur der Teufel selbst täte das, was Sie tun.

Viele fordern, wir würden Sie bekämpfen und dorthin schicken müssen, wo der Teufel hingehört, in die Hölle!

Aber es wird doch auch unsere Hölle sein, die Hölle der Vernichtung!

02.03.2022

Gospodin Putin,

Ihr Angriff geht weiter und die Welt fragt sich, was eigentlich Ihr Ziel sein könnte und wie es käme, dass Sie sich gegen fast alle gewendet haben, sich zum Feind der Welt machen?

Es kann nur so sein, dass sie in Wirklichkeit nicht damit gerechnet haben, dass wir, Ihre von Ihnen zu Feinden deklarierte Gegner, alle einig sein würden, dass wir diesmal nicht zerstritten sind, wie sonst zumeist.

Sie hatten gedacht, die Reaktion auf die Annexion der Krim sei die Blaupause für das, was passieren oder eben nicht geschehen würde. Außer ein paar Sanktionen „fürs Auge“ und halbherzige Proteste, hatte es 2014 keine weiteren Probleme gegeben.

Ähnlich, wie Hitler Polen überfiel, überfallen Sie nun, für alle sichtbar, ein ganzes Land, das selbstständig ist und offensichtlich frei bleiben will.

Einige sagen, Sie hätten auch nicht mit vereintem Widerstand gerechnet. Ihre Berater hätten von einem „Durchmarsch“ geträumt und Ihnen suggeriert, die Eroberung der Ukraine sei in wenigen Tagen erledigt.

Aber Ihr von Ihnen selbst so genanntes „Brudervolk“ wehrt sich und kämpft für seine Freiheit.

Es will nicht Teil eines neuen russischen Reiches sein, es will Mitglied in einer anderen Welt werden, die EU und die Nato sind die erstrebenswerten Bündnisse.

Über die Jahre, nach 1991, war der Eindruck entstanden, Sie hätten selbst immer Teil dieser Gemeinschaft sein wollen, aber dann müssten Sie ja Demokratie, Individualismus und freiheitliche Werte achten und das wollen Sie offensichtlich nicht.

Unwillkürlich ahnen Sie offenbar, es würde Ihr Ende sein, Sie wären nicht fähig, diese Werte zu gewähren, weil Sie sie selbst überall abschaffen.

Gorbi hatte das nicht nur gewusst, sondern akzeptiert, er hatte seine Macht an Sie abgegeben und wurde zum tragischen Held, den zumindest in Deutschland alle verehren. Gorbi ist ein Mythos und Sie sind es zumindest nicht!

Sie scheinen nun all das, was möglich gewesen wäre, zu bekämpfen, anstatt es zu nutzen. Sie werden, nach meiner Prognose, nicht zurücktreten, der einzige Weg, der Ihnen in dieser Konstellation bleibt, wäre gänzlich abzutreten, namentlich zu sterben.

Sie würden wahrscheinlich getötet werden oder es selber tun und dann würden Sie wie Hitler unehrenhaft, gehasst und als Kriegsverbrecher und Mörder angesehen werden, der als Despot in die Geschichte eingehen wird.

Nun tun Sie mir fast wieder leid. Ich habe sie noch, diese Empathie, die Ihnen offensichtlich gänzlich abgeht.

Ihr Einmarsch in die Ukraine verbrennt vor den Augen der Welt Menschen, Infrastruktur und Erde, sie wirken wie ein Weltzerstörer, nicht wie ein tragischer Held.

Spätestens die Geschichtsschreibung nach Ihnen, wird über Sie richten, wenn es nicht ein internationales Strafgericht ist.

Sie wären verdammt, Herr Putin, und das wäre gut so.



Abb. 04

Kiew, eine Perle des Ostens.



Abb. 05

Diese Friedenstaube fehlt im März 2022.

03.03.2022

Gospodin Putin,

Sie haben offenbar Ihre Armee ins Ungewisse geschickt.

Ganz junge Rekruten wissen gar nicht, dass sie in einen realen Krieg ziehen! Ihnen wurde vorgegaukelt, dass sie ein Manöver abhalten.

Was für ein perfides Spiel treiben Sie mit ihren eigenen Leuten?! Zuhause belügen Sie offenbar Ihr eigenes Volk!

Es müsse ein faschistisches, neonazistisches Regime in der Ukraine gestürzt werden, um die Ukrainer und die dort lebenden, eigenen russischen Landsleute zu befreien.

Wie ist es möglich, dass Sie alle unabhängigen Berichterstattung im eigenen Land einfach gleichschalten und das größte Land der Erde im Ungewissen über die Wahrheit lassen können und wollen? Ist das tatsächlich möglich?

Alle sagen es, aber ich kann es eigentlich nicht glauben. Überdies haben Sie es verboten, den Militäreinsatz einen Krieg zu nennen. Er heißt Sonder Einsatz.

Welcher Hohn!

Wer es in der heutigen Zeit schafft, alle Medien gleichzuschalten und Teile des Internets abzuschalten, muss nach meiner bisherigen Auffassung ein totalitärer Diktator sein. Wie erklären Sie das?

Dass so etwas heute überhaupt möglich ist!

Sollte es stimmen, wären Sie für mich genauso schlimm wie Hitler. Sie wären einer der totalitärsten Despoten, den die Welt je gesehen hätte. Selbst Idi Amin sähe dagegen wie ein Anfänger aus!

Ich sehe die schönen alten Gebäude z.B. in Lviv, die alle in Schutt und Asche gebombt werden und erinnere mich an meine Heimatstadt Köln, die im Zweiten Weltkrieg zu 90 % zerstört wurde.

Die Kultur und Bausubstanz von Jahrhunderten wurden dem Erdboden gleich gemacht und es dauerte Jahrzehnte, alles wieder aufzubauen. Es wurde niemals mehr so schön, wie vorher.

In Köln waren es nicht die Russen, die alles zerstört hatten (dafür in Berlin umso mehr), sondern Amerikaner und Briten.

Aber hierbei ging es um die Befreiung von einem tatsächlichen, realen Faschismus und das Beenden eines mörderischen Weltkriegs.

Es war ein Verteidigungskrieg, um Hitlerdeutschland in die Knie zu zwingen.

Nun tun Sie offenbar das Gleiche, Sie zerbomben eine alte, europäische Stadt bzw. ein ganzes Land.

Und es ist kein Verteidigungsfeldzug, es ist purer Angriffskrieg, nicht um Menschen vom Faschismus zu befreien, sondern um Ukrainer zu unterdrücken und gefügig zu machen, sagen unsere Experten.

Dies ist mutmaßlich wieder einmal eine Zeitenwende, die Sie einläuten.

Ich musste lernen, dass ich Jahrzehnte bequem war und daran glaubte, mit zwei Weltkriegen sei alles vorbei gewesen. Ich erfahre, dass die ruhmreiche Rote Armee nicht mein Befreier, wie damals, zu sein scheint.

Die Nachfolgeorganisation der Roten Armee ist, nach dem, was mir an Informationen vorliegt, heute ein Aggressor, der die Welt auf den Kopf stellt.

Ich vertraute mein ganzes bewusstes Leben lang auf die bis dato bestehende Weltordnung.

Sicher, wir hatten alle Angst vor dem Kalten Krieg gehabt, aber irgendwie hofften wir damals, dass das Gleichgewicht der Kräfte einen Dritten Weltkrieg verhindern würde. Und obwohl uns allen dieser Krieg ein paar Mal gedroht hatte, wurde er glücklicherweise nicht entfacht.

Die Welt schien eingefroren in einer „gesetzelten“ Starre des Gleichklangs zwischen den Supermäch-

ten, die überdies eigentlich gemeinsame Alliierte gegen den Faschismus gewesen waren und sich nun, wie Brüder, gegenseitig misstrauten und abschreckten.

Selbst die Sowjetführer waren klug genug gewesen, den Status Quo der Aufteilung der Welt nicht auszureizen und etwa anzugreifen. Aus heutiger Sicht mutet es fast friedlich an.

Was nun berichtet wird, was Sie tun, wäre das Ende all dessen, was Jahrzehnte funktioniert hatte.

Sie hätten das Gleichgewicht zerstört, Sie setzten alle Menschen auf diesem Planeten in Angst und Schrecken. Der Dritte Weltkrieg wäre real möglich und er stünde, wie der Teufel selbst, vor unserer Türe.

Sie werden hier inzwischen wie ein Antichrist betrachtet, der zum Teufel auf Erden wurde!

Ist das die Wahrheit oder ist es Lüge, Ihrer Meinung nach? Wenn es stimmt, kehren Sie um, erkennen Sie, dass Sie „nur“ ein Mensch sind und kein Gott oder Übermensch.

Kehren Sie um, ziehen Sie ihre Armeen ab, geben Sie klein bei und retten Sie vor allem sich selbst.

Die Geschichte der Zukunft wird es wissen, wie Sie sich entschieden haben und ob das Ganze tatsächlich der Wahrheit entspricht.

Ich ahne, dass es nicht gut ausgehen wird, für Sie und für uns.

Möge der, der da oben waltet, gnädig mit uns sein.
Und der, der da oben ist, sind eindeutig nicht Sie, Herr Putin.

05.03.2022

Gospodin Putin,

Es ist nicht schön, aber jedem klar, dass im Krieg gelogen wird, man sagt ja, das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.

Aber man kann das Lügen noch weiter in perfider Perfektion betreiben und da scheint Ihr Außenminister Lawrow ein düsteres Beispiel abzugeben.

Auf die internationale Presse wirkt es so, als verdrehe er jede Tatsache in eine Lüge, z.B. behauptet er (und damit Sie), die Ukraine werde von Neonazis regiert und müsse deshalb entnazifiziert werden.

Präsident Selenskyj ist selbst jüdischen Glaubens, wie kann er da ein Neonazi sein? So etwas Unlogisches hat die Welt noch nicht zu hören bekommen!

Des Weiteren fordert Lawrow, die Ukraine müsse völlig demilitarisiert werden.

In Wahrheit hatte sie nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit 1991 bereits freiwillig ihre Atombevorratung, an ihr Land Russland, abgegeben.

Eine Begründung für diese absurd klingende Forderung, äußerte Lawrow nicht und von Ihnen war in dieser Hinsicht auch nichts zu erfahren.

Laut Ihrer Doktrin, habe die Ukraine keine Berechtigung auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung und nun soll sie auch noch all ihre nichtnuklearen Waffen abgeben und völlig wehrlos dastehen.

Diese Ihre und Lawrows Forderungen erscheinen nicht nur unverschämt, sondern total absurd! Trotzdem werden sie durch Lawrow vor aller Welt auf einer Pressekonferenz aufgestellt.

Ebenso wird dort die Behauptung geäußert, dass die Ukraine ihr eigenes Volk versklaven und als menschliche Schutzschilde missbrauchen würde.

Wie kann so etwas jemand jemals glauben? Niemand glaubt es! Russland erscheint hier als Aggressor und nicht die Ukraine; das momentan angegriffene Land Ukraine verteidigt sich und hat natürlich auch ein naturgegebenes Recht darauf!

Ihre Argumentation richtet sich darauf, die Ukraine sei das Böse und stellen deshalb diese Forderungen auf, dieses Böse zu stoppen.

Mir fehlen hierzu die Belege, die Sie nirgendwo bisher geliefert haben. Sie rechtfertigen Ihren Angriffskrieg mit Verhältnissen der Vergangenheit, mit Geschichte.

Geschichte ist naturgemäß immer Vergangenheit, wir Deutsche stellen auch nicht die Forderung auf:

„Wir haben den Zweiten Weltkrieg zwar verloren und danach Garantien für den Beibehalt der dadurch entstandenen Grenzen abgegeben, fordern aber jetzt unsere alten Gebiete im Stand von 1937 zurück, u.a. z.B. das heutige Kaliningrad (früher Königsberg in Ostpreußen)“

Das tun wir nicht, zum einen, weil, die Vergangenheit eben Vergangenheit ist und weil wir zum anderen Verträge geschlossen haben, dass alles das, was der von uns angezettelte Krieg zur Folge hatte, immer so bleibt!

Auch in Russland gab es viele geschichtlichen Veränderungen, das stimmt, aber diese kann man nicht einfach zurückdrehen oder ausradieren, deshalb sehen die politische Landkarte und gesellschaftliche Konstellation heute völlig anders aus.

Eine Veränderung dieses mühsam erstrittenen Status Quos ist nicht umsetzbar, in erheblichem Maße international unerwünscht und abgesehen davon, völkerrechtlich verboten.

Das jetzige Verhalten Russlands unter Ihrer Rigide gebärdet sich ähnlich wie Hitlerdeutschland, als die Nazis die Judenvernichtung als Vorwand nutzten, um die arische Weltherrschaft anzustreben.

Auch Russland hat diese Art von Vorwänden bereits öfter benutzt und tut es gerade wieder, offenbar um

Ihre putin'sche Version von Vorherrschaft und hegemonialem Anspruch durchzusetzen.

Ihr Ziel scheint zu sein, das alte, große Russische Reich (wie auch die Sowjetunion eins war oder damals sein sollte) wieder erstehen zu lassen und es wirkt so, dass es Ihnen darum geht, Einflussgebiet zu erweitern.

Wer weiß, was Sie alles noch geplant haben?

Momentan befürchten viele Menschen in Europa, dass Sie noch weitere Länder angreifen wollen?!

In diesem Zusammenhang wirkt es hanebüchen, der Ukraine ihr Existenzrecht als eigener Staat abzusprechen. Fakt ist aber, dass die Ukraine ein eigenständiger, selbstständiger, demokratischer Staat ist! Sie gehört nicht zur Russland. Was auch immer in der Vergangenheit in dieser Beziehung einmal anders war, ist nun Vergangenheit.

Deshalb hat die Ukraine auch, wie jeder andere dieser eigenständigen Staaten, ein Recht auf Selbstverteidigung, wenn sie, wie jetzt gerade von Russland, angegriffen wird.

Diese Tatsache gefällt Ihnen sichtbar nicht, Herr Putin.

Auf eine gewisse Weise kann ich es im Ansatz sogar nachvollziehen, was Sie offenbar seit geraumer Zeit denken und vorbereitet haben:

„Die Nato kommt immer näher an mein Einflussgebiet heran, da muss ich endlich etwas entgegensetzen!“

Aber Russland ist doch groß genug, warum soll es noch größer werden? Ist das Größenwahn oder Selbstüberschätzung? Was wollen Sie noch mehr?

Das Wichtigste ist der Frieden, alles andere kommt danach.

Der Westen und Sie hätten vielleicht im Vorfeld mehr miteinander reden müssen. Vielleicht ist aber auch schon zuviel geredet worden?!

Man hätte rechtzeitig und intensiver über eine realistische Sicherheitspartnerschaft reden können, im Sinne von beiden Parteien, der Nato und der Russischen Föderation und das auf gleicher Augenhöhe.

Hätten wir in dieser Weise geredet, gäbe es diesen Konflikt heute vielleicht nicht.

Was hinter Ihrem Handeln steckt, ist doch ein Denken in althergebrachter Gegnerschaft: Die Guten gegen die Bösen. Immer noch verhalten wir uns alle wie im Kalten Krieg.

Sie hatten doch 2001 im Deutschen Bundestag gesagt:

„Der Kalte Krieg ist vorbei!“

Sie denken offenbar jedoch in Wirklichkeit noch in alten Strukturen, in Kategorien des Zarenreiches, Sie denken an Machtanhäufung, wie es im Sowjetreich Staatsdoktrin war. Sie denken nicht an morgen und auch nicht an heute!

Deswegen ist es zu diesem Krieg gekommen und deswegen stehen wir an der Schwelle zu einem neuen Weltkrieg, der jederzeit möglich ist. Es braucht nur etwas Ungeplantes zu geschehen.

Ich verstehe nicht, dass alle Vorkriegsbemühungen, mit Ihnen zu reden, nichts bezweckt haben.

Sie hatten, wie so viele vor Ihnen, gelogen, es bestünde keine Absicht, in die Ukraine einzumarschieren, es seien nur Übungen an deren Grenze geplant!

Sie haben unseren Bundeskanzler und den französischen Präsidenten Macron eiskalt belogen und das Augenfälligste dabei war, dass Sie diejenigen, die zu Ihnen kamen, um für Frieden zu betteln, zusätzlich noch demütigten, indem Sie sie an einem Tisch platzierten, der sechs Meter Abstand zu Ihnen aufwies.

Nur wer blind war, konnte das nicht sehen. Die Welt hat es gesehen, was Sie damit sagen wollten. Nun wusste man, dass diese Gespräche reine Show und Makulatur waren.

Wer seine Gäste, die um Frieden betteln, in sechs Metern Abstand abblitzen lässt, der zeigt der Welt das, was er in Wahrheit denkt, ohne Worte.

Wir Deutsche oder besser unsere deutschen Regierungen, also die aktuelle und die vorherigen, haben ihnen vertraut.

Wir beziehen 55 % Gas, 35 Öl und andere Energieträger von Ihnen, das tut man nur dann, wenn man dem Handelspartner vertraut und wenn man davon ausgeht, dass Liefersicherheit besteht und derjenige, von dem man kauft, annähernd ähnlich denkt und handelt, wie man selbst, vor allem in Beziehung von Werten und Menschenrechten.

Ich würde nie in ein Geschäft gehen wollen, wo ich weiß, ich werde verachtet, belogen oder schlecht behandelt! Niemand würde so etwas tun!

So wirkt es so, dass Sie auf ganzer Strecke versagt hätten, als Führer einer großen historischen Nation, als Lieferant für den Westen, als vertrauenswürdiger Politiker.

Eines Tages werden wir alle für all das bezahlen, was wir versäumt haben, das ist das einzige, was momentan sicher ist!



Abb. 06

Die Ukraine, ein heller Lichtblick, bedroht vom „Reich des Bösen“.

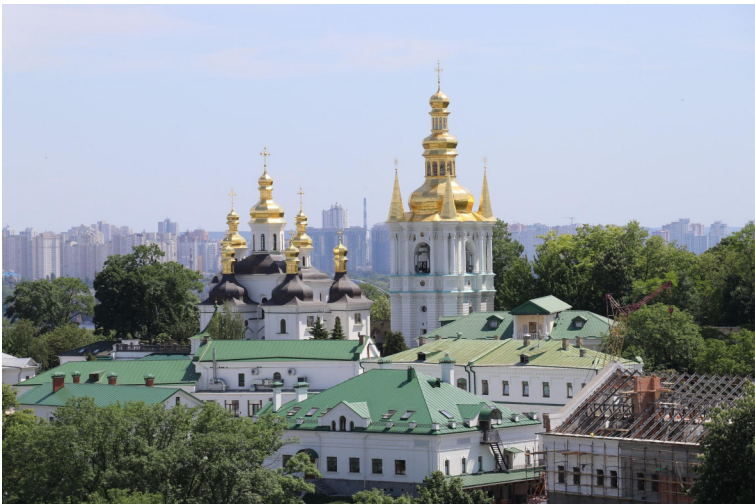


Abb. 07

Ob diese schöne Kirche eine Apokalypse überstehen würde?

16.03.2022.

Gospodin Putin,

die Frage, die uns allen auf den Nägeln brennt, lautet, wie soll das Ganze zu Ende gehen?

Es gibt einige Szenarien.

Wir alle haben auch aus Geschichte gelernt und vor allem einige Despoten der Vergangenheit beobachten können, besser müssen.

Bereits Adolf Hitler verhielt sich ähnlich, wie Sie:

Er rüstete eine längere Zeit lang auf, obwohl er dies nach dem Ersten Weltkrieg nicht durfte. Dies wurde jedoch von den anderen Staaten weitestgehend geduldet.

Er legte seine Pläne, andere Länder zu überfallen, natürlich nicht offen. Dann aber überfiel er Polen und der Zweite Weltkrieg begann.

Nachdem der Krieg verloren war, setzte er alles auf eine Karte: Verbrannte Erde, Kampf bis zum letzten Atemzug, keine Kompromisse, absolute Vernichtung, Holocaust und am Ende Selbstmord im Führerbunker.

Wie stellt es sich heute bei Ihnen dar?

Sie haben ähnlich „heimlich“ aufgerüstet, Truppen an der Grenze der Ukraine zusammengezogen und die Welt belogen, es handele sich lediglich um Militärübungen.

Sie haben ebenfalls ein Land überfallen, nämlich die Ukraine, und gehen dort einen brutalen Weg der Vernichtung, achten weder Konventionen, noch Kriegsgesetze und greifen kriegsverbrecherisch zivile Ziele, also Wohnhäuser, Krankenhäuser und Hilfsorganisationen an.

Sie lügen der Welt ins Gesicht und kommen damit sogar durch!

Es gibt für Sie, wie bei Hitler(-deutschland) keinen Weg zurück. Die Wege der Diplomatie scheinen ausgereizt bzw. fruchten nicht.

Es scheint nur noch auf Vernichtung, einen kompromisslosen Sieg oder eine schmachvolle Niederlage hinauszulaufen.

Da Ihnen Ihr Vorhaben momentan nicht so einfach zu gelingen scheint, wie Sie dachten und die Welt Sie solidarisch und einheitlich isoliert hat und durch Sanktionen auszehrt, gibt es für Sie, aus Ihrer Sicht, bereits jetzt kein Zurück mehr.

Entweder Sie werden sterben oder siegen.

Wenn Sie siegen sollten, werden Sie mit ihrem Sieg nichts anfangen können. Die internationale Ächtung wird dauerhaft bestehen bleiben.

Meine Befürchtung ist, Sie werden keinen anderen Ausweg sehen, als die ultimative Vernichtung der Nato und ihrer Mitglieder. Jetzt sehen Sie die lang-ersehnte Möglichkeit dazu.

Augenscheinlich empfinden Sie Verachtung und Hass uns allen gegenüber.

Sie werden den Dritten Weltkrieg anzetteln und niemand weiß, wie er ausgehen wird. Die Mutmaßung zu seinem Ausgang kann jedoch nur die sein, dass es zum Einsatz von Atomwaffen kommen wird, die uns alle vernichten.

Der Zweite Weltkrieg endete erst dann endgültig, als Japan durch Hiroshima und Nagasaki zur Kapitulation gezwungen wurde.

Deshalb glaube ich, entweder Sie werden uns in dieser Weise atomar angreifen und uns und sich selbst vernichten oder wir werden es tun (müssen).

Gäbe es einen Gott, wird auch dieser uns in diesem Falle nicht mehr helfen können!

Was also sollen wir tun? Bisher tun wir (militärisch) nichts! Vielleicht ist das gut oder schlecht.

Ich appelliere an Sie, Herr Putin, kehren Sie jetzt um. Verhandeln wir auf oberster Ebene.

Ich vermute, es wird dafür zu spät sein.

17.03.2022.

Gospodin Putin,

Sie sind für alle Welt nun ein Ausgestoßener, eine Persona non grata. Und dies war vor Jahr und Tag noch völlig anders.

Sie waren ein regelmäßiger Gast in allen westlichen Ländern, machten Geschäfte mit ihren Energiestoffen und trotz aller Kritiken an Ihnen und Ihrer Politik fehlender Menschenrechte oder demokratischer Grundstrukturen, hofierte man Sie förmlich als Partner und sogar Freund.

Das schien Ihnen alles nichts wert zu sein, im Gegenteil, Sie schienen uns in Wahrheit zu verachten.

Nun sind Sie wenigstens in diesem Punkte ehrlich, indem Sie es öffentlich sagen, was Sie immer schon wirklich gedacht (und geplant) hatten.

In der Natur und speziell in der Physik, aber auch in der Psychologie, gibt es das Phänomen des Gegenparts. Und schon die Bibel stellte diese Bipolarität bildlich dar: Das Gute bedingt das Böse und umgekehrt.

Und da wir Sie nun als das Böse ausgemacht haben bzw. Sie uns gezeigt haben, dass Sie sich wie das Böse in Person verhalten, so gibt es auch den Gegenpart dazu:

Wolodomyr Selenskyj.

Kein Präsident der Neuzeit hat sich bis dato so gezeigt, wie dieser Mann.

Anfangs noch als Komiker (der er tatsächlich im Fernsehen war) belächelt und später, als Wahlsieger zur Präsidentschaft, oft noch angefeindet, geriert er sich nun als heldenhafte Gestalt der Moderne.

Trotzdem, dass die US-Amerikaner ihm Asyl und Abholung in Kiew angeboten hatten, blieb er in seiner Hauptstadt, bei seinem Volk, um mit eigenen Händen, mit ihnen zusammen, gegen die russische Übermacht zu kämpfen.

Täglich twittert und postet er, was das Zeug hält und hält seine Leute mit aufmunternden Durchhaltereden bei der Stange.

Er ist sich nicht zu schade, täglich den Stand der Dinge zu berichten, um immer wieder zu bekräftigen, dass sich die Ukraine gegen Russland, bis zum Schluss, verteidigen wird.

Gleichzeitig schaltet er sich in die wichtigsten Parlamente per Videobotschaft ein und beeindruckt mit seinen emotionalen und engagierten Appellen und politischen und militärischen Forderungen die ganze Welt.

Noch nie zuvor hat es so etwas in dieser Form gegeben.

Selenskyj erscheint als das Gegenteil zu Ihnen, dem „Antichristen“ Putin, er zeigt sich als der Messias der neuen Zeit.

Aufrecht und mutig zeigt er uns allen, worum es im Leben geht. Mut, Ehrlichkeit und Tatkraft, zur Verwendung in einem gerechten Kampf für Freiheit und Demokratie. Hier kämpft jemand für uns alle und das sagt er auch.

Europa weiß das und hat es begriffen, kann jedoch nicht handeln, weil es den allumfassenden Weltkrieg fürchtet, den Sie, Herr Putin, angedroht haben.

Sie drohen mit ihm und niemand zweifelt inzwischen mehr daran, dass Sie ihn auslösen werden. Sie werden ihn drücken, diesen berühmten bildhaften, roten Knopf, der uns alle vernichten wird.

So mutet es fast biblisch an, dass es nun zwei Menschen gibt, die die Klischeés von Gut und Böse und von Antichrist und Messias, versinnbildlichen.

Fast schon lächerlich und plakativ verschmelzen diese uralten biblischen Muster mit einer modernen Umsetzung in Form von Medienschlachten und Cyberattacken.

Im Märchen geht eine solche Konstellation immer gut aus, das Gute gewinnt und obsiegt. In „Ihrem“ Fall dürfte es ganz anders ausgehen.

Hoffen wir, dass Sie doch noch ein Mensch sind, der den Antichristen in sich selbst besiegen kann, um uns alle, die Welt des 21. Jahrhunderts, zu retten.

Ich flehe Sie förmlich an, widerlegen Sie all diese Vorwürfe Ihnen gegenüber, legen Sie Ihre Beweise für Ihre Sicht der Dinge auf den Tisch.

Belegen Sie, warum Sie wirklich die Ukraine angegriffen haben. Zeigen Sie uns, warum die ukrainische Regierung Neonazis sind.

Solange dies nicht geschieht, wird all das, was in meinen Briefen an Sie behauptet wird, zur tatsächlichen Wahrheit.

Herr Putin, gerade Sie würden das nicht dulden, deshalb reden Sie mit „uns“ allen.

Wenden wir gemeinsam die Apokalypse ab.

III. Thesen und Faktenchecks

III. Thesen und Faktenchecks. Einführung.

Wie vorab bereits erörtert, könnten wir theoretisch alle, obwohl wir selbst in Deutschland und der EU keine Kriegspartei im eigentlichen Sinne sind, trotzdem und vielleicht gerade deshalb, meist auch ungewollt, einer einseitigen, tendenziösen Berichterstattung oder zumindest einer intendierten einseitigen Lesart einer Gesellschaftsordnung, wie der unseren, unterworfen sein.

Inwieweit wir heute, trotz weitreichender freier bzw. unabhängiger Berichterstattung und Internetverfügbarkeit von staatlicher und/ oder Medien-Seite manipulierbar wären, können wir ad hoc und de facto nicht objektiv auf den ersten Blick beurteilen.

Unser politisches System steht zumindest bis dato nicht im Verdacht, Fake News zu verbreiten oder selbst unlauter zu sein oder zu werden.

Trotzdem könnte es theoretisch sein, dass internationale Nachrichtenverbreitung einseitige Informationen immer wieder reproduziert und durch ungenaue oder auch falsch recherchierte Inhalte fehlerhafte Fakten oder Schlussfolgerungen potenziert und dadurch massenhaft Falschinformationen verbreitet.

Die tatsächliche Wahrheit bliebe dann, ohne eigentliche „böartige“ Intention, multiplikativ auf der Strecke.

Dieses Phänomen ist allerdings nicht zu vergleichen, mit beabsichtigter, bewusst fehlleitender Fake-News-Vorgehensweise, wie bei totalitären oder undemokratischen Systemen, wie Nordkorea oder auch China.

Die Frage entsteht deshalb, was denn nun tatsächlich objektive Wahrheit ist und wie wir überprüfen, dass bzw. ob sie real ist? Schließlich kann sie sich, je nach Sichtweise, Weltanschauung und Position, unterschiedlich darstellen, obwohl sie die eine Wahrheit zu sein scheint.

Überdies ist sie oft, oder besser gesagt, meist, durchtränkt von Einflüssen, die wir nicht unbedingt als externe Zusätze oder Infiltrationen erkennen.

So könnte unsere Wahrheit auch Propaganda für bestimmte Interessengruppen sein, als da z.B. die Rüstungsindustrie oder spezielle politische Kreise zu nennen wären, die uns ihre für uns unbekannte oder unerkannte Ziele vorenthielten.

Schauen wir uns die Thesen und Fakten unseres „Falles“ deshalb einmal genauer an und versuchen in Gestalt von Thesen und Faktenchecks, ein deutlicheres Gesamtbild zu erlangen.

These 01. „Der Kalte Krieg ist vorbei!“

In seiner Rede im Deutschen Bundestag, im Jahre 2001, erklärte Putin, zur Freude aller ihm Zuhörenden, den Kalten Krieg für beendet.

Jede und jeder zu dieser Zeit hatte den Eindruck, es gäbe nun endlich eine Zeitenwende, die sogar der Führer des ehemaligen Gegners bestätigte.

Faktencheck ad 01:

Entsprechend dieses Eindruckes wurde die Ausrüstung und Aufgabe der Bundeswehr neu ausgerichtet (auch um endlich Rüstungsausgaben einsparen zu können) und zwar insofern, dass immer mehr Material und Man- und Womanpower abgebaut wurden.

Die Bundeswehr kann, als Folge dieser, aus heutiger Erkenntnis und nach eigenen Angaben (!) damaligen Fehleinschätzung, heute nicht mehr ihre Hauptaufgabe einer nationalen Verteidigungsarmee erfüllen und muss, in einem nationalen Kraftakt, wieder neu aufgestellt werden¹.

So schien sich in den nachfolgenden Jahren nach der „Wende“ (gemeint ist hier die Wende in ganz Europa und nicht nur die in Deutschland, bzw. Ostdeutschland) die Annahme aller Menschen im Westen tatsächlich zu bestätigen, dass Putin Recht hatte und wir uns beruhigt „zurücklehnen“ könnten.

¹ Bundeskanzler Scholz stellte daraufhin im März 2022 100 Milliarden Euro zur Verfügung.

Das, was zur Zeit des Kalten Krieges zu viel des „Guten“ (hier eigentlich „Schlechten“) veranstaltet worden war, wenn wir uns Verteidigungsfähigkeit und Ausrüstung ansehen, schlug nun ins genaue Gegenteil um, nämlich in totale Vernachlässigung und Massenabbau.

In Wirklichkeit jedoch tat Putin genau das Gegenteil von Abbau, wie es der Westen vollzog, er rüstete auf.

„Wie hoch sind Russlands Militärausgaben? Russland habe den Verteidigungsetat im vergangenen Jahr [2015, Hinz. d. Verf.] um 7,5 Prozent aufgestockt, heißt es im Jahresgutachten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri. Damit standen dem russischen Verteidigungsministerium 66,4 Milliarden US-Dollar (58,8 Milliarden Euro) zur Verfügung.“²

„Laut GlobalFirepower beträgt das Verteidigungsbudget Russlands im Jahr 2022 (Stand 24. Februar) rund 154 Milliarden US-Dollar und damit knapp das Dreizehnfache vom ukrainischen Budget.“³

² Zitieren von Quellen im Internet. Artikel vom 18.04.2016. URL: https://de.rbth.com/wissen_und_technik/2016/04/18/verteidigungsetat-russland-gehoert-nicht-mehr-zur-spitze_585949.

Russia Beyond, Media-Projekt der Selbstständigen Nichtkommerziellen Organisation „TV-Nowosti“, Ul. Pjatnizkaja 25 str.1, 115035, Moskau, Russische Föderation, 6. Etage. Stand: 20.03.2022.

³ Zitieren von Quellen im Internet. Statistika. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1287041/umfrage/vergleich-verteidigungsbudget-russland-ukraine>. Status: 20.03.2022.

These 02. NATO-Osterweiterung

Die Nato wird sich nach der deutschen Wiedervereinigung, die eine Natomitgliedschaft des gesamten wiedervereinigten Deutschlands ermöglicht hatte (die Sowjets waren damals dafür), nicht weiter gegen Russland in den Bereich des ehemaligen Warschauer Pakts bzw. den der ehemaligen Sowjetunion ausdehnen.

Diese These beruht auf den Aussagen verschiedenster Politiker beider „Seiten“. Die genauen Zusammenhänge hierzu können im Anhang 04 unter „Die NATO-Osterweiterung“ und Anhang 05 „Was diese Notiz über die Nato-Osterweiterung tatsächlich bedeutet.“ nachgelesen und vertieft werden.

Faktencheck ad 02:

Ob es diese Zusage jemals mündlich oder schriftlich gegeben hat, ist höchst umstritten.

Da wir dies nicht überprüfen können, weil es über mündliche Zusagen nur indirekte Aufzeichnungen gibt und Schriftliches zumindest offiziell nicht zu existieren scheint oder nicht öffentlich zugänglich ist, müssen wir mit unserem „gesunden Menschenverstand“ begnügen:

Dieser sagt uns, eine Osterweiterung der Nato wäre zumindest kritisch zu sehen, denn es ist logisch, dass sich die Nachfolgestruktur der Sowjetunion, die sich Russische Föderation nennt, nicht darüber

freuen kann, den zwar ehemaligen, aber zumindest noch immer als weltanschaulichen Konkurrent angesehenen Gegenspieler Nato (sprich den sogenannten „Westen“) immer mehr in ihrem „Vorgarten“ zu sehen.

Zumindest sollte der Westen, hier die Nato, diese Osterweiterungsentscheidungen, (die ja in erster Linie von den jeweiligen östlichen Beitrittsländern gefällt wurden, schließlich verstanden sie sich, zu Recht, als unabhängige, selbstständige Staaten), mit der Russischen Föderation, damals zumindest eindeutig und schriftlich nachvollziehbar, abgesprochen haben.

Die Meinungen hierzu, ob diese Absprachen stattgefunden haben, ob die russische Seite sie gebilligt hat oder nicht, oder etwa qua Situation zu einer Billigung „gezwungen“ wurde, wie Boris Jelzin dies einmal sagte (siehe hierzu ebenso den Anhang „NATO-Osterweiterung“), ist nicht eindeutig überliefert.

Im Sinne einer neuen Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wäre dieses Vorgehen aber zumindest sehr ratsam gewesen, dann wäre der heutige Krieg in der bzw. um die Ukraine mit an Sicherheit grenzender Weise vermeidbar gewesen.

Der Westen, hier vor allem die Nato, hatte offenbar jedoch die Empfindsamkeit der „russischen Seele“⁴,

⁴ Siehe Anhang: Die Russische Seele.

insbesondere in Person von Putin, nicht ernst genug genommen und vernachlässigt.

Alle Beteiligten hatten angenommen, Russland wäre nun schwach und unentschlossen und würde schon verstehen (müssen), dass die Nato kein Angriffsbündnis, sondern eine Verteidigungsallianz ist, die nichts „Böses“ im Sinne einer Hegemonialmacht, im Schilde führe.

Es wurde zwar ein Nato/ Russland Rat⁵ eingeführt, um diese Dinge jederzeit besprechen zu können, der aber diese Diskrepanz am Ende nicht aufzufangen wusste.

Da die russische Seele, wieder in Person von Putin, ihren ganz persönlichen Stolz hat, der sich u.a. aus historischen Gegebenheiten zu speisen scheint, schien diese „Schmach“ einer mangelnden und unzureichenden Informations- und Diskussionsbereitschaft und deren fehlenden partnerschaftlichen Kooperation nicht ernst und wichtig genug genommen worden zu sein.

Langsam, aber „sicher“ muss es wohl dazu geführt haben, dass sich Putin darauf vorbereitete, irgendwann, wenn es ihm günstig erscheinen würde, mit Macht und auch Gewalt, den Westen, der ihn derart desavouiert hatte, plötzlich und ohne weiteres diplomatisches Geplänkel, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

⁵ Siehe Anhang: Nato-Russland-Rat.

Andererseits war diese Reaktion bzw. die generelle Bereitschaft zu gewalttätigen Aktionen bereits frühzeitig erkennbar gewesen, siehe Krieg in Tschetschenien, Georgien und last but not least, auf der Krim.

These 03. Energietechnische Abhängigkeiten

Der Westen ist energietechnisch vollständig abhängig von Russland.

Faktencheck ad 03:

Tatsächlich geriet der Westen immer mehr in Abhängigkeit der Russischen Föderation in punkto fossiler Brennstoffe, vor allem bei Gas. Allen voran steht Deutschland in punkto Menge und Dauer der Abnahme an erster Stelle.

Ein weiteres Gaspipeline-Milliardenprojekt (Nord Stream 2) war 2022 gerade fertig gebaut und kurz vor der Zulassung, als es, durch den Krieg in der Ukraine, kurzfristig eingestampft wurde.

Nun versucht die deutsche Regierung, die dieses Projekt zunächst als „privatwirtschaftlich“ abgetan hatte, um sich bei der Entscheidung eines Stopps aus der Affäre zu ziehen, neue Gasquellen in anderen Ländern zu erbetteln.

Der Westen betrachtete diese Energieverhandlung mit Russland bis dato nicht als Abhängigkeit, sondern vertraute darauf, dass Russland ein ver-

lässlicher, und was viel wichtiger war, ein preislich günstiger Lieferant war und über lange Zeit blieb.

Betrachtet man wieder die „russische Seele“ in Person Putins, beinhaltet eine solche „Geschäftsbeziehung“ immer zwei Aspekte.

Zum einen schaffte Putin eine energetische Abhängigkeit, nicht ohne Kalkül, in jeweils sehr sensiblen kritischen Infrastrukturbereichen, nämlich Privathaushalten und Industrieanlagen.

Denn Menschen, die kein Gas (oder andere Brennstoffe) mehr zur Verfügung hätten (im Falle, dass z.B. der Gashahn von Russland „zugeschraubt“ werden würde), wären in ihrer Reaktion nicht mehr berechenbar und es würde sich sehr schnell sozialer Unfriede einstellen.

Dies käme dem Kalkül Putins wiederum gelegen, den Westen jederzeit durch einfach „Zudrehen“ des Gashahns zu destabilisieren.

Zum anderen fühlte sich Putin insgeheim (und für westliche Partner, die in erster Linie ans Geschäft denken, nicht erkennbar), mutmaßlich im Hinblick auf Bodenschätze und Preisgestaltung der Verträge, ausgenutzt.

Für diese Behauptung gibt es sicherlich keine Belege, sie ist aber durchaus plausibel, weil wir inzwischen begriffen haben müssten, dass Putin, als Alleinherrscher, durchaus oft und aus rein persön-

lichen und emotionalen Beweggründen heraus, diese Politik und Geschäfte macht.

Würde er vernunftbezogen planen und handeln, würde er einen Krieg, den er jetzt ohne Kompromisse führt und dabei sein eigenes Land in die Isolation und den Ruin führt, nicht vom Zaune brechen.

Putin handelt demnach vorwiegend emotional und ohne Vernunft. Menschen, die ihre Handlungen und Taten emotional begründen, handeln für die, die es betrifft, unlogisch und schwer einschätzbar.

Gleichzeitig neigen sie aber dazu, die Emotionen bei denen, die von ihren eigenen Emotionen betroffen sind, nicht wahrzunehmen, sie werden sozusagen vom eigenen Gefühlsüberschwang überlagert.

Ein Beispiel für Putins emotionale Reaktion:

„Nach Angaben des früheren NATO-Generalsekretärs George Robertson [sic!] soll Putin schon kurz nach seinem Amtsantritt Interesse an einem Beitritt Russlands zum Verteidigungsbündnis bekundet haben.“

Als Robertson ihm erklärte, dass Mitgliedsstaaten üblicherweise einen Beitrittsantrag stellen, weigerte Putin sich dem nachzukommen und reagierte mit den Worten „Wir

stehen nicht in einer Reihe mit vielen Ländern, die keine Rolle spielen’[...] ⁶

These 04. Putin ist verrückt geworden.

Putin ist geistig oder emotional erkrankt.

Faktencheck ad 04:

Tatsächlich wird bei Putins Handlungen deutlich, dass seine Härte und „Unvernunft“, z.B. Zivilisten anzugreifen, was unglaubliches Leid bei seinem „Brudervolk“ auslöst, emotionale Ursachen haben muss.

Ein Vernunftpolitiker mit knallharten sachlichen Zielen würde klüger und zurückhalternder agieren, allein schon, um die eroberte Infrastruktur zu schonen.

Des Weiteren würde er als Besatzungsmacht bei massiven Zerstörungen im eroberten Gebiet in Bedrängnis geraten, er müsste fürchten, zusätzliche, unnötige und vermeidbare Kosten zu erzeugen und vor allem nach dem Krieg als Kriegsverbrecher verfolgt und verurteilt zu werden.

⁶ Bibliografische Angaben für „NATO-Osterweiterung“

Seitentitel: NATO-Osterweiterung

Herausgeber: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.

Autor(en): Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte

Datum der letzten Bearbeitung: 18. März 2022, 07:55 UTC

Versions-ID der Seite: 221264083

Permanентlink: [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=NATO-](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=NATO-Osterweiterung&oldid=221264083)

Osterweiterung&oldid=221264083

Datum des Abrufs: 19. März 2022, 08:09 UTC

These 05. Kampf gegen westliche Werte.

Westliche Werte, wie Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie und kooperative Gemeinschaft sind gefährliche gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse, die Putin fürchtet, da sie seine Macht beenden könnten.

Faktencheck ad 05:

Westliche Werte, wie sie die Europäische Union ihr eigen nennt und auch die Nato für sich proklamiert, liegen einem Machtmenschen wie Putin (und einigen anderen Despoten in der Welt) fern, sie werden als Vernichter und Bedrohung eigener Machtstrukturen gesehen. Alleinherrscher fürchten bekanntlich besonders freiheitlich-individualistische Tendenzen ihrer Bürger.

Dies betrifft Einzelpersonen, also die eigenen Bürgerinnen und Bürger, denen ihre freiheitlichen Rechte wie z.B. Versammlungs- und Meinungsfreiheit abgesprochen und verboten werden, aber auch „abtrünnige“, „nicht eigenständige“ „Fake-Staatsgebilde“, wie, im Sinne Putins, Moldavien und die Ukraine.

Ein Machtmensch, wie z.B. auch Napoleon oder Hitler welche waren, wollen als Alleinherrscher über alles bestimmen und diejenigen, die als Untergebene definiert sind, müssen dieser Doktrin blind gehorchen. Tun sie es nicht, werden sie dazu ge-

zwungen, schlimmstenfalls werden sie eingekerkert und vernichtet.

Dies traf bereits, von Seiten Putins, für alle Welt sichtbar, bereits auf Tschetschenien und Georgien zu.

Somit wird durch seine bisherige brutale Machtpolitik, die sich in seinen Kriegen und Militäreinsätzen äußert, bestätigt, dass er diese Werte fürchtet und entsprechend konsequent machtpolitisch und kriegerisch eingreift und handelt.

Hätte er diese Furcht nicht, würde er die bis dato bereits angegriffenen Staaten nicht behelligt und mit ihnen eher eine wirtschaftliche und kooperative Zusammenarbeit, auf freiwilliger Basis, angestrebt haben.

These 05. Begründende Kriegsrhetorik.

Putin und sein Außenminister Lawrow haben sich immer wieder vor der Weltöffentlichkeit geäußert, um ihre Beweggründe für den Krieg gegen die Ukraine darzulegen bzw. zu rechtfertigen.

Dabei fielen zwei grundlegende Argumentationsketten auf:

a. Behauptung:

Die führende Regierungsclique der Ukraine besteht aus drogenabhängigen Neonazis, die

ihr Volk versklaven und als menschliche Schutzschilde einsetzen.

Faktencheck ad a:

Präsident Selenskyj ist jüdischer Herkunft, hat sogar eigene Familienmitglieder im Holocaust verloren.

Wäre er ein (Neo-)Nazi, wäre er der erste (männliche) Politiker, bei dem sich zwei sich widersprechende grundverschiedene, weltanschauliche Eigenschaften miteinander vereinigen, obwohl sie sich „normalerweise“ komplett widersprechen.

Theoretisch wäre das natürlich möglich, es soll solche unlogischen und „unnatürlichen“ Konstellationen bei Menschen bereits gegeben haben:

Im Mai 2015 wurden in Israel jüdische Neonazis festgenommen, die orthodoxe Mitbürger terrorisiert und Synagogen mit Hakenkreuzen beschmiert haben sollen.⁷

Aber wie würde sich ein Neonaziverhalten äußern, zumal wenn es von Juden praktiziert würde?

⁷ Zitieren von Quellen im Internet. Zit. n. Focus online vom 08.05.2015. URL: https://www.focus.de/politik/ausland/juedische-neonazis-festgenommen-israel_id_1790048.html, Stand 18.03.2022.

Gäbe es einen Vernichtungsfeldzug, ähnlich dem Holocaust und wenn ja, wer wären „diesmal“ die Opfer?

Oder gäbe es einen Kriegswunsch und/ oder Eroberungsziel, z.B. wie bei den Nazis „*mehr Raum im Osten*“ (Volk ohne Raum?)

Putin behauptet dazu, Selenskyj bzw. seine „Clique“, wollten ihr eigenes Volk versklaven, aber auch russische Mitbürger eliminieren.

Theoretisch lägen also bestimmte nazitypischen Prämissen für eine solche Nazideologie durchaus vor. Bis dato gab es hierzu allerdings keine Belege oder Berichte.

Und sollten solche Dinge tatsächlich vor der Weltöffentlichkeit im Verborgenen geschehen, wie damals im „Dritten Reich“, würde es spätestens jetzt, durch Berichte von Flüchtenden nach der Flucht aus der „Naziukraine“ ans Tageslicht kommen.

Die Flüchtenden, die die Ukraine momentan verlassen, verlassen ihre Heimat, weil dort Bombenterror der Russen herrscht und nicht, weil ukrainische Schergen sie verfolgen oder vertreiben!

Inzwischen sind es Millionen, aber niemand berichtet von solchen Vorgängen.

Dieser erste Teil unserer Fragestellung, was genau die Kriegsrhetorik der russischen Führung bedeutet, ist demnach schnell und glaubwürdig widerlegt.

Unser Faktencheck beweist, dass diese Rhetorik eine simple kriegstypische Verunglimpfung des Gegners und lügenbesetzter Kriegssprech ist, der schlichtweg und nachweislich falsch ist.

Lösungsvorschlag ad a.

Der Krieg in der Ukraine (wie jeder Krieg) lässt sich nur diplomatisch beenden. Ein Sieg, für wen auch immer, wird niemals eine Lösung sein können.

Die UNO müsste alle betroffenen Parteien, die Nato, Russland, die Ukraine, Moldau und Belarus, an einen Tisch zwingen und gemeinsam eine internationale Lösung auf Augenhöhe finden, ähnlich der Konferenz von Jalta 1945:

„Die Konferenz von Jalta (auch Krim-Konferenz) war ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) [sic!] im auf der Krim gelegenen Badeort Jalta vom 4. bis zum 11.

Februar 1945. Es war das zweite von insgesamt drei alliierten Gipfeltreffen der ‚Großen Drei‘ im bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg (1939–1945).

Themen der Konferenz waren vor allem die Aufteilung Deutschlands, die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Krieges und der Krieg gegen das Japanische Kaiserreich. Ort der Konferenz war der Liwadija-Palast.“⁸

Da Russland die größte Atommacht der Welt ist, wird sich dieser Lösungsvorschlag nur schwer, ohne seine Einwilligung, umsetzen lassen.

Trotzdem muss es unbedingt versucht werden. Sollte dies nicht diplomatisch gelingen, müssen wir uns alle, nicht nur die Beteiligten, auf das schlimmste Weltkriegsszenario einstellen, das sich jedoch noch niemand vorstellen kann (und will).

⁸ Zitieren von Quellen im Internet. Wikipedia.

Bibliografische Angaben für „Konferenz von Jalta“

Seitentitel: Konferenz von Jalta

Herausgeber: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.

Autor(en): Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte

Datum der letzten Bearbeitung: 17. Februar 2022, 23:54 UTC

Versions-ID der Seite: 220314939

Permalink:

https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Konferenz_von_Jalta&oldid=220314939

939. Datum des Abrufs: 19. März 2022, 07:21 UTC

b. Behauptung:

Der Westen, hier die Nato, wolle die Ukraine dazu missbrauchen, ihr (der Nato) Einflussgebiet immer weiter in den Osten auszuweiten, um damit Russland zurückzudrängen und zu destabilisieren.

Überdies wolle die Nato Provokationen und Umbruchsvorhaben in Russlands Nachbarstaaten schüren, um ihre Vorstellungen von westlichen Werten in die russische Einflusszone zu transferieren.

Dies sei bereits in den baltischen Staaten, in Georgien und vor allem in Belarus geschehen. In Belarus war es zu einem massiven Aufstand gekommen, der jedoch mit russischer Hilfe niedergeschlagen wurde.

Der Wunsch der Ukraine, der Nato beizutreten, wäre der Beweis, dass diese Versuche fruchteten, weil die dort herrschende Naziclique die Versuche der Nato unterstützten bzw. von der Nato manipuliert oder gesteuert wären.

Deshalb müsse man dies nun durch eine „Militäraktion“ in der Ukraine verhindern, um die ukrainische „Naziclique“ (und die Nato im Hintergrund) daran zu hindern und das ukrainische „Brudervolk“ von den Nazis (und dem Natoeinfluss) zu befreien und wieder in

das russische Gemeinwesen zurückzuführen.

Dies solle ähnlich vonstatten gehen, wie am 18.03.2014, als die Krim „wieder“ an Russland angeschlossen wurde.

Dieser Bezug erinnert sehr an Hitlers Redebeitrag *„Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“* (Zitat Adolf Hitler am 15.03.1938 auf dem Heldenplatz in Wien, mit anschließendem *„Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“*).

Faktencheck ad b:

An der Behauptung, die Nato wolle ihr Einflussgebiet erweitern, ist offensichtlich und faktisch tatsächlich etwas Wahres daran, denn es sind inzwischen nachprüfbare Fakten.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und entsprechend der Auflösung des Warschauer Pakts 1991, wurden fl. frühere Warschauer-pakt- bzw. Sowjetstaaten nun Mitglieder in der Nato bzw. der EU:

Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland und Litauen.

Belarus, die Ukraine und Moldau blieben zunächst eigenständig bzw. neutral und bildeten eine verbleibende „Pufferzone“ zu Russland.

Da es nun Aufstände in Belarus und konkrete Bestrebungen in der Ukraine gab, Natomitglied (und/ oder Mitglied der EU) zu werden, sieht sich Russland nun damit konfrontiert, dass sich der „Ring“ am Rand seines Territoriums scheinbar immer mehr zu schließen beginnt.

Deshalb unterstützte man in Belarus die Niederschlagung des Aufstands und führt nun Krieg gegen die Ukraine.

Aus Sicht Putins ist dies tatsächlich der Beweis dafür, dass es „ihm“ (natürlich ist hier auch Russland selbst gemeint) immer mehr an den „Kragen“ gehen soll.

In seiner Logik ist ein Krieg gegen diese Versuche, Russland zu bedrängen und letztlich dadurch zu bedrohen, eine logische und notwendige Sache.

Unser Faktencheck ergibt nun an dieser Stelle, dass die Begründung dafür, daran etwas ändern zu wollen, durchaus nachvollziehbar ist, jedoch sind die Mittel, die Russland einsetzt, nämlich ein brutaler Vernichtungskrieg

gegen die Ukraine, natürlich mit nichts zu rechtfertigen.

Alle diplomatischen Versuche des Westens, Russland entgegen zu kommen, scheiterten im Vorfeld, ähnlich wie die Appeasementpolitik Chamberlains, damals, gegenüber Hitler.

Der „Westen“, muss sich nun tatsächlich die Frage gefallen lassen, inwieweit er selbst an der Entwicklung der gegenwärtigen Situation einen gehörigen Anteil haben könnte. Diese Frage werden vielleicht Historiker, mit einem zeitlichen Abstand, nachträglich neutraler und eindeutiger beurteilen können.

Uns nutzt diese Erkenntnis erst einmal nichts, die Bedrohung eines Dritten atomaren Weltkrieges ist real und kann jederzeit grausame Wirklichkeit werden.

Ein wichtiges und elementares Gegenargument (des Westens) ist es aber, dass jeder Staat, der heute besteht, selbst bestimmen können muss, welchem Bündnis er angehören möchte.

Es darf sich kein Staat das Recht herausnehmen, einen anderen Staat an diesem Vorhaben zu hindern, nur weil er glaubt, dies schade seinem Einflussgebiet.

Das Denken in Einfluss- und Blocksphären ist nicht mehr zeitgemäß, entspringt der Ideologie des Kalten Krieges und ist, laut Putin selbst (2001), endgültig vorbei.

Unser Faktencheck an dieser Stelle ergibt deshalb, dass Russlands selbsterklärtes Problem einer Bedrängung seines Einflussgebietes faktisch zwar bestehen könnte, aber auf überkommenen Prämissen der Ideologie des Kalten Krieges beruht und heute nicht mehr zeitgemäß und völkerrechtlich kontraproduktiv ist.

Lösungsvorschlag ad b.

Eine Lösung wäre hier, nach wie vor, nur durch diplomatische Verhandlungen mit Berücksichtigung aller Parteien möglich:

1. Die betroffenen Staaten müssen in ihrem Ansinnen auf eigenständige Entscheidung gestärkt werden,
2. Russlands Ängste einer Dominanz der Nato müssten ernst genommen werden und vertrauensbildende und funktionierende Maßnahmen daraus folgen.
3. Die Nato (der Westen) sollte ihre/ seine Bündnispolitik, in Partnerschaft und mit Vertrauen, mit Russland (und allen anderen

Beteiligten) abstimmen und zu Lösungen führen.

Das bedeutet zusammengefasst:

Es muss eine neue Sicherheitspolitik für alle in Europa geschaffen werden, bei der Kalte-Krieg-Ideologien und Blockdenken endgültig ein Ende finden.

Nachdem wir die extrem ungewöhnliche Art und Weise meines Journalistenfreundes kennengelernt haben, mit Putin zu kommunizieren, habe ich mich in diesem Buch mit den in seinen Briefen aufgestellten Behauptungen, nennen wir sie „Thesen“, näher beschäftigt und dabei den Versuch gemacht, unvoreingenommen zu überprüfen, ob an Putins Vorhaltungen etwas „dran“ ist oder nicht.

Der „gesunde Menschenverstand“ hat uns dabei aufgezeigt, wenn jemand derart extrem mit Aggression auf etwas oder jemand reagiert, muss es für dieses Verhalten auch einen Grund geben.

Noch einmal zusammengefasst, könnten die Gründe vielfältiger Natur sein:

1. Putin könnte verrückt geworden sein und/oder eine psychische Störung haben (was bereits per se furchterregend wäre, dass die psychische Gesundheit eines Menschen Ursache für einen brutalen Angriffskrieg sein könnte!)
2. Putin will ein neues russisches Großreich errichten und geht deshalb, ohne Rücksicht auf Verluste und in Panik, aufs Ganze.
3. Putin befürchtet tatsächlich, dass der Westen bzw. die NATO Russland immer weiter zurückdrängen will, um Russland zu bedrohen oder zu vernichten.

4. Putin denkt immer noch in alten Kalte-Krieg-Mustern und sieht Feinde (hier den Westen), wo eigentlich keine mehr sind.

Man könnte diese Liste noch weiterführen und käme immer wieder zu der Erkenntnis, dass wir es definitiv nicht wissen oder erahnen können, was in Putins Kopf (oder Psyche) vorgeht.

Letztlich ist die Beantwortung dieser Fragen irrelevant, da Putin einen brutalen Angriffskrieg führt, für den es keinerlei Berechtigung und Entschuldigung geben kann, aus welchem berechtigten oder unberechtigten Grund er dies auch immer tut.

Ich hatte versucht, die wichtigsten Aussagen meines Journalistenfreundes zusammenzutragen, um sie dann mit den uns zur Verfügung stehenden Fakten abzugleichen.

Fakten können naturgemäß nur diejenigen sein, die wir, als „normale“ Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung haben bzw. uns von offizieller Seite und aus Medienquellen vorliegen.

Wir können diese Fakten nicht immer 100% auf Wahrheit und Richtigkeit überprüfen, weil uns z.B. entsprechende, tatsächliche Geheimdienstkenntnisse oder geheime Regierungsabsprachen nicht vorliegen.

Das Wichtigste ist, zumindest die realiter zur Verfügung stehenden Aussagen, Dokumente und Quel-

len auf logische und realistische Plausibilität und Wahrscheinlichkeit abzuklopfen.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass viele Information, die wir täglich erhalten, als gegeben angesehen werden, sich wie ein Kaffeesatz abgesetzt haben und irgendwann nicht mehr auf ihren ursprünglichen Wahrheitsgehalt überprüfbar sind.

Sie werden ungewollt zum „Allgemeinwissen“, immer wieder in Teilen wiederholt und laufen dadurch Gefahr, so zur selbst erfüllenden Wahrheitsprophetie zu werden. Sie wirken durch dieses Phänomen glaubwürdig und werden sozusagen zu losgelösten Fakten, obwohl sie vielleicht längst keine mehr sind.

Ein Beispiel findet sich in der Thematik der NATO-Ostweiterung, die im Buch ausführlich als ein solches Phänomen erörtert wird.

Putin behauptet ja immer wieder, der Westen (hier die NATO) habe den Osten betrogen, indem dieser versprochen hätte, die NATO würde sich, nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, nicht mehr weiter gen Osten erweitern.

Auf westlicher Seite gibt es in dieser grundlegenden Frage keine eindeutigen Belege, nur viele sich widersprechenden Äußerungen.

Ich hatte mir in diesem Buch vorgenommen, nicht tendenziös und einseitig auf diese Thematik zu schauen, sondern die Thesen unvoreingenommen, sachlich und neutral auf ihren faktischen Gehalt zu überprüfen.

Ob das Resultat ein anderes ist, als das, was wir erwarten, ist mehr als fraglich. Und ob mir mein Vorhaben gelungen ist, sollen Sie als Leserin und Leser zu guter Letzt eigenständig beurteilen.

IV. Anhang

Anmerkung zu zitierten Texten:

Die im Anhang in den meisten zitierten Texten befindlichen häufige Interpunktionsfehler wurden nur an den wichtigsten Stellen mit dem Kennzeichen [sic!] markiert, um einen flüssigen Lesefluss nicht allzu sehr zu behindern.

[sic!] bedeutet:

Aus dem Lateinischen: „**sic erat scriptum**“ = „so war es geschrieben worden“.

Dieser Hinweis ist ein redaktioneller Hinweis beispielsweise auf Rechtschreibfehler, fehlende oder fehlerhafte Interpunktion im Original, bekannte Fehlinformationen oder inhaltliche Unrichtigkeiten.

Originale bzw. deren Zitierungen dürfen normalerweise nicht verändert werden. Ein Autor möchte jedoch darauf hinweisen, wenn ein Rechtschreibfehler vorliegt und dieser nicht vom ihm stammt oder eine Behauptung aufgestellt wird, die nach Kenntnis oder Auffassung des Verfassers, unwahr oder falsch ist.

Anhang 1. Geschichte der Ukraine.

[...]

Mittelalter

Chasarenreich und Magyarenwanderung

Während der Zeit des europäischen Frühmittelalters wurde die Ostukraine etwa um das Jahr 750 Teil des Chasarenreiches. Außerdem gehörte es zum Handelsnetz der Radhaniten; diese jüdischen Kaufleute stellten etwa vom 8. bis zum 11. Jahrhundert die Handelsbeziehungen zwischen den verfeindeten Ländern des Abendlandes und der Islamischen Welt sicher und betrieben dabei sogar Handel mit Indien und China – dies stellt wahrscheinlich die beste Begründung für die Wichtigkeit des Judentums im Chasarenreich dar.

Die Magyaren, die um das Jahr 600 n. Chr. noch im Wolgagebiet lebten, siedelten sich um das Jahr 900 n. Chr. im Gebiet zwischen Dnister und Dnepr an – vermutlich das von den Magyaren sogenannte Etelköz (wörtlich: Land zwischen den Flüssen) an der Westgrenze des Chasarenreiches, dem sie tributpflichtig waren.

In dieser Zeit schlossen sich ihnen auch die Kabaren an – drei Stämme, die gegen das Chasarenreich rebellierten – und zogen aufgrund des Drucks der Petschenegen aus den Weiten der Eurasischen Steppengebiete und der mit ihnen verbündeten Bulgaren unter Zar Simeon I. in Richtung Westen in die Karpaten.

Nach dem Niedergang des Chasarenreiches kamen die Reitervölker der Petschenegen, Kumanen sowie die Goldene Horde.

[...]

Kiewer Rus

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Im 9. Jahrhundert errichteten ostslawische Stämme unter dem Einfluss skandinavischer Waräger an den Handelswegen von Skandinavien und Nowgorod nach Süden [sic!] in Richtung Konstantinopel ein lose verfasstes Großreich mit der Hauptstadt Kiew, die ‚Kiewer Rus‘.

Dessen Herrscher Wladimir der Große (reg. 980–1015) entschied sich im Jahre 988 für die Annahme des Christentums nach östlichem Ritus. Der Süden der heutigen Ukraine wurde bis ins 13. Jahrhundert von nomadischen Steppenvölkern, insbesondere den Petschenegen und später den Kyptschaken (Kumanen, ‚Polowzern‘; ukrainisch Полівці) beherrscht.

Nach kultureller und wirtschaftlicher Blüte [sic!] begann im 12. Jahrhundert der Niedergang der Rus mit zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Fürstentümern.

1169 eroberte der Fürst von Wladimir-Susdal Kiew, brannte es nieder, eignete sich den Titel des Großfürsten an und setzte in Kiew seinen Sohn als Fürsten ein.

1202 nahm Roman von Halytsch-Wolodymyr Kiew in Besitz und leitete daraus einen Anspruch auf die

Würde des Großfürsten ab, aber schon im Folgejahr verlor er die Stadt an die Fürsten von Perejaslaw.

Im 13. Jahrhundert eroberten mongolische Nomadenstämme aus Asien („Goldene Horde“) die Herrschaft über alle Russischen Staaten außer der Republik Nowgorod und Pskow.

Goldene Horde

[...]

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Nach ersten Konflikten in den 1220er Jahren zwischen Europäern und den Mongolen unter Dschingis Khan, insbesondere der Schlacht an der Kalka, drangen die Mongolen weniger als 20 Jahre später, diesmal unter Batu Khan, einem Enkel Dschingis Khans, bis nach Mitteleuropa vor.

Ihre Heere blieben dort am 9. April 1241 in der Schlacht bei Liegnitz (Polen) und zwei Tage später in der Schlacht bei Muhi (Ungarn) ungeschlagen.

In der europäischen Geschichtsschreibung werden diese beiden Phasen der mongolischen Eroberungen als Mongolensturm bezeichnet.

Die Belagerung von Kiew (1240) [sic!] während des zweiten der beiden Feldzüge [sic!] markiert nach dem Verständnis der meisten Historiker das Ende der Kiewer Rus.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Die Mongolen (von den Rus zum Teil auch als ‚Tataren‘ bezeichnet) [...] begründeten das Reich der Goldenen Horde – zu einem wesentlichen Teil auf dem Gebiet der heutigen Ukraine.

Während sie selbst hauptsächlich an Wolga und Kama siedelten, stellten sie sich jeweils an die Spitze der Elite der eroberten Kultur und beherrschten diese und zahlreiche Nachbarvölker durch ein System von Tributzahlungen, Geiseln und Strafexpeditionen: Nach Eroberung wurden oftmals die wehrfähigen Männer in das mongolische Heer eingegliedert, eingesessene Herrscher belassen, Familienangehörige jedoch als Geiseln genommen und ein Statthalter eingesetzt *darougheh* auf Persisch, [...] *basqaq* auf Türkisch), der entweder vor Ort verblieb oder jährlich wiederkehrte.

Er stellte die Ablieferung des Tributs an den jeweiligen Khan sicher und gewährleistete, dass der Vasallenstaat keine Politik verfolgte, die jener des Mongolischen Reiches entgegenstand. [...] [...]

Stieß dem Statthalter etwas zu oder berichtete er dem Khan von Ungehorsam, wurden die zuvor genommenen Geiseln umgebracht und Strafexpeditionen gegen den Vasallenstaat unternommen.

Die Masse der Bevölkerung der Goldenen Horde wurde jedoch nicht von Mongolen gestellt. Die Zentren des Staates bildeten die Städte Sarai in Astrachan, Neu-Sarai (auch Berke-Sarai), Bolgar, Kasan und Asow. Die Goldene Horde war vom 13. bis zum 15. Jahrhundert eine dominierende Macht Osteuropas.

Verlegung und Zersplitterung der russischen Metropolis

Die Goldene Horde zerstörte Kiew 1240 erneut, so dass es nach der Beschreibung eines Reisenden ‚kaum noch zweihundert Häuser‘ hatte.

1299/1305 erreichten die Großfürsten von Vladiimir-Susdal die Übersiedlung des Metropolitan aller Russen nach Wladimir.

Auf die Drohung König Kasimirs III. von Polen hin, seine russischen Untertanen katholisch taufen zu lassen, wurde 1371 der Bischof Antonios von Galitza (Halitsch) zum Metropolitan erhoben und ihm auch die Bistümer von Cholm, Przemysl und Wolodymyr-Wolynskyj unterstellt.

Aber erst 1375 setzte der Patriarch von Konstantinopel, Philotheos Kokkinos, mit Kiprian einen neuen Metropolitan von Kiew ein, zunächst mit dem Anspruch, nach dem Tode des in Moskau residierenden Metropolitan Alexej alle russischen Christen zu betreuen. [...]

Halitsch-Wolhynien, Litauen, Polen und Krim-Khanat

Das Fürstentum Halytsch-Wolhynien im 13.–14. Jahrhundert

Eine eigenständige Bedeutung erlangte ab dem 12. Jahrhundert das westukrainische Fürstentum Halytsch-Wolhynien (siehe auch Wolhynien und Geschichte Galiziens).

Im 13. Jahrhundert musste es die Oberhoheit der Goldenen Horde akzeptieren und dem militärisch

stärkeren Kontrahenten Wladimir-Susdal widerstehen. So suchte es Unterstützung im Westen und 1253 ließ sich Daniel Romanowitsch von Galizien von einem päpstlichen Legaten zum Rex Rusiae („König von Russland“) krönen. [...]

Im 14. Jahrhundert zerfiel das Fürstentum, sein nordöstlicher Teil wurde, wie auch die zentral-ukrainischen Gebiete am Dnepr mit Kiew, nach der Schlacht am Irpen Teil des Großfürstentums Litauen (siehe Geschichte Litauens).

Den südwestlichen Teil des Fürstentums, („Rotruthenien“, „Galizien“) eroberte Kasimir der Große von Polen Mitte des 14. Jahrhunderts (siehe Geschichte Polens).

Im durch die Lubliner Union von 1569 gebildeten litauisch-polnischen Doppelstaat wurden auch die bisher zu Litauen gehörenden ukrainischen Gebiete der polnischen Krone unterstellt.

Im Gegensatz zu der bisherigen liberalen Politik Litauens nahmen ab diesem Zeitpunkt die wirtschaftliche und religiöse Unterdrückung der orthodoxen Bevölkerung durch Polen zu.

Um die religiöse Spaltung zu überwinden, wurde die Idee einer ‚Wiedervereinigung‘ von katholischer und orthodoxer Kirche in Litauen-Polen verfolgt. Deren konkrete Umsetzung in der Kirchenunion von Brest 1596, stieß aber auf viel Widerstand unter den Ruthenen: Die neu geschaffene griechisch-katholische Kirche, die den östlichen Ritus beibehielt, aber dem Papst unterstellt war, wurde von vielen

nicht akzeptiert, da sie organisatorisch nur als Anhängsel der Westkirche wirkte.

Weitere Ursache für Konflikte war die Tatsache, dass der ukrainische Adel nicht als gleichberechtigte dritte Stütze des Staates neben den Polen und Litauern anerkannt wurde.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Der Süden der heutigen Ukraine wurde zu einem eigenständigen, unter osmanischer Schutzherrschaft stehenden Krim-Khanat.

Große Teile der Steppengebiete in der heutigen Südukraine wurden in der Zeit 1368–1783 von den Nachfahren der Nogaier-Horde, den Schwarz-Nogaiern beherrscht und in Gemengelage besiedelt. Viele als ‚Krimtürken‘ aufgefasste Nomaden waren in Wirklichkeit Nogaier.

[...] *[Abbildung und Untertext ausgelassen]*

Bezeichnungen ‚Kleinrussland‘ und ‚Ukraine‘

Schon eine griechisch-byzantinische Urkunde aus dem Jahr 1380 im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Einsetzung Kiprians als Metropolit von Kiew bezeichnete den Norden mit Nowgorod und Moskau als Großrussland, den Süden als Kleinrussland. [...]

Der Begriff Ukraina wurde erstmals 1187 in der Hypatiuschronik für die südwestlichen Gebiete des Kiewer Reiches, später für das galizisch-wolhynische Gebiet verwendet.

Es bedeutete zunächst ‚Grenzland‘, ein Begriff, der in der Rus bis zum 17. Jahrhundert auch für viele andere Gebiete benutzt wurde. Bezogen auf die heutige Ukraine war dieser Name lange Zeit eine enge Regionalbezeichnung für die Gebiete am mittleren Dnepr und war nicht mit dem breiteren geografischen Begriff Kleinrussland identisch.

Bevor man seit dem 19. Jahrhundert von einer ukrainischen oder weißrussischen Nation zu sprechen beginnt, war für die ostslawischen Bewohner der heutigen Ukraine der deutsche Begriff ‚Ruthenen‘ [...] und Kleinrussen [...] gebräuchlich.

Der Ukraine-Historiker Andreas Kappeler kritisierte diesbezüglich 2017, dass eine ‚russische Sichtweise‘ seit 200 Jahren unbesehen auch im Westen übernommen worden sei. [...]

Kosakenstaat

Gegen den Widerstand der polnisch-litauischen Adligen [sic!] errichtete Bohdan Chmelnyzkyj 1648 durch einen Vertrag mit dem polnischen König Jan Kazimierz einen eigenständigen ukrainischen Kosakenstaat (Hetmanat) [sic!] mit Regierungssitz in Tschyhyryn, der aber 1651 durch Bündnisse mit Russland und dem Osmanischen Reich wieder schnell in Abhängigkeiten geriet. Daraufhin wurde die Ukraine zwischen Polen, welches die Rechtsufrige Ukraine erhielt und Russland, das die linksdnieprischen Gebiete bekam, geteilt.

Im russischen Teil der Ukraine begann der Aufstieg der Russischen [sic!] Sprache in der Ukraine, wäh-

rend im polnischen Teil die schon lange anhaltende Polonisierung weitergeführt wurde.

[...]

Zwischen Russland und Österreich

Nach den drei Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 wurde die westliche Ukraine mit Ausnahme Ost-Galiziens, das zum Habsburgerreich kam, russisch.

1796 wurden die südlichen und östlichen Gebiete der heutigen Ukraine, die Russland von den Osmanen erobert hatte, zu einem russischen Gouvernement zusammengefasst (Neurussland) und es wurden die Städte Sewastopol (1763, Militärhafen und Festung) und Simferopol (1784) auf der Halbinsel Krim [sic!] sowie die Hafenstadt Odessa (1793) gegründet.

Die bisher fast unbewohnten Steppengebiete im Südosten wurden urbar gemacht und größtenteils mit Russen, aber auch mit Deutschen bevölkert. Hier entstanden etwa 70 deutsche Siedlungen. [...] Katharina die Große (Zarin von 1762 bis 1796) förderte vielerorts die Ansiedlung von Ausländern in Russland.

Die Kern-Ukraine wurde in dieser Zeit auch als ‚Kleinrussland‘ bezeichnet. Die westlichen Gebiete gingen als ‚Galizien und Lodomerien‘ zum Habsburgerreich.

Beim Wiener Kongress verhandelten [sic!] unter anderem die Großmächte [sic!] über die territoriale Ordnung Europas. Russland wurde damals von Zar

Alexander I. regiert und das Habsburgerreich von Kaiser Franz I.

Russland sicherte sich [sic!] durch die Anerkennung seiner territorialen Gewinne in Finnland und Bessarabien [sic!] diese Ausdehnung nach Westen.

Von den Gebieten, die Russland bei den drei Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 erlangt hatte, durfte es den größten Teil (Kongresspolen) behalten.

Entstehung der ukrainischen Nationalbewegung

Der ukrainische Historiker Mychajlo Hruschewskyj schuf [sic!] Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts in Lemberg [sic!] die Grundlage für eine ukrainische Nationalbewegung, indem er der Auffassung eines einheitlichen ostslawischen (russischen) ‚Stromes der Geschichte‘ [sic!] sein Schema einer getrennten Entwicklung der Völker der Russen und Ukrainer entgegenstellte.

Daraufhin begannen sich in Kiew Kräfte zu formieren, die eine Unabhängigkeit von Russland einforderten. Sowohl Ukrainer als auch Russen [sic!] beziehen sich positiv auf die mittelalterliche Rus. [...]

Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg

[Abbildungen und Untertext ausgelassen]

Während des Ersten Weltkriegs unterstützte das Deutsche Reich die Separationsbemühungen der Ukrainer als Kriegsmittel zur Schwächung Russlands.

Unter anderem wurden bis zu 50.000 Kriegsgefangene ukrainischer Herkunft [sic!] durch Unterricht in ukrainischer Geschichte und Vermittlung sozialistischer Ideen [sic!] in deutschen Kriegsgefangenenlagern ausgebildet, um mit sozialen Unruhen und Nationalismus den Kriegsgegner zu schwächen.

Diese kamen jedoch nicht mehr zum Einsatz. Dennoch vertraten einige polnische Nationalisten die Theorie, *Ukrainer gebe es eigentlich gar nicht, sie seien eine deutsche Erfindung*. [...] Ähnlich wurde [sic!] im 19. und auch im 20. Jahrhundert in Russland [sic!] die Vorstellung von einer eigenen ukrainischen Kulturation als Erfindung der österreichischen Diplomatie und der mit Rom Unierten erklärt. [...]

Zentralna Rada

Mit der Februarrevolution 1917 in Russland und dem Sturz der Zarenregierung [sic!] sah man in der Ukraine die Chance für eine eigene, unabhängige Staats- und Gesellschaftsentwicklung, für gekommen.

Am 17. März 1917 versammelten sich in Kiew Repräsentanten politischer, kultureller und beruflicher Organisationen (Zentralna Rada), um aus ihrer Mitte eine provisorische Regierung zu bilden, die an die Stelle der inzwischen abgeschafften zaristischen Regierungsbehörden treten sollte.

Zum Vorsitzenden dieses ukrainischen Volksrats wurde am 20. März 1917 Mychajlo Hruschewskyj gewählt. [...] [...] [...] [...]

Auf dem Allukrainischen Nationalkongress vom 19. bis 21. April 1917 [sic!] mit rund 900 Delegierten von politischen Parteien, Bauernorganisationen, ländlichen und städtischen Selbstverwaltungen, Militärorganisationen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, kirchlichen Institutionen, sowie den ukrainischen Gouvernements [sic!] wurden zunächst 115 Deputierte in die Zentralna Rada gewählt. Diese war seitdem die gesetzgeberische Versammlung in der Ukraine. [...] [...]

Die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei [...] und die Ukrainische Partei der Sozialrevolutionäre [sic!] waren die wichtigsten Parteien in der Zentralrada.

In ihrem 1. Universal vom 23. Juni 1917 [...] [sic!] forderte die Zentralrada Autonomie für die Ukraine [...] innerhalb eines demokratischen und föderativ organisierten Russlands, Festlegung der Grenzen der Ukraine, sowie die Teilnahme an einer zukünftigen Friedenskonferenz. [...] [...] [...]

Die Forderung nach Autonomie führte zum Konflikt mit der Provisorischen Regierung (Russlands) unter Alexander Kerenski, die die Auffassung vertrat, Generalsekretariat und Zentralrada seien ihr weiterhin untergeordnet.

Man handelte einen Kompromiss aus: Die Provisorische Regierung (Russlands) erkannte das Generalsekretariat als oberstes Regierungsorgan der Ukraine an.

Das Generalsekretariat und die Zentralrada erkannten im Gegenzug die Provisorische Regierung

(Russlands) an. Die Ukraine nahm Abstand von einer ‚einseitigen‘ (unilateral) Autonomie. Diese Vereinbarung schlug sich im 2. Universal (16. Juli 1917) nieder.

Ukrainische Volksrepublik

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Am 7. November^{jul.} / 20. November 1917^{greg.} proklamierte die Zentralna Rada die Ukrainische Volksrepublik als autonomen Staat innerhalb des neuen Sowjetrussland [sic!] nach der Oktoberrevolution.

Am 12. November^{jul.} / 25. November 1917^{greg.} fanden Wahlen statt, in denen die Bolschewiki 25 % und die anderen Parteien 75 % der Stimmen erhielten.

Mitte Dezember organisierten die Bolschewiki einen Aufstand in Winnyza. Es begann die Eroberung ost-ukrainischer Gebiete durch russische und ukrainische Rote Garden.

Am 24./25. Dezember fand in Charkiw der erste *Kongress der Delegierten der Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräte* statt, der die Beschlüsse der Zentralna Rada für ungültig erklärte.

Am 26. Dezember eroberten die Truppen der Bolschewiki Charkiw. Am 30. Dezember proklamierte das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjetukraine die *Ukrainische Volksrepublik der Sowjets*.

Am 9. Januar 1918 fanden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung der Ukraine statt, konnten allerdings nur in den nicht besetzten Gebieten durchgeführt werden.

Die ukrainischen nationalen Parteien erhielten 70 % der Stimmen, die Bolschewiki 10 %. Die Versammlung wurde jedoch nie einberufen, die Zentralna Rada blieb das politische Entscheidungsgremium der Ukrainischen Volksrepublik.

Am 22. Januar 1918 (4. Universal der Zentralrada) wurde die volle staatliche Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik verkündet.

Am 29. Januar fand in Kiew ein Aufstand der Bolschewiki statt, der am 4. Februar niedergeschlagen wurde.

Am 7. Februar eroberten die sowjetrussischen und -ukrainischen Truppen Kiew.

Am 9. Februar schloss die Ukrainische Volksrepublik mit den Mittelmächten den sogenannten Brotfrieden von Brest-Litowsk.

Deutsche und österreichische Intervention

Mitte Februar begannen deutsche und österreichische Truppen die Eroberung der westlichen Ukraine. Am 3. März eroberten sie Kiew und setzten die Zentralna Rada wieder ein.

Im Osten der Ukraine existierten kurzzeitig mehrere Sowjetrepubliken, so die Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Rog, die Sowjetrepublik Odessa, die Sowjetrepublik Taurida (Krim) und die Ukrainische Sowjetrepublik.

Am 29. April wurde in Kiew General Pawlo Skoropadskyj durch die deutsche Besatzungsmacht an die Spitze des sogenannten ukrainischen Staates gesetzt. Am 14. Dezember 1918 wurde er vertrie-

ben und die Ukrainische Volksrepublik wieder hergestellt.

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Im Januar 1919 eroberten die Bolschewiki Kiew und gründeten die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik. Im März wurde die erste Verfassung verabschiedet.

Bis 1920 kam das gesamte Territorium der östlichen Ukraine unter deren Kontrolle. [...]

Westukrainische Volksrepublik

In dem ehemals österreich-ungarischen Kronland Königreich Galizien und Lodomerien bildete sich im November 1918 die Westukrainische Volksrepublik (*Sachidno-Ukrajinska Narodna Respublika*, SUNR), deren Hauptstädte nacheinander Lwiw, Ternopil und Stanislaw (heute Iwano-Frankiwnsk) waren. Die Westukrainische Volksrepublik vereinigte sich im Januar 1919 mit der Ukrainischen Volksrepublik. [...]

Die im Südwesten des Landes gelegene Karpatoukraine, die bis 1919 zu Ungarn gehörte, fiel unter anderem aufgrund eines Votums des amerikanischen Nationalrats der Russinen am 10. September 1919 an die neugegründete Tschechoslowakei. [...]

1921 musste die Westukrainische Volksrepublik nach dem Polnisch-Ukrainischen Krieg kapitulieren.

Nach dem Krieg zwischen Polen (unter Führung von Pilsudski) und Sowjetrussland [sic!] wurde Ost-Galizien polnisch.

Es wurden die Woiwodschaft Lwów um Lwiw [sic!] sowie die Woiwodschaft Tarnopol um die Stadt Ternopil und die Woiwodschaft Stanisławów um das heutige Iwano-Frankiwsk gebildet, die für fast zwei Jahrzehnte zu Polen gehörten. Wolhynien wurde geteilt. In Polen entstand für 18 Jahre die Woiwodschaft Wolhynien.

In der Zentral- und Ostukraine setzte sich die sowjetische Herrschaft durch.

1922 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik offiziell Teil der neu gegründeten Sowjetunion, nachdem die Rote Armee unter Leo Trotzki die Machno-Bewegung in einem blutigen Kampf besiegt hatte.

Sowjetzeit

[...]

Im Rahmen der Industrialisierung der Sowjetunion wurden im Osten der Ukraine in den heutigen Millionenstädten Dnipro (u. a. Chemie), Donezk (u. a. Schwerindustrie, Kohlebergbau) und Charkiw (u. a. Flugzeuge) große wirtschaftliche Zentren mit Universitäten entwickelt.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Nach der Einrichtung von Kolchosen im Rahmen der Kollektivierung wurden diese dazu verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Ernte an den Staat abzuführen. Die Quote lag in der Ukraine bei etwa 30 %.

Seit 1928 wurde die Quote von Jahr zu Jahr erhöht. [...] 1931 betrug die Steuerquote für Getreide bereits

rund 40 %. Im Jahr 1932 kam es zu Problemen, das Getreide einzuziehen. Die ukrainische Landbevölkerung widersetzte sich der Getreideabgabe und versuchte, Teile der Ernte zu behalten, die sie hätte abgeben müssen. Daraufhin verschärfte die sowjetische Regierung die Repressionen.

In den Städten wurden Stoßbrigaden kommunistischer Aktivisten zusammengestellt. Diese fuhren in die landwirtschaftlichen Gebiete und führten dort Beschlagnahmungen durch. Die Lage wurde für die Landbevölkerung immer bedrohlicher: Repressalien, angefangen von Verhören, Drohungen und Belagerungen von Bauernhöfen [sic!] bis hin zu Verhaftungen [sic!] mit oder ohne Verurteilung, waren an der Tagesordnung.

Am 7. August wurde das ‚Ährengesetz‘ verabschiedet. Dieses sah für jede ‚Verschwendung sozialistischen Eigentums‘ eine Strafe von zehn Jahren bis zur Todesstrafe vor.

In den folgenden anderthalb Jahren wurden 125.000 Menschen nach diesem Gesetz verurteilt, darunter 5400 zum Tode. [...] Das Gesetz brachte nicht den gewünschten Erfolg. Am 22. Oktober wurde eine Sonderkommission in die Ukraine entsandt. Ihr Auftrag war es, den Widerstand zu brechen, wozu sie weitestgehende Vollmachten hatte. Es folgte eine Verhaftungswelle, von der sowohl Bauern als auch örtliche Partei- und Verwaltungskräfte betroffen waren. Schwerer noch wogen die wirtschaftlichen Repressalien, die Beschlagnahme aller Landartikel und das Unterbinden jeglichen Handels.

Die Landbevölkerung wurde von der Versorgung abgeschnitten.

Der nächste Schritt war die Anweisung, alle Getreidevorräte auf den Kolchosen zu beschlagnahmen. Diese Beschlagnahmen wurden mit großer Härte durchgeführt, Folter und Tötungen inbegriffen.

Am 27. Dezember 1933 wurden ein Inlandspass und für die Bewohner der großen Städte eine Meldepflicht eingeführt, um die Flucht der Landbewohner in die Städte zu stoppen.

Am 22. Januar befahlen Stalin und Molotow der Geheimpolizei GPU, die Landbewohner am Verlassen der Hungergebiete zu hindern.

Mehrere Hunderttausend Menschen, die es in die Städte schafften, wurden von dort wieder vertrieben. Tausende von Kindern wurden von ihren Eltern in die Städte geschafft und dort ausgesetzt in der Hoffnung, jemand werde sich ihrer annehmen. Zur Beseitigung der Kinder aus den Städten wurde daraufhin eine Sondereinheit gegründet. Diese sammelte die verhungerten Kinder auf der Straße ein und setzte sie auf freiem Feld zum Sterben aus. In der von Hunger geschwächten Bevölkerung brachen Seuchen aus. Im Frühjahr 1933 erreichte die Sterblichkeit ihren Höhepunkt. 1933 exportierte die Sowjetunion 1,8 Millionen Tonnen Getreide.

Die Weltöffentlichkeit reagierte kaum auf diesen faktischen Massenmord in der Sowjetunion, der heute in der Ukraine als Holodomor bezeichnet wird.

Mehrere Journalisten, wie Paul Scheffer in Deutschland, Gareth Jones in Großbritannien oder William Henry Chamberlin in den USA, berichteten wiederholt über die Ereignisse.

Intensiv beschäftigte sich der Europäische Nationalitätenkongress mit der Ursache der vielen Hungertoten [...] und warf der UdSSR öffentlichkeitswirksam ‚die Ausrottung der Kulturbestrebungen aller Volksgruppen und Völker aus ideologischen Gründen‘ vor. [...]

Diplomatische Reaktionen blieben jedoch weltweit aus. Die Sowjetunion selbst zensierte die wahrheitsgemäße Berichterstattung. Die Zahl der Opfer lässt sich nur schwer bestimmen, da es während des Bestehens der Sowjetunion keine Untersuchungen gab.

Anhand der Volkszählungen von 1937 und 1939 wird die Zahl der Toten auf 4 Millionen Ukrainer geschätzt. In anderen landwirtschaftlichen Gebieten der Sowjetunion starben danach weitere 2 Millionen Menschen durch die künstlich verursachte Hungersnot.

Der vergleichende Völkermordforscher Gunnar Heinsohn schätzt die Zahl der Opfer auf 6 bis 7 Millionen Ukrainer. Für ihn ist es die ‚schnellste gegen eine einzelne Volksgruppe gerichtete Massentötung des 20. Jahrhunderts und womöglich der Geschichte‘.

Als Motiv nimmt er die ‚Brechung der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung‘ an. Andere westliche Untersuchungen gehen davon aus, dass der Holo-

domor als eine Verkettung von Folgen und Nebenfolgen äußerst rücksichtsloser und brutaler Politik der Zwangskollektivierung, Herrschaftskonsolidierung und Widerstandsunterdrückung sowie zusätzlich hinzukommender wetterbedingter Ernteauffälle erklärt werden könne.

Deutsche Besetzung 1941–1944

[...]

Der Zweite Weltkrieg begann mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, dem am 17. September 1939 die sowjetische Besetzung Ostpolens folgte. Polen wurde gemäß den Abmachungen des Hitler-Stalin-Paktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden inszenierten [sic!] unter unfreien Bedingungen [sic!] noch 1939 Volksabstimmungen, als deren Ergebnis die südöstlichen polnischen Woiwodschaften der Sowjet-Ukraine zugeschlagen wurden.

Amtssprache wurde dort das Ukrainische, die polnische Bevölkerung erlitt Repressionen. Die Anteile der verschiedenen ethnischen Gruppen an der Bevölkerung änderten sich trotz Umsiedlungen in das Innere der Sowjetunion nicht wesentlich.

Im Juni 1941 führte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zunächst in diejenigen Gebiete, welche diese erst 1939 von Polen annektiert hatte.

Schon in den ersten Tagen kam es zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung, angeleitet teilweise durch Himmlers SS-Verbände und (mit-)ausge-

übt durch die ukrainischen und polnischen Bewohner.

Es begann auch hier der Massenmord der SS-Einsatzgruppen an den Juden. Anfangs fanden die deutschen Truppen in der Ukraine etliche Unterstützer gegen die Sowjetmacht, was sich jedoch infolge der menschenverachtenden nationalsozialistischen Besatzungspolitik änderte, denn in der Ideologie der Nationalsozialisten galten Ukrainer und auch alle anderen Slawen als ‚Untermenschen‘.

Von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) wurde kurz nach der Annexion durch Deutschland am 30. Juni 1941 in Lemberg [sic!] ein eigenständiger ukrainischer Staat proklamiert, welcher sich als gleichberechtigter Bündnispartner Hitlers verstand, was aber von den deutschen Nationalsozialisten selbstverständlich nicht akzeptiert wurde. Im Gegenteil: Die Anführer der OUN wurden verhaftet und in die KZ Ravensbrück und Sachsenhausen gebracht.

Während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg stand das Land als ‚Reichskommissariat Ukraine‘ zum größeren Teil unter deutscher Zivilverwaltung.

Die Ukraine war neben den baltischen Staaten und Weißrussland einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkrieges. Die Kämpfe von deutschen Wehrmacht- und Waffen-SS-Verbänden mit der Roten Armee und mit Partisanen verursachten in der Ukraine fünf bis sieben Millionen Tote, die Städte und die Wirtschaft wurden fast völlig zerstört.

Der Plan Hitlers und der Parteiführung war, im Verlauf der kommenden 20 Jahre nach 1941 in der Ukraine [sic!] 20 Millionen Deutsche anzusiedeln, zuvor sollte die Ukraine als Kolonie dienen, die man ökonomisch rücksichtslos ausplündern wollte.

Seit dem Winter 1941/42 wurden trotz hungernder ukrainischer Bevölkerung Fleisch, Milch und Getreide für die deutschen Truppen ‚requiriert‘, die selbst wegen großer Transportschwierigkeiten infolge der Partisanenaktivitäten unter mangelnder Versorgung litten.

Es entstanden hohe Verluste wegen unzureichender Winterkleidung. Nur noch 30 Prozent der als Existenzminimum geltenden Lebensmittelmenge war ab Dezember 1941 für die Einwohner Kiews verfügbar. Über eine Million Ukrainer wurden zur Zwangsarbeit Richtung Deutschland deportiert. Vor Verschleppung, Erschießungen (wegen Sabotageaktivitäten) und Deportation durch Sondereinheiten der SS konnten sich viele nur durch Flucht zu Partisanenverbänden retten.

Alle ukrainischen Organisationen wurden zwangsweise durch das ‚Reichskommissariat‘ aufgelöst, selbst alle Sportvereine und das ukrainische Rote Kreuz.

Ab Anfang 1942 wurden sämtliche Schulen und Schulklassen oberhalb der vierten Klasse durch das ‚Reichskommissariat‘ geschlossen.

Ukrainische Bücher und Zeitschriften wurden nicht mehr zum Druck zugelassen, einige wenige noch erlaubte Zeitungen wurden streng zensiert. Es

wurden massenhafte öffentliche Geislerschießungen als Reaktion auf Aktivitäten von Partisanen durchgeführt und etwa 250 Ortschaften vollständig zerstört.

Die Ukraine und Ostpolen waren die Gebiete, in denen die meisten Menschen dem Holocaust an Juden, Sinti und Roma zum Opfer fielen.

Zunächst wurden [sic!] nach dem Abzug der Roten Armee [sic!] in vielen Gebieten der Ukraine von ukrainischen Nationalisten Massaker und Pogrome an Juden verübt.

Mit dem Einmarsch der SS-Einsatzgruppen begannen die massenhaften Erschießungen von Juden. Das bekannteste dieser Massaker fand am 29. und 30. September 1941 in Babi Jar bei Kiew statt, wo mehr als 33.000 jüdische Kiewer ermordet wurden, gefolgt von weiteren regelmäßigen Massenerschießungen [sic!] mit weiteren etwa 70.000 Toten.

Darüber hinaus wurden alle kommunistischen Zivilisten und KPdSU-Mitglieder erschossen, derer man habhaft werden konnte. In der Ukraine legten Himmlers Sondereinheiten der SS etwa 180 Lager an, in denen etwa 1,4 Mio. Gefangene ermordet wurden. Zahlreiche Massengräber in der Ukraine bargen von Stalins Sondereinheiten (GPU) ermordete Ukrainer.

Kämpfe gegen die Sowjetherrschaft und gegen Polen 1943–1947

Zwischen 1943 und 1947 tobte nicht nur ein Partisanenkrieg gegen die deutschen Okkupanten, sondern gab es auch eine starke nationalistische

Unabhängigkeitsbewegung (ukrainische Aufständischenarmee: Ukrajinska Powstanska Armija UPA) gegen die Sowjetherrschaft, die vom NKWD niedergeschlagen wurde.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Aber auch die polnische Bevölkerung der heutigen Westukraine wurde zum Angriffsobjekt der UPA.

Insbesondere in den Ostkarpaten und in Wolhynien wurden 1944 weit über 100.000 Polen Opfer von Massenerschießungen durch die UPA. Da nach Kriegsende die ukrainischen Nationalisten einen Krieg gegen die Sowjetarmee begannen, wurden rund 300.000 Ukrainer nach Sibirien umgesiedelt.

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Danach wurde die Ukraine wieder eine Unionsrepublik der Sowjetunion und trug den Namen Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR).

Ausdehnung des Staatsterritoriums

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg und auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen (Teheran-Konferenz November 1943, Konferenz von Jalta Februar 1945 und Konferenz von Potsdam Juli/August 1945) gefassten Beschlüssen der Alliierten wurden von der Sowjetunion bzw. der Ukrainischen SSR dauerhaft jene westlich und südwestlich ihrer ursprünglichen Grenzen gelegenen Gebiete einbehalten, die zunächst nach Ver-

einbarungen des Hitler-Stalin-Pakts, dann im Verlauf des Krieges von der Roten Armee [sic!] militärisch eingenommen worden waren.

Die Grenzen der Ukraine wurden damit zu Lasten Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei weit nach Westen und Südwesten vorgeschoben.

Die sowjetische Politik zielte darauf ab, die in den Friedensverträgen von Brest-Litowsk 1918 und Riga 1921 von Russland erzwungenen Gebietsabtretungen rückgängig zu machen, die zahlreichen Minoritätenprobleme durch Umsiedlungsaktionen in Zukunft auszuschalten und durch eine hegemoniale Rolle in Ost- und Mitteleuropa eine sowjetfreundliche Orientierung dieser Regionen zu garantieren, um so den sowjetischen Sicherheitsinteressen gerecht zu werden.

1924 wurden die Okrug Shakyty und Taganrog von der Ukrainischen Sowjetrepublik der Russischen Sowjetrepublik abgetreten.

Verschiebung der Grenzen Polens

Nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 waren in Übereinstimmung mit einem geheimen Zusatzprotokoll des am 23. August 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts die ostpolnischen Gebiete ab 17. September 1939 durch die Sowjetunion militärisch besetzt worden.

Im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 wurde der genaue/ korrigierte Grenzverlauf zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion festgelegt, der in

etwa der am Nationalitätenprinzip orientierten Curzon-A-Linie von 1920 entsprach.

Ost-Galizien und Wolhynien (südlicher Teil der sogenannten Kresy) fielen nach diesen vertraglichen Regelungen dabei der Ukrainischen SSR zu.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verblieben diese Gebiete – im Zuge der Westverschiebung Polens – weiterhin im Machtbereich der Sowjetunion bzw. der Ukrainischen SSR. (s. auch Art. Vierte Teilung Polens).

Der Grenzverlauf zwischen der Sowjetunion und Polen entsprach dabei fast genau der Linie, die zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland im Hitler-Stalin-Pakt bzw. im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vereinbart worden war.

Bereits Juli 1944 hatte sich in Moskau das kommunistische *„Polnische Komitee der Nationalen Befreiung“* (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego – PKWN) (oder auch: Lubliner Komitee) in Opposition zur Londoner Exilregierung konstituiert.

Das Lubliner Komitee sollte die Macht ergreifen, sobald die Rote Armee die Curzon-Linie überschreiten würde. Dies geschah in Lublin am 22. Juli 1944. Im Januar 1945 wurde das Komitee von der Sowjetunion offiziell als provisorische polnische Regierung anerkannt.

Das Lubliner Komitee schloss am 27. Juli 1944 mit der Sowjetunion einen (Geheim-)Vertrag über die Abtretung der Gebiete östlich der Curzon-Linie. Am 16. August 1945 folgte ein Grenzvertrag mit der

Sowjetunion, der die Westverschiebung Polens und den gegenseitigen Bevölkerungsaustausch regelte.

Anfang (9.) September 1944 schloss das Lubliner Komitee Umsiedlungsverträge mit den Regierungen der angrenzenden Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Litauen.

Diese Verträge regelten die Fragen der Umsiedlung der polnischen Bevölkerung nach Westen und die der Ukrainer, Weißrussen und Litauer nach Osten. Aufgrund dieser Regelungen verloren bis Ende 1948 rund 1.200.000 Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten ihre Heimat. Viele dieser Menschen fanden in Folge in den ehemals deutschen Gebieten Pommern, Schlesien und im südlichen Ostpreußen ein neues Zuhause.

Bis Mitte 1946 wurden etwa 482.000 Ukrainer aus Polen in die Ukraine abgeschoben. Darüber hinaus wurden im Sommer 1947 in der sogenannten ‚Aktion Weichsel‘ (polnisch: Akcja ‚Wisla‘) 140.575 Ukrainer in die Oder-Neiße-Gebiete gebracht und dort verstreut angesiedelt. [...]

Verschiebung der Grenzen Rumäniens

Nach dem Ende des deutschen Westfeldzugs und Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne am 22. Juni 1940 sah die Sowjetunion den Zeitpunkt gekommen, das zu diesem Zeitpunkt noch zu Rumänien gehörende Bessarabien, die nördliche Bukowina und das Herza-Gebiet zu annektieren.

Am 28. Juni 1940 besetzte die Rote Armee diese Territorien. Wie in einem geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts vom 24. August 1939 abge-

sprochen, wurde dieses Vorgehen von Hitler-Deutschland geduldet.

In Folge zerteilte die Sowjetunion am 2. August 1940 Bessarabien und bildete aus dem größten (mittleren) Teil des Gebietes – unter Hinzuziehung der östlich des Dnister gelegenen Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (MASSR) – die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR).

Der Süden Bessarabiens (der Budschak/ derzeit Teil der Oblast Odessa) sowie nördliche Teile (Gebiet um die Stadt Chotyn (Hotin)/Oblast Tscherniwzi) wurde der Ukraine (zu diesem Zeitpunkt Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik) zugeschlagen.

1941 – nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion – eroberten rumänische Truppen diese Gebiete zunächst wieder zurück, um sie im Mai 1944 erneut an die Rote Armee zu verlieren.

Durch die Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge am 10. Februar 1947 wurden von Rumänien die neuen Grenzverläufe akzeptiert. Seitdem gehören die nördlichen und südlichen Gebiete des ehemaligen Bessarabien, der nördliche Teil der Bukowina, das Herza-Gebiet zur Sowjetunion bzw. zur Ukraine.

In einem Geheimprotokoll von 1948 verzichtete Rumänien auf die Schlangeninsel, die der Ukrainischen Sowjetrepublik angeschlossen wurde.

Weitere Grenzverschiebungen

Auch der östliche Teil der Tschechoslowakei, die Karpatoukraine, die nach 1938 von Ungarn annektiert worden war, fiel nach dem Zweiten Weltkrieg an die Ukrainische Sowjetrepublik.

1954 kam die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim durch einen Beschluss des Obersten Sowjets an die Ukraine.

Wie die weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik [sic!] war die Ukrainische SSR neben der UdSSR Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. 1948–49 und 1984–85 war sie nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. [...]

Ukrainische Nationalbewegung

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

In Galizien wurden bereits 1987 erste Regungen einer ukrainischen Nationalbewegung sichtbar.

Geistliche und Laien setzten sich für eine Rückgabe der Kirchen an die Ukrainische griechisch-katholische Kirche ein, die als unierte Kirche dem Papst unterstand.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche bekämpfte diese Bestrebungen. Ende 1989 wurde die Ukrainisch-Katholische Kirche nach einem Besuch Gorbatschows im Vatikan wieder zugelassen, ihr Oberhaupt, Kardinal Ljubacivs'kyj, kehrte 1991 aus dem römischen Exil nach Lemberg zurück.

Am 10. September 1989 wurde in Kiew die ukrainische Volksbewegung Narodnyj Ruch Ukrajiny *[rot markiert, was bedeutet, dass diese Seite noch nicht erstellt wurde, Hinzuf. d. Verf.]* gegründet.

Die Delegierten forderten die nationale und wirtschaftliche Souveränität der Ukraine [sic!] innerhalb einer sowjetischen Konföderation, sowie einen verbesserten Status der ukrainischen Sprache. Außerdem mehr Rechte für die christlichen Kirchen [sic!] neben der russisch-orthodoxen Kirche.

Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet am 4. März 1990 in der Ukrainischen SSR [sic!] erreichte die Kommunistische Partei der Ukraine etwas mehr als 70 % der Parlamentsmandate.

Wolodymyr Iwaschko wurde zunächst zum Parlamentsvorsitzenden gewählt, musste dieses Amt jedoch niederlegen, als er im Juli 1990 auf dem XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in das neugeschaffene Amt des Stellvertretenden Generalsekretärs der Partei gewählt wurde. [...]

Sein Nachfolger wurde Stanislaw Hurenko, der sich als KP-Vorsitzender zum einen für die ‚nationale Souveränität‘ der Ukraine [sic!] sowie für eine ‚geistige Wiedergeburt‘ des Landes aussprach, andererseits wollte er einen Austritt des Landes aus der Sowjetunion verhindern. [...]

Der Oberste Sowjet in Kiew gab am 16. Juli 1990 mit 355 gegen 4 Stimmen eine Souveränitätserklärung ab, mit der die Gesetze der ukrainischen Sowjetrepublik über die der Sowjetunion gestellt wurden.

Drei Tage nach dem gescheiterten Augustputsch in Moskau 1991 [sic!] beschloss der Oberste Sowjet in Kiew am 24. August 1991 [sic!] mit 346 von 450

Stimmen [sic!] den Austritt aus der Sowjetunion und die Schaffung eines unabhängigen Staates.

Am 23. Oktober 1990 übernahm Witold Fokin kommissarisch die Geschäfte des Vorsitzenden des Ministerrats der Ukraine und wurde am 14. November 1990 in diesem Amt bestätigt.

Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986

Im Jahre 1986 kam es zu einer Nuklearkatastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl [sic!] nahe der nordukrainischen Stadt Prypjat. Dabei wurden große Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt, die anschließend [sic!] durch den Wind [sic!] über weite Teile Europas verteilt wurden.

Erneute Unabhängigkeit

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

[...]

Unabhängigkeitsbestrebungen, die die ganze Zeit existierten und ihr Zentrum in der Westukraine in Lwiw hatten, führten nach der Perestroika 1991 [sic!] im Zuge der Auflösung der Sowjetunion [sic!] zur erneuten staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine.

Unter dem Eindruck des gescheiterten Augustputschs in Moskau [sic!] verabschiedete die Werchowna Rada am 24. August 1991 eine formale Unabhängigkeitserklärung, die am 1. Dezember 1991 in einem Referendum mit großer Mehrheit bestätigt wurde. [...]

Am 22. Oktober 1991 beschloss der Oberste Sowjet der Ukraine ein Gesetz zur Bildung eigener ukrainischer Streitkräfte im Umfang von rund 420.000 Soldaten [sic!] sowie eine Nationalgarde von 30.000 Soldaten.

Drei Tage später erfolgte auch die Zustimmung zu umfangreichen Wirtschaftsreformen, die die Privatisierung von Grundeigentum, die Preisfreigabe sowie eine Boden- und Finanzreform vorsahen.

Am 1. Dezember 1991 entschieden sich die Ukrainer in einem Referendum [sic!] mit 90,3 % der abgegebenen Stimmen [sic!] für die Unabhängigkeit.

Auf der Krim stimmten auch über die Hälfte der Bewohner für die Unabhängigkeit. Bei der ersten Direktwahl des Präsidenten der Ukraine mit einer Wahlbeteiligung von 84 % [sic!] setzte sich Leonid Krawtschuk mit 61,6 % der Stimmen [sic!] gegenüber Wjatscheslaw Tschornowil [sic!] mit 23,2 % durch.

Am 5. Dezember 1991 wurde schließlich von dem ukrainischen Parlament der Vertrag über die Bildung der Sowjetunion aus dem Jahr 1922 gekündigt, allerdings beschloss die ukrainische Staatsführung [sic!] bereits drei Tage später [sic!] gemeinsam mit Russland und Weißrussland [sic!] die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Territorium der Ukraine

Mit der Unabhängigkeit stellte sich die Frage nach den Staatsgrenzen der Ukraine.

Grenze zu Russland

Am 2. Dezember 1991 erfolgte die Anerkennung der Ukraine durch Russland. Ihre Grenze zu Russland wurde im russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag vom 31. Mai 1997 festgeschrieben.

Der Vertrag trat am 1. April 1999 in Kraft. Mit dem Freundschaftsvertrag wurden auch weitere Verträge über die Stadt Sewastopol abgeschlossen, die deren Status regelten. Sie bestätigten die Souveränität der Ukraine über die Stadt und den Hafen und garantierte zugleich Russland das Recht, dort [sic!] für mindestens weitere 20 Jahre [sic!] einen Marinehafen zu betreiben.

Mit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags [sic!] verzichtete Russland auf alle territorialen Forderungen bezüglich der Krim [sic!] einschließlich Sewastopols. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von 10 Jahren und verlängerte sich automatisch, wenn er nicht gekündigt wird.

Grenze zu Rumänien

Im Westen der Ukraine war die Grenze zu Rumänien bis 1997 strittig. Dabei ging es um die Zugehörigkeit des südlichen Bessarabiens und der nördlichen Bukowina zur Ukraine, Gebiete, die in der Zwischenkriegszeit zu Rumänien gehört hatten. [...]

Krim

Über die Halbinsel Krim kam es zu Kontroversen. Sie war erst seit 1954 Bestandteil der Ukrainischen

Sowjetrepublik und hatte zuvor zur Russischen SFSR gehört, bis 1945 als Autonome Republik.

Auf der Krim hatte die ethnisch russische Bevölkerung 1989 eine Zweidrittelmehrheit.

Wegen eines am 20. Januar 1991 abgehaltenen Referendums wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim am 12. Februar 1991 durch den Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR wiedererrichtet und verblieb nach der Unabhängigkeit der Ukraine [sic!] im August 1991 [sic!] bei der Ukraine.

Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim blieb aber zunächst bestehen. [...]

Am 26. Februar 1992 beschloss der Oberste Sowjet der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim die Umbenennung in ‚Republik Krim‘.

Nach langen Verhandlungen verabschiedete die Werchowna Rada am 22. April 1992 mit großer Mehrheit ein Gesetz, das der Krim Autonomierechte einräumte.

Der Oberste Sowjet der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim erklärte am 5. Mai 1992 die neue Republik Krim für unabhängig, doch bereits die am Folgetag verkündete „Verfassung der Republik Krim“ beschreibt sie als Teil der Ukraine.

Am 21. Mai 1992 wurde die Unabhängigkeit der Krim wieder zurückgezogen. Am 1. Juni 1992 einigten sich die Parlamentspräsidenten der Krim und der Ukraine auf einen wirtschaftlichen Sonderstatus für die Krim und den Verbleib der Halbinsel bei der Ukraine.

Am 21. Mai 1992 hat der Kongress der Volksdeputierten der RSFSR die Abtretung der Krim an die Ukraine im Jahr 1954 für nicht rechtmäßig erklärt.

Am 30. Juni 1992 beschloss das ukrainische Parlament [sic!] mit 246 gegen 4 Stimmen [sic!] für ein Gesetz, das der Krim weitestgehende Autonomie einräumt. Danach ist die Halbinsel Krim ein autonomer Bestandteil der Ukraine und die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Währungspolitik verbleiben bei der Ukraine.

Die autonome Krim erhält das Recht, die Außenwirtschaftsbeziehungen, die Sozial- und Kulturpolitik eigenständig zu gestalten und kann allein über die Bodenschätze (bspw. Erdgas) verfügen.

Ein Anschluss der Krim an ein anderes Land bedarf der Zustimmung des ukrainischen Parlaments und des Parlaments der Krim. Eine Stationierung von Streitkräften bedarf der Zustimmung des Parlaments der Krim.

Am 21. September 1994 wurde die bisherige Republik Krim zur Autonomen Republik Krim.

Zuvor hatte im 1992 das Parlament die Unabhängigkeit der Krim erklärt. Es folgte eine verbale Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland.

Die separatistischen Kräfte zogen schließlich ein Referendum zurück, das auf einen Anschluss der Krim an Russland gezielt hatte. Als Kompromiss wurden die Rechte der Krim als Autonome Republik der Ukraine ausgeweitet. Nach weiteren Macht-

kämpfen in den folgenden Jahren erhielt die Krim schließlich in der Verfassung von 1995, die 1998 nochmals überarbeitet wurde, erneut den Status einer Autonomen Republik als ‚integraler Bestandteil der Ukraine‘, mit eigener Regionalregierung, eigenem Parlament, aber ohne eigenen Staatspräsidenten.

Im Jahr 2014 fand jedoch gegen den Willen der ukrainischen Regierung [sic!] unter einer Russischen Okkupation [sic!] ein keinerlei demokratischen Standards genügendes Referendum [sic!] über den Status der Krim statt, bei dem angeblich 97 % der Wähler für einen Beitritt zu Russland stimmten. Die anschließende Aufnahme der Krim als russisches Föderationsobjekt wird von der Ukraine und der absoluten Mehrheit der UNO-Staaten nicht anerkannt.

[...]

Bibliografische Angaben für „Geschichte der Ukraine“	
Seitentitel:	Geschichte der Ukraine
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	13. März 2022, 20:40 UTC
Versions-ID der Seite:	221085011
Permanentlink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Geschichte_der_Ukraine&oldid=221085011
Datum des Abrufs:	13. März 2022, 20:40 UTC
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen; diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

Anhang 2. Wer ist Wolodymyr Selenskyj?

Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj [...] ‚Wladimir Alexandrowitsch Selenski‘; * 25. Januar 1978 in Kriwoi Rog, Ukrainische SSR, Sowjetunion) ist seit dem 20. Mai 2019 der Präsident der Ukraine.



Abb. 01

[Unterschrift und Untertext ausgelassen]

Nach seinem Jurastudium erlangte er in der Ukraine und in Russland Popularität als Schauspieler, Komiker, Synchrone Sprecher, Regisseur, Fernsehmoderator, Filmproduzent und Drehbuchautor. Er war Mitinhaber und künstlerischer Leiter des Filmstudios Kwartal-95 [...] (2003–2019) und Produzent des Fernsehsenders Inter (2010–2012).

Nachdem Selenskyj am 31. März 2019 den ersten Wahlgang [...] und am 21. April die Stichwahl der Präsidentenwahl in der Ukraine mit etwa 73 % der abgegebenen Stimmen [sic!] klar vor dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko [sic!] gewonnen hatte, [...] wurde er am 20. Mai 2019 in Kiew in das Amt des Präsidenten eingeführt. [...]

[...]

Herkunft und Ausbildung

Selenskyj kam in der Industriestadt Krywyj Rih (russisch Kriwoi Rog) [sic!] im Südosten der damals noch sowjetischen Ukraine (Oblast Dnipropetrowsk) [sic!] in einer russischsprachigen [sic!] jüdischen Familie zur Welt. [...] [...]

Sein Vater, Oleksandr Selenskyj (* 1947), ist ehemaliger Kybernetik-Professor, der die akademische Abteilung für Kybernetik und Computerhardware am Krywyj-Rih-Institut für Ökonomie der Staatlichen Universität für Wirtschaft und Technologie Kryvyi Rih leitete; [...] die Mutter, Rimma Selenska (* 1950), ist Ingenieurin. [...]

Die Familie lebte vier Jahre in Erdenet in der Mongolei, wohin der Vater versetzt worden war.

Sein Großvater Semen Selenskyj (* 1924) [...] diente während des Zweiten Weltkriegs als Kommandeur eines Mörserzuges, Kommandeur einer Schützenkompanie des 174. Gardeschützenregiments der 57. Gardeschützendivision und bis Kriegsende im Rang eines Leutnants. [...] [...] [...]

Alle drei Brüder Semen Selenskyjs und sein Vater wurden während des Holocaust [sic!] ermordet. [...]

Nach der Rückkehr nach Krywyj Rih [sic!] beendete Wolodymyr Selenskyj 1995 erfolgreich das Gymnasium Nr. 95 [...] und absolvierte ein Diplomstudium der Rechtswissenschaft am Institut der Nationalen Wadym-Hetman-Wirtschaftsuniversität in Kiew, war jedoch im Anschluss nie als Jurist tätig.

1997 gründete Selenskyj die nach seinem Stadtviertel benannte Kabarettgruppe Kwartal 95 (‘95. Wohnblock’) mit. Die Truppe tourte fünf Jahre [sic!] von Moskau aus [sic!] durch Staaten der ehemaligen Sowjetunion. [...]

Karriere

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

[...]

Landesweit bekannt wurde er 2006 durch seine Teilnahme an der ukrainischen Version von „Dancing with the Stars“. [...]

In den Jahren 2010 bis 2013 erhielt er mehrmals den Nationalen Fernsehpreis der Ukraine [...] (Teletriumph). [...]

Mit seiner Kabaretttruppe gründete er eine Fernsehproduktionsgesellschaft.

2015 trat Selenskyj auf dem meistgesehenen Fernsehsender der Ukraine 1+1 [sic!] in der satirischen Fernsehserie ‚Diener des Volkes‘ [sic!] als Geschichtslehrer Wassilyj Petrowytsch Holoborodko [sic!] auf.

Die Figur Holoborodko ist von der Korruption ukrainischer Politiker angewidert, macht über Social Media Wahlkampf, sammelt Geld über eine Crowdfunding-Kampagne und wird unversehens zum Präsidenten gewählt.

Als ehrlich bleibender Präsident räumt Holoborodko dann in der notorisch korrupten [sic!] ukrainischen Politik auf. Die Fernsehserie wurde zum Grundstein für Selenskyjs politischen Durchbruch. [...]

Im September 2016 verursachte Selenskyj in der Ukraine einen Skandal, als er in einer Parodie auf Petro Poroschenko den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und den Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko ‚Bettler‘ sowie die Ukraine ‚eine SchauspielerIn eines deutschen Films für Erwachsene‘ nannte, die ‚bereit ist, jede beliebige Nummer auf einer beliebigen Seite zu akzeptieren‘.

Der Journalist und Politikanalyst Witalij Portnykow bezeichnete daraufhin Selenskyjs Humor als ‚minderwertig, geschmacklos, bürgerlich und beschränkt‘. [...]

Politische Laufbahn

Vor Amtsantritt als Präsident

Seit der Ausstrahlung der Fernsehserie „Diener des Volkes“ und des gleichnamigen Films [*rot markiert, was bedeutet, dass diese Seite noch nicht erstellt wurde*, Hinzuf. d. Verf.] Ende 2016 [sic!] begannen Gerüchte zu Selenskyjs Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Ukraine.

2017 ließ der Anwalt von Studio Kvartal 95 [sic!] Iwan Bakanow [sic!] die nach der Fernsehserie benannte Partei Sluha narodu registrieren.

Obwohl er offiziell noch nicht als Präsidentschaftskandidat für die Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2019 nominiert war, [...] lag er Mitte November 2018, Umfragen zufolge, mit 11 Prozent Zuspruch in der

ukrainischen Bevölkerung, nach Julija Tymoschenko [sic!] und noch vor dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko [sic!] auf Platz zwei der Bewerber um das Präsidentenamt; [...] später lag er auf Platz eins mit 24 Prozent [sic!] vor den beiden Erwähnten mit 16 Prozent. [...]

Selenskyj gab am Silvesterabend 2018 im Fernsehsender 1+1 seine Kandidatur für die Wahl bekannt.

Ihm wurde eine gewisse Abhängigkeit vom ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskyj nachgesagt, da er für den Fernsehsender 1+1 arbeitet und bis 2022 einen Vertrag hat, an dem über die Central European Media Enterprises, neben WarnerMedia mit 49,9 %, auch Kolomojskyj mit 50,1 % [sic!] beteiligt ist. [...][...]

Als Präsidentschaftskandidat wurde Selenskyj massiv von Kolomojskyj gefördert. [...]

Radio Free Europe deckte auf, dass Selenskyj [sic!] in den Jahren 2017/2018 [sic!] mindestens 14 Mal erst zu Kolomojskyjs damaligem Wohnort im Exil nach Genf flog und dann nach Tel-Aviv - die letzten Male im Herbst 2018 [sic!] nach der Entscheidung zur Präsidentschaftskandidatur.

Kolomojskyjs langjähriger Anwalt Andrij Bohdan [...] spielte eine prominente Rolle im Wahlkampfstab und wurde von ihm schon zu Gesprächen mit dem Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) geschickt. [...]

Seine Leibwächter, die zuvor Kolomojskyj schützten, als dieser noch in der Ukraine lebte, sorgten außerdem für Selenskyjs Sicherheit und wurden von dem Oligarchen bezahlt. [...]

Kolomojskyj kündigte seine Rückkehr in die Ukraine an, sollte Selenskyj gewinnen. [...] In einem Interview antwortete Selenskyj auf die Frage des TV-Journalisten Dmitry Gordon [*rot markiert, was bedeutet, dass diese Seite noch nicht erstellt wurde*, Hinzuf. d. Verf.], ob die Ukraine von Kolomojskyj regiert wird, wenn Selenskyj die Präsidentschaftswahlen gewinnt – da er nur ein von ihm gesetzter Bauer im Schach sei:

„Ich bin eine absolut unabhängige Person. Ich möchte niemanden beleidigen, aber derjenige, der mich kontrollieren wird, ist noch nicht geboren.“ – Wolodymyr Selenskyj, 26. Dezember 2018 [...]

In seinem politischen Programm blieb Selenskyj vage und bot damit eine Projektionsfläche für die Hoffnungen vieler Ukrainer. [...] Die ukrainische Öffentlichkeit war von der mangelhaften Korruptionsbekämpfung und der ‚Dominanz der alten Kräfte‘ in der Ukraine seit langem enttäuscht, so Diskussions Teilnehmer der Bertelsmann Stiftung. [...]

Bei einem Treffen im Januar 2019 mit verschiedenen Botschaftern der EU-Länder nach seinem politischen Programm gefragt, verwies er auf seine Berater.

Selenskyj forderte daraufhin seine Anhänger auf, ihm über Social Media Programmvorschläge zu machen, [sic!] und veröffentlichte Ende Januar ein Vier-Seiten-Programm.

Das Programm reichte von der Einführung Direkter [sic!] Demokratie und Volksabstimmungen [sic!] über eine Beteiligung aller Ukrainer am nationalen Reichtum, von Geburt an, über freie Universitätswahl für herausragende Abiturienten [sic!] bis hin zum Straßenbau auf europäischem Niveau. [...]

Zu seinem Kompetenzteam von Technokraten bzw. Personen mit politischer Erfahrung [sic!] gehören der ehemalige Finanzminister Oleksandr Danyljuk, der ehemalige Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius [sic!] sowie der Journalist und Werchow-na-Rada-Abgeordnete Serhij Leschtschenko. [...] [...]

Der Politologe des US-amerikanischen außenpolitischen ‚Thinktanks Carnegie Endowment for International Peace‘ (CEIP) Balázs Jarábik [sic!] kommentierte den Wahlausgang: ‚In Zeiten, in denen Versprechen ständig gebrochen werden, scheint es eine gute Strategie zu sein, erst gar keine Versprechen zu machen.‘ [...]

Erst nach dem Wahlsieg erklärte Selenskyj das Aufräumen mit Korruption und Elitenherrschaft zu seinen Zielen. [...]

Die Wahl von Selenskyj ist laut Nowaja Gaseta eine Demonstration für die ganze postsowjetische Re-

gion, dass eine Macht ersetzt werden kann, dass sie also nicht heilig ist und Präsidenten [sic!] bei einer Wahl [sic!] nicht schon lange vor deren Termin feststünden. [...]

Im besten Fall breche die Wahl ein schlechtes System auf. [...]

Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, Russland blicke skeptisch und mit viel Argwohn auf den ‚lebendigen politischen Prozess im Nachbarland‘. [...]

Auf Wedomosti schrieb Wladimir Ruwinski darüber, ob die Ukraine für Russland ein Vorbild werde und die in Russland übliche Phrase ‚Willst du es wie in der Ukraine?‘ ihre negative Konnotation verlieren könnte. [...]

Die Tel Aviver Tageszeitung Haaretz stellte fest, die Ukraine sei nun das einzige Land außer Israel, das sowohl einen jüdischen Präsidenten [sic!] als auch einen jüdischen Premier habe. [...]

Nach seinem Wahlsieg erhielt er zahlreiche Gratulationen aus dem Ausland: So gratulierten ihm Emmanuel Macron, Donald Trump, Jens Stoltenberg, Justin Trudeau, Jean-Claude Juncker, Donald Tusk und Linas Linkevicius zu seinem Erfolg. Die [ehemalige, Hinz. d. Verf.] deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte ebenfalls und lud Selenskyj nach Berlin ein. [...]

Aus Russland erhielt Selenskyj nach seiner Wahl herablassende Ratschläge von Ministerpräsident Medwedew, aber keine Gratulation – dafür ‚sei es zu früh‘. [...]

Die Präsidialverwaltung riet den russischen Staatsmedien offensichtlich, Selenskyj nicht zu loben, und dementsprechend hielt sich Dmitri Kisseljow nach früherem Herausstreichen von Selenskyjs ‚Auffrichtigkeit‘ beim zweiten Wahlgang sehr zurück. [...]

Auch bei der Amtseinführung gab es keine Gratulation aus Moskau. [...]

Ein drei Tage nach seinem Wahlsieg durch die Werchowna Rada verabschiedetes Gesetz, das vorsieht, in Behörden verpflichtend Ukrainisch zu sprechen, stieß bei Selenskyj auf Kritik, da er statt zu strafen [sic!] lieber positive Anreize zur Förderung der ukrainischen Sprache geschaffen hätte. [...]

Als amtierender Präsident (seit 2019)

Gesellschaftspolitik

[Abbildung unter Untertext ausgelassen]

Kurz nach seiner Amtseinführung am 20. Mai 2019 als neuer Präsident der Ukraine [sic!] löste Selenskyj das Parlament auf. Er kündigte Neuwahlen innerhalb der nächsten zwei Monate an. Selenskyj hatte über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. [...]

Selenskyj kündigte außerdem an, die Immunität von Abgeordneten aufzuheben und eine Initiative gegen Bereicherung im Amt einleiten zu lassen.

Zusätzlich strebe er die Entlassung des Generalstaatsanwalts und des Geheimdienstchefs an und legte der gesamten Regierung den Rücktritt nahe.

Ranghohe Politiker, darunter Außenminister Pawlo Klimkin und Verteidigungsminister Stepan Poltorak, folgten der Aufforderung. Auch der Ministerpräsident der Ukraine [sic!] Wolodymyr Hrojsman [sic!] kündigte seinen Rückzug an. [...]

In den ersten Jahren seiner Präsidentschaft versuchte Selenskyj die ukrainischen Oligarchen (darunter Rinat Achmetow, Igor Kolomojski, Wiktor Pintschuk, Dmytro Firtasch) zu überzeugen, freiwillig Macht abzugeben, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und dem Staat bei einzelnen Projekten zu helfen.

Als dies nicht gelang, verabschiedete Selenskyj [sic!] mit Hilfe des Parlamentes [sic!] ein Lobbygesetz, das den Einfluss der Oligarchen offenlegte und etwas beschnitt.

Seit dem Gesetz [sic ist es Oligarchen in der Ukraine verboten, Parteien zu finanzieren. Amtspersonen müssen zudem jedes nicht öffentliche Treffen mit Oligarchen deklarieren. Außerdem gründete Selenskyj im selben Jahr einen Nationalen Sicherheitsrat, der Sanktionen gegen Oligarchen verhängt.

gen kann (und dies auch sofort nach Gründung gegen Wiktor Medwedtschuk tat).

Damit wurde Selenskyj der erste Präsident in der Geschichte der Ukraine, der eine konfrontative Politik gegenüber Oligarchen einging. [...]

Im Oktober 2021 wurden jedoch durch Veröffentlichungen zu den Pandora Papers bekannt, dass Selenskyj eine Briefkastenfirma in einer Steueroase unterhalten haben soll, eine Praxis, für die er seinen Vorgänger vor Amtsantritt noch kritisiert hatte. [...][...]

2020 machte Selenskyj das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana zum nationalen Feiertag. [...]

Im Jahr 2021 ließ er drei prorussische TV-Sender verbieten, die, laut Angaben seiner Pressesprecherin, ein ‚Werkzeug im Krieg gegen die Ukraine‘ gewesen waren. [...]

Rolle in der Ukraine-Affäre Präsident Trumps

Bereits im Mai 2019 diskutierte Selenskyj mit seinen Beratern, wie mit dem Druck seitens des US-Präsidenten Donald Trump und dessen Beraters Rudolph Giuliani umgegangen werden solle. [...]

Am 25. Juli 2019 soll Trump Selenskyj in einem Telefonat aufgefordert haben, als Gegenleistung für dringend benötigte Militärhilfe [sic!] Ermittlungen gegen Joe Biden, den möglichen Gegenkandidaten

Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen 2020, einzuleiten.

Biden soll in seiner früheren Position als US-Vizepräsident angeblich die Entlassung des ukrainischen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin veranlasst haben, um seinen Sohn Hunter, der von 2014 an im Verwaltungsrat des ukrainischen Erdgaskonzerns Burisma Holdings tätig war, vor Korruptionsermittlungen zu schützen.

Selenskyj äußerte gegenüber einem Reporter des Fernsehsenders Rossija 24, dass ihn niemand unter Druck setzen könne, da er der Präsident eines unabhängigen Landes sei. [...]

Allerdings hielt die US-Regierung [sic!] zum Zeitpunkt des Telefonats [sic!] bereits vom Kongress genehmigte Militärhilfe für die Ukraine in Höhe von fast 400 Millionen Dollar zurück. [...]

Das Bekanntwerden des Telefonats löste im August 2020 die Ukraine-Affäre aus. Die amerikanische Demokratische Partei nahm den Anruf als Anlass, ein Amtsenthungsverfahren gegen Trump vorzubereiten. [...]

Friedensgespräche 2019

Am 9. Dezember 2019 nahm Selenskyj an einem Treffen im Normandie-Format teil, zu dem der französische Präsident Emmanuel Macron nach Paris eingeladen hatte.

Die Verhandlungen im Élysée-Palast mit Macron, der [ehemaligen, Anm. d. Verf.] deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, mit dem Selenskyj hier erstmals zusammentraf, führten zur Vereinbarung eines Gefangenenaustauschs, eines Waffenstillstands in der Ostukraine bis Ende des Jahres und einem weiteren Truppenrückzug in drei weiteren Gebieten an einer Demarkationslinie [sic!] bis Ende März 2020.

Des Weiteren wurde in Paris ein Bekenntnis zur sogenannten *Steinmeier-Formel*, einem auf den damaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zurückgehenden Vorschlag, den ostukrainischen Regionen Luhansk und Donezk einen Sonderstatus zu verleihen und dort Wahlen unter Beobachtung der OSZE durchzuführen, formuliert.
[...][...]

Russischer Überfall auf die Ukraine

[...]

In seiner teilweise auf Russisch gehaltenen Antrittsrede [sic!] nannte Selenskyj die Beendigung des Krieges im Land als vorrangige Aufgabe. Einen Dialog mit Russland könne es nur geben, wenn die Krim zurückgegeben und Kriegsgefangene freigelassen würden.^[...]

Während des Ukraine-EU-Gipfels am 8. Juli 2019 in Kiew, bei dem auch EU-Ratspräsident Donald Tusk

und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker teilnahmen, [...] schlug Selenskyj in einer Videobotschaft an Wladimir Putin [sic!] direkte [sic!] gemeinsame Gespräche in der belarussischen Hauptstadt Minsk zur Friedenslösung im Ukraine-Krieg vor, an denen, neben ihm und Putin, der amerikanische Präsident Donald Trump, die britische Regierungschefin Theresa May, der französische Präsident Emmanuel Macron [sic!] sowie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel [sic!] teilnehmen sollten.

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow teilte daraufhin mit, dass Russland die Idee Selenskyjs als neue Initiative prüfe, [...] und am 11. Juli 2019 kam es zu einem ersten Telefongespräch zwischen Selenskyj und Putin. [...]

Nach der für seine Partei erfolgreichen Parlamentswahl begann er mit innenpolitischen Reformen und Anfang September 2019 kam es zu einem Gefangenenaustausch mit Russland, was für Selenskyj als außenpolitischer Erfolg gewertet wird. [...]

Seit dem Frühjahr 2021 begann Russland damit, Streitkräfte aus Sibirien und der Umgebung von Moskau [sic!] an die ukrainische Grenze zu verlegen, zum Teil auch auf dem Gebiet des benachbarten Belarus.

Im darauf folgenden Herbst begannen diese Truppen mit umfangreichen „Militärmanövern“. [...]

Im November 2021 erklärte Selenskyj, er habe Kenntnis erhalten, wonach ein von Russland initiiertes Staatsstreich stattfinden solle und es diesbezüglich Tonaufnahmen von Vertretern der russischen Administration mit Rinat Achmetow gebe.

Selenskyj gab an, Achmetow zur Rede stellen zu wollen, da nicht ausgeschlossen sei, dass Achmetow in die Putschabsichten ‚nur hereingezogen‘ werden sollte und nicht involviert sei. [...]

Als Reaktion auf eine Unterrichtung der Regierungschefs der NATO-Staaten durch die USA (bzw. den US-amerikanischen Geheimdienst CIA), wonach Russland möglicherweise am 16. Februar 2022 einen Angriff auf die Ukraine beginnt¹, [...] erklärte Selenskyj diesen Tag per Dekret zum nationalen Feiertag. [...]

Unter Bruch des Minsker Abkommens erkannte Russland am 21. Februar 2022 die separatistischen, so genannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk [sic!] als unabhängige Staaten an und schloss Freundschaftsabkommen mit ihnen, denen zufolge es Truppen dorthin verlegen konnte.

Dies veranlasste Selenskyj zur teilweisen Einberufung der Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren. [...]

Keine drei Tage später, am frühen Morgen des 24. Februar, befahl Putin seinem Militär den Einmarsch

¹ [Was dann tatsächlich am 24.02.2022 geschah, s.w.u. Hinzuf., d. Verf.]

in die Ukraine. Selenskyjs eigener Aussage zufolge [sic!] hatte er noch in der Nacht zuvor versucht, Putin telefonisch zu erreichen. Als dies nicht gelang, richtete er sich in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung Russlands und rief zum Frieden auf. [...] [...] [...]

Nach Beginn des russischen Angriffs verhängte er per Dekret das Kriegsrecht über die Ukraine. [...] Zudem wandte er sich in einer Videobotschaft an die ukrainische Bevölkerung. [...]

Am 25. Februar berichtete er ebenfalls in einer Fernsehansprache über die Verluste des ersten Kriegstages und erklärte, dass er die politischen Führer der NATO-Staaten zu einem Beitritt der Ukraine befragt habe und dass Russland durch Eliminierung des Staatsführers die politische Führung der Ukraine beschädigen wolle.

Für Russland sei er ‚Ziel Nummer eins‘ und seine Familie ‚Ziel Nummer Zwei‘.

Selenskyj erklärte, er und seine Familie würden die Ukraine nicht verlassen, und gab bekannt, dass er mehrere ukrainische Gefallene posthum mit der höchsten Auszeichnung des Landes ehren werde. [...]

Aufgrund seines Auftretens [sic!] unmittelbar vor und nach dem Beginn des russischen Überfalls im Februar 2022 [sic!] gewann Selenskyj zusehends an Ansehen.

Neben seiner Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2022 [...] fanden seine selbst aufgenommenen Videos aus Kiew, mit denen er Falschinformationen widerlegte, die behaupteten, er sei aus der Ukraine geflüchtet, international große Beachtung. [...] [...] [...]

In der ersten Kriegswoche überlebte er laut Medienberichten drei von Gruppe Wagner und Kadyrowzy ausgehende Attentatsversuche. [...]

In einem am 10. März 2022 erschienenen Interview mit der „Zeit“ erklärte Selenskyj, von der russischen Invasion nicht überrascht worden zu sein, wohl aber von der Brutalität des Vorgehens.

Bei den Bomben auf Wohnhäuser und dem Raketenbeschuss von Wohngebieten [sic!] handle es sich um Kriegsverbrechen.

Zur Aufbietung männlicher und weiblicher Zivilisten im Kampf gegen Berufssoldaten befragt, verwies Selenskyj auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung, „so gut es irgendwie geht. Wir verfügen nicht über so viele Soldaten wie Russland, wir haben nicht so viel Ausrüstung und so viele Raketen. Aber wir haben etwas, das sie nicht haben: Das sind die Menschen, die ihre Freiheit wirklich schätzen und bereit sind, dafür zu kämpfen. Darum wurde dieser Krieg zu einem Volkskrieg, und darin hat jeder eine bestimmte Funktion. Insbesondere in der Territorialverteidigung.’

Auf den Einwand gegen seine Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine eingehend, diese könnte bei der Umsetzung einen dritten Weltkrieg auslösen, schlug Selenskyj alternativ vor, den Ukrainern Kampfflugzeuge und Luftabwehrsysteme zur Verfügung zu stellen, ‚mit denen wir selbst unseren Himmel sichern können.’

Den möglichen Einsatz russischer Atomwaffen gegen den Westen betrachtete er als einen Bluff Putins. Jeder Atomwaffeneinsatz bedeute das Ende aller Beteiligten; dessen sei man sich auch in Russland bewusst.

Dagegen hätten sich die unter anderen von Russland im Budapester Memorandum 1994 der Ukraine gegebenen Sicherheitsgarantien spätestens mit Putins Angriff als nicht funktionierend erwiesen, ‚selbst wenn die Stärksten der Welt sie unterzeichnet haben.’

Eine strenge Bestrafung Russlands, zu der der Westen in der Lage sei, wäre einer Wiederherstellung der Kraft des Völkerrechts dienlich.

Andernfalls seien auch Moldawien, Georgien, das Baltikum und Polen bedroht. ‚Tatsächlich ist der gesamte Kontinent in Gefahr, solange Russland die Möglichkeit hat, einen anderen Staat anzugreifen.’
[...][...]

Bibliografische Angaben	„Wolodymyr Selenskyj“
Seitentitel:	Wolodymyr Selenskyj
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	16. März 2022, 20:00 UTC
Versions-ID der Seite:	221201214
Permanentlink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wolodymyr_Selenskyj&oldid=221201214
Datum des Abrufs:	17. März 2022, 04:17 UTC
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen. Diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

Anhang 3. Geschichte Russlands.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Russlands Geschichte erlebte seit ihrem Beginn im 9. Jahrhundert vielfältige Brüche. So ist die russische Geschichte eine Eigenentwicklung, die sich von der Entwicklung seiner Nachbarn in Europa deutlich unterscheidet.

Ursächlich dafür ist ein ständiges In- und Gegen-einanderspiel typisch russischer Merkmale aus sozialen Begebenheiten und geographischen Einflüssen, die seine Geschichte auf weiten Strecken begleiteten.

So gab die erdräumliche Lage Russland eine Brückenstellung zwischen Europa und Asien, die je nach Kräftelage die Aggression fremder Mächte [...] oder die eigene Expansion begünstigte.

Dazu trug das Fehlen von natürlichen Grenzen bei, was Russland im Wechselspiel mit der Erfahrung fremder Einfälle dazu veranlasste, die Grenzen so weit auszudehnen, bis natürliche Grenzen einen wirksamen Schutz bilden konnten [...]

Dieses starke, aus historischen Einfällen resultierende Sicherheitsbedürfnis Russlands [sic!] setzt sich bis heute fort.

Die Spannung zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Bewältigung bzw. Nichtbewältigung durch die jeweils herrschenden Gruppen [sic!] gehört ebenso zu den Konstanten der russischen Geschichte.

Beispielhaft zu nennen sind die Nichtbewältigung der sozialen Unruhen im Zuge des Industriezeitalters mit ihren Höhepunkten in der Revolution 1905, der Februar- und der Okttoberrevolution 1917 oder die postkommunistische Systemtransformation der 1990er Jahre.

Die aus der byzantinischen Orthodoxie übernommenen Denkweisen führten zu Spannungen mit modernistischen Tendenzen [...].

Aufgrund der fehlenden römischen Rechtstradition fehlte ein Widerstandsrecht gegen herrscherliche [sic!] Übergriffe, so dass die Beziehung zwischen Staatsgewalt und der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des Einzelnen belastet blieb.

Dies zeigte sich besonders im 19. Jahrhundert, als liberale Ideen in Russland vermehrt Anhänger fanden und sich in mehreren Attentaten gegen den russischen Selbstherrscher äußerten [...]

Die bis zum Ende der Sowjetunion ausgeprägte Verbindung von genossenschaftlichen und herrschaftlichen Elementen liegt ursprünglich in der orthodoxen Kirche begründet, wo die Gemeinschaft der Gläubigen eine viel größere Rolle spielte [sic!] als das Gott gegenüber verantwortliche Individuum.

An diese Vorstellungen des Kollektivs knüpften im 19. und 20. Jahrhundert Marxisten und Sozialisten an und setzte diese in der Sowjetunion fort.

Der Ausgleich zwischen zentralistischer und dezentraler Herrschaft war in der Geschichte Russlands ein konstantes Problem. Insbesondere in Übergangszeiten (z. B. zwischen 1240 und 1480, nach

1917 und nach 1994) nahmen separatistische Strömungen an den Rändern des Landes zu.

Altrussland, Mongolensturm und Aufstieg Moskaus

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Der alte ostslawische Name für das Gebiet des von Slawen bewohnten Teils des europäischen Russlands, Belarus' und der Ukraine [sic!] war Rus (siehe Kiewer Rus) auf Griechisch *Rossia*. Auf diese Form geht der heutige russische Landesname *Rossija* zurück.

Die früheste Geschichte des europäischen Russlands (zur Geschichte des asiatischen Teils siehe Geschichte Sibiriens) ist im Norden geprägt von finno-ugrischen Völkern und Balten, im Süden von den indogermanischen Steppenvölkern des Kurganvolks, der Kimmerer, Skythen, Sarmaten und Alanen; später kamen noch Griechen, Goten, Hunnen und Awaren hinzu.

In die Mitte, zwischen Dnepr und Bug, kamen die slawischen Völker, die sich ab dem 6. Jahrhundert auch nach Norden und Osten auszudehnen begannen.

Ab dem 8. Jahrhundert befuhren skandinavische Wikinger die osteuropäischen Flüsse und vermischten sich später mit der slawischen Mehrheitsbevölkerung.

Diese auch Waräger und Rus genannten Kriegerkaufleute waren maßgeblich an der Gründung des ersten ostslawischen Staates, der Kiewer Rus mit

Zentren in Kiew und Nowgorod, beteiligt. Im südlichen Steppengebiet und an der Wolga waren hingegen Reiche der aus Asien eingeströmten Turkvölker der Chasaren und Wolgabulgaren entstanden, mit denen die Rus Handel trieben, aber auch Kriege führten.

Intensive Kontakte mit dem Byzantinischen Reich führten schließlich 988 zur orthodoxen Christianisierung der Kiewer Rus.

Das mangelhafte Senioratsprinzip zur Regelung der Erbfolge förderte die Zersplitterung der Kiewer Rus im 12. Jahrhundert und erleichterte die Unterwerfung der zerstrittenen russischen Fürstentümer im Mongolensturm.

Die mongolische Invasion der Rus begann 1223 mit der Schlacht an der Kalka; die Übergangsphase bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts wird als ‚dunkles‘ Zeitalter bezeichnet. [...]

Die russische Nationalhistoriographie spricht vom ‚Tatarenjoch‘ dieser Zeit.

Die mongolische Fremdherrschaft führte demnach für zwei Jahrhunderte zu einem Abbruch der Beziehungen zum Westen und förderte die Abkapselung des orthodoxen Russlands. [...]

Die russischen Fürstentümer lagen im Machtbereich der Goldenen Horde, konnten jedoch eine gewisse innere Autonomie bewahren. Derweil mussten die russischen Fürstentümer im Norden und Westen Angriffe von Schweden, Ordensrittern und Litauern abwehren.

Unter den zersplitterten und verfeindeten russischen Fürstentümern erwies sich das kleine und unbedeutende Fürstentum Moskau als das durchsetzungsstärkste.

Dmitri Donskoi, der verschiedene russische Fürstentümer einen konnte, besiegte im Jahre 1380 die Goldene Horde in der Schlacht auf dem Schnepfenfeld.

Der Moskauer Großfürst Iwan der Große beendete die Mongolenherrschaft und wurde de facto zum Begründer eines zentralisierten russischen Staates, indem er Schritt für Schritt die umliegenden russischen Länder ‚einsammelte‘ (russisch *собрание земель*, *sobiranije semel*), darunter die Republik Nowgorod.

Sein Titel ‚Herrscher der ganzen Rus‘ drückte auch den Anspruch auf den vom Großfürstentum Litauen im 14. Jahrhundert beherrschten westlichen Teil der Rus aus.

Dies führte zu langanhaltenden Kriegen im 16. und 17. Jahrhundert mit Polen und Litauen (vgl. Russisch-Litauische Kriege).

Unter Iwan dem Großen wurde die russische Gesetzgebung reformiert und der Großteil des heutigen Moskauer Kremls erbaut.

Sein Enkel Iwan IV. begründete 1547 das Zarentum Russland. Unter seiner Herrschaft begann nach der Einnahme der Tatarenhauptstadt Kasan auch die Eroberung Sibiriens, die russische Kosaken erstmals im 17. Jahrhundert bis an den Pazifik brachte.

Öffnung Russlands unter Peter dem Großen und Aufstieg zur europäischen Großmacht

[...]

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

An der Wende zum 18. Jahrhundert öffnete Zar Peter der Große das in den alten Strukturen erstarrte Zarentum Russland westeuropäischen Einflüssen und förderte Wissenschaft und Kultur.

1703 gründet er die Stadt Sankt Petersburg, die – seit 1712 als neue Hauptstadt – das Symbol für den russischen Fortschritt werden sollte. Mit dem Sieg gegen Schweden im über 20 Jahre währenden Großen Nordischen Krieg erlangte Russland nach mehr als 150 Jahren der Auseinandersetzung mit Schweden die Vormachtstellung im Ostseeraum (vgl. Nordische Kriege).

Russland übernahm die Position Schwedens als nordische Großmacht in Europa. Zur Unterstreich-ung des neuen Status im diplomatischen Rang-gefüge Europas ließ Zar Peter das Russische Zarentum in „Russisches Kaiserreich“ umbenennen und änderte den Monarchentitel offiziell von „Zar“ in „Kaiser“ (russisch Император, *Imperator*).

Katharina die Große führte Peters Expansionspolitik weiter. Unter ihrer Regierung wurde das Krimkhanat („Neurussland“) erobert.

Durch die Beteiligung an den drei Teilungen Polens wurde die Westgrenze Russlands weit in Richtung Mitteleuropa vorgeschoben. 1812 fielen Napoleons

Truppen in Russland ein und eroberten Moskau, wurden schließlich jedoch vernichtend geschlagen.

Dies gab den Auftakt zu den Befreiungskriegen, bei denen russische Truppen mit ihren Verbündeten (Preußen, Österreich, Vereinigtes Königreich u. a.) Napoleon endgültig besiegen und zur Abdankung zwingen konnten.

Alexander I. zog als „Befreier Europas“ in Paris ein. Nach dem Wiener Kongress 1814/15 erlangte Russland eine dominierende Rolle auf dem europäischen Festland, die bis zum Krimkrieg 1853–1856 andauerte.

Aufgrund der festgefahrenen gesellschaftlichen Strukturen [...] wie der Autokratie und der Leibeigenschaft [sic!] konnte das agrarisch geprägte Reich jedoch mit den sich rasant entwickelnden Industriestaaten immer weniger Schritt halten.

Der verlorene Krimkrieg gegen die Westmächte legte die inneren Schwächen des Reiches offen und gab Anstoß zu einer Phase der inneren Reformen. Diese beschleunigten Russlands wirtschaftliche Entwicklung, doch das Land wurde immer wieder von inneren Unruhen destabilisiert, da die politischen Veränderungen nicht weitreichend genug waren und große Teile der Bevölkerung ausgeklammert wurden.

Den ‚Westlern‘, die eine Übernahme westeuropäischer Lebensformen und politischer Institutionen propagierten, standen aber immer auch die nationalromantisch geprägten „Russophilen“ oder „Slawophilen“ gegenüber, die einen eigenen, spezifisch

russischen Weg in die Moderne forderten und die pauschale Übernahme westlicher Werte ganz oder zum großen Teil ablehnten.

In den großen Städten entstand um die Jahrhundertwende ein Industrieproletariat, aber sehr rasch auch eine bürgerliche Mittelschicht.

Diese forderte ihren Anteil an der Verfügung über die Staatseinnahmen und die Mitverantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten. Die Angehörigen der Mittelschicht besaßen aber kein gemeinsames politisches Bewusstsein. Sie verstanden unter politischer Freiheit kein moralisches Ziel, sondern meinten damit die Freiheit der materiellen Entfaltung und gerechte Besteuerung. [...]

So ließ sich die Mittelschicht auch nicht auf Dauer von den utopischen Entwürfen der Intelligenzija leiten. Eine Anpassung der Verfassungswirklichkeit des Staates, der die Mittelschicht näher eingebunden hätte, fand aber nicht statt.

Stattdessen flammte der Terror wieder auf. Die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg führte letztlich zur Russischen Revolution von 1905. Der russische Kaiser Nikolaus II. war jedoch nicht bereit, grundlegende Reformen einzuleiten und ließ ein weitgehend funktionsloses Parlament, die Duma, das er notgedrungen genehmigt hatte, nur kurze Zeit später wieder auflösen.

Russische Revolution und Sowjetunion

[Abbildungen (zwei) und Untertexte ausgelassen]

Als im Jahre 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, erfasste Russland als Mitglied der Entente eine patriotische Welle – eine Stimmung, die anfänglich alle Kriegsparteien bestimmte, einschließlich des Deutschen Kaiserreichs und dessen Verbündeten (Mittelmächte).

Die anfänglichen Erfolge, vor allem gegen Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, wurden bald abgelöst von einem Stellungskrieg, bis 1917 die Moral der russischen Soldaten nachgab und die Front zusammenbrach.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die trostlose Versorgungslage führten in der Hauptstadt Petrograd zu Demonstrationen der Arbeiter und Bauern. Nach blutiger Niederschlagung der Demonstranten stürmten diese den Winterpalast und Kaiser Nikolaus II. wurde zum Abdanken gezwungen.

In Folge kam im Februar 1917 eine provisorische Regierung (unter Beteiligung der Menschewiki und von Sozialrevolutionären) an die Macht, die als Doppelregierung mit Arbeiter- und Soldatensowjets amtierte.

Die radikalrevolutionären Bolschewiki stellten hier zunächst eine Minderheit dar. Da die provisorische Regierung zur Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung den Krieg nicht beendete und nötige innenpolitische Reformen nicht in Angriff nahm, gewannen die Bolschewiki unter dem im April aus

dem Exil zurückgekehrten Wladimir Iljitsch Lenin an Zulauf und stürzten diese im Oktober 1917.

Nach der Februarrevolution 1917 erlangten die Frauen in Russland das aktive und passive Wahlrecht. [...]

Sie waren sowohl an den Wahlen zu den Sowjets [sic!] als auch zu den Staddumas zugelassen.

Im Mai 1917 wurde ein Gesetz beschlossen, das russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern über 20 das Recht verschaffte, die Konstituierende Versammlung zu wählen.

Nach der Oktoberrevolution wurde das aktive und passive Frauenwahlrecht in der Verfassung der RSFSR vom 10. Juli 1918 festgeschrieben. [...] [...] [...]

Aus dem der Oktoberrevolution folgenden Bürgerkrieg zwischen den sozialistischen „Roten“ und den gegenrevolutionären „Weißen“ gingen die Bolschewiki als Sieger hervor.

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, wie auch Finnland, errangen dagegen [sic!] durch Abwehr der Roten Armee bzw. durch längere Bürgerkriege [sic!] ihre Unabhängigkeit von Russland.

Im Laufe des Bürgerkriegs [sic!] sowie des darauf folgenden Polnisch-Russischen Kriegs [sic!] verlor Russland 1920 Teile Belarus' und der Ukraine („Ostpolen“) an Polen.

1921 wurde die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) ausgerufen, die den wichtigsten Teil der späteren Sowjetunion darstellte.

Am 30. Dezember 1922 wurde aus dem bisher bestehenden Sowjetrussland die Sowjetunion gegründet und eine staatlich kontrollierte Wirtschaftspolitik ausgerufen.

Die Sowjets wurden als Eigentümer von Boden und Produktionsmitteln erklärt.

Lenins Tod am 21. Januar 1924 führte zu einem erbitterten Nachfolgekampf, in dem sich Josef Stalin gegen Leo Trotzki durchsetzte.

Der Stalinismus zeichnete sich durch gezielten Terror aus. Seit 1928 wurde die staatliche Wirtschaft Fünfjahresplänen unterworfen und die Industrialisierung der Sowjetunion vorangetrieben.

Die Zwangskollektivierung in der Sowjetunion wurde von der Kampagne der ‚Entkulakisierung‘ begleitet.

Im August 1939 schloss die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit dem NS-Staat, wobei in einem geheimen Zusatz auch eine einvernehmliche Aufteilung Osteuropas aufgenommen wurde.

Dies ermöglichte Hitler Anfang September 1939 den geplanten Angriffskrieg gegen Polen, der mit einem sowjetischen Angriff gegen Ostpolen Mitte September abgestimmt war.

Im Winterkrieg überfiel die Sowjetunion Finnland und gewann kleinere Teile des Landes. 1940 wurden Litauen, Lettland und Estland besetzt.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, der zum Deutsch-Sowjetischen

Krieg führte (in der Sowjetunion *Großer Vaterländischer Krieg* genannt), trat das Land der Anti-Hitler-Koalition bei.

Allein während der Leningrader Blockade verhungerten über eine Million Menschen in Leningrad.

Insgesamt starben in diesem Krieg geschätzt 27 Millionen Sowjetbürger, davon 14 Millionen Zivilisten. [...]

Sie konnte aber im Kriegsverlauf den deutschen Truppen schwere Niederlagen zufügen und siegte im Mai 1945 in der abschließenden Schlacht um Berlin.

Nach dem Krieg sicherte sich die Sowjetunion großen Einfluss in den angrenzenden Ländern Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien und in der DDR. In diesen Ländern blieben Hunderttausende sowjetischer Soldaten stationiert. Der Kalte Krieg dominierte bis 1989 die Weltpolitik.

Der letzte sowjetische Präsident Michail Gorbatschow leitete ab 1987 mit der ‚Perestroika‘ einen Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems in der Sowjetunion ein und förderte mit der Politik der „Glasnost“ die Transparenz und Offenheit der Staatsführung gegenüber der Bevölkerung, worauf einzelne Unionsrepubliken die Unabhängigkeit von der Sowjetunion anstrebten.

Nach dem misslungenen Augustputsch in Moskau 1991 konservativer Kommunisten beschlossen der Präsident Russlands Boris Jelzin und Vertreter der Sowjetrepubliken die Auflösung der UdSSR zum 31. Dezember 1991.

Russische Föderation seit 1992

Die Russische Föderation übt seit 1992 als größte ehemalige Sowjetrepublik (Russische SFSR) die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten der UdSSR aus. [...]

In den ersten Jahren ergaben sich innenpolitische Konflikte über den einzuschlagenden Kurs: In der russischen Verfassungskrise 1993 löste Jelzin per Ukas den Volksdeputiertenkongress [sic!] sowie den Obersten Sowjet Russlands auf, die sich seinen Bemühungen und den Resultaten einer Volksbefragung am 25. April 1993 [*rot markiert, was bedeutet, dass diese Seite noch nicht erstellt wurde*, Hinzuf. d. Verf.] widersetzt hatten, Wirtschaftsreformen durchzusetzen.

Jelzin ordnete eine gewaltsame Stürmung des Parlamentsgebäudes (Weißes Haus) an, in dem sich etwa 100 Parlamentarier und weitere Anhänger verbarrikadiert hatten.

Bei der gewaltsamen Niederschlagung eines weiteren Aufstandes gegen ihn am 3. und 4. Oktober [sic!] gab es in Moskau 190 Tote.

Im Dezember billigte die russische Bevölkerung per Volksabstimmung die neue Verfassung der Russischen Föderation (Zweikammersystem, Präsidialverwaltung).

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Unter Jelzin wurden in Russland Teile der Wirtschaft privatisiert und Reformen versucht. Dabei gelangten wertvolle Unternehmen in die Hände von

Leuten, die gute Beziehungen zu Herrschenden hatten bzw. diesen Schmiergelder und Schutzgelder zahlten („Oligarchen“). [...]

1991/92 gab es eine Rubelkrise.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) lag 1993 um 12 % unter dem von 1992 und um 29 % unter dem von 1991.

Die Industrieproduktion war 1993 um 31,3 %, die Konsumgüterproduktion um 24,8 % und die Nahrungsmittelproduktion um 27,3 % niedriger als 1991.

Im Oktober 1993 waren 2400 Produktionsbetriebe vorübergehend stillgelegt, im Februar 1994 4280. Wegen Nichtzahlung von Löhnen und Gehältern kam es zu gesamtwirtschaftlich folgeschweren Streiks, z. B. in den Kohlerevieren. [...]

Die Inflation war jahrelang hoch und große Teile der Bevölkerung verarmten. 1998 rutschte das Land in die Zahlungsunfähigkeit (→ Russlandkrise).

Insbesondere in der Übergangszeit [sic!] nahmen aufgrund des Erstarkens regionaler Autonomien [sic!] nach dem Ende der stark zentralistischen Sowjetzeit [sic!] zentrifugale Strömungen an den Rändern des Landes zu.

So sah sich seit Mitte der 1990er Jahre die russische Regierung mit Unabhängigkeitsbewegungen und Machtkämpfen in zahlreichen Teilrepubliken konfrontiert, insbesondere im Ersten Tschetschenienkrieg 1994/96, bei dem zehntausende Menschen starben.

Von Frühherbst 1999 bis Anfang 2000 brachten russische Truppen den Großteil Tschetscheniens wieder unter ihre Kontrolle (vgl. Zweiter Tschetschenienkrieg).

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Die chaotischen Jahre unter Jelzin verunsicherten viele Menschen.

Die Geburtenrate war niedrig; Kriminalität, Alkoholismus etc. waren verbreitet.

In der Endphase von Jelzins Herrschaft bestand die russische Außenpolitik fast nur noch aus leeren Drohungen und Reaktionen. Dies betraf z. B. die NATO-Osterweiterung und den Kosovokrieg. Auch einige markante Ereignisse wie der Untergang der Kursk im August 2000, der tagelange Brand des Moskauer Fernsehturms Ostankino und das Ende der Mir im März 2001 [sic!] förderten bei vielen Russen das Gefühl, Russland sei von der Rolle einer Supermacht auf die eines Schwellenlands zurückgefallen. [...]

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Hohe Rohstoffpreise (Öl, Gas, Stahl), eine Steuerreform und Kapitalrückfluss förderten die wirtschaftliche Erholung nach dem Amtsantritt Wladimir Putins.

Nach der Geiselnahme von Beslan im September 2004 [sic!] leitete Putin einen grundlegenden Umbau des Staatswesens ein, der Macht und Kontrolle in noch stärkerem Maß [sic!] als bisher [sic!] in den Händen des Präsidenten konzentrierte.

‚Für Putin ging es später darum, mit Hilfe einer ‚Machtvertikale‘ der Exekutive auf allen staatlichen Ebenen die Alleinherrschaft des Kreml zu sichern.‘

Die Machtvertikale wird von westlichen Beobachtern wie z. B. Margareta Mommsen (2012) [sic!] als in jeder Hinsicht unvereinbar mit Vorstellungen einer eigenständigen Rolle des Parlaments, von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten [sic!] sowie vom freien Wettbewerb politischer Parteien gesehen.

Selbst die höchsten politischen Amtsträger verfügten über kein klares Verfassungsverständnis; mit diesem Ansatz könne weder eine Verfassungslegitimität noch eine Verfassungskultur entstehen.

‚Unterdessen wird der praktizierte Autoritarismus als ein notwendiges Provisorium gerechtfertigt. So beruft sich Putin gerne auf eine ‚Herrschaft per Handsteuerung‘. (...) Damit gab er sich überzeugt, dass der politische Prozess weiterhin der persönlichen Lenkung und der ad hoc-Arrangements [sic!] anstatt der Verfassung [sic!] folgen müsse.‘ [...]

Am 21. März 2014 wurde der Föderationskreis Krim gegründet, nachdem pro-russische Kräfte in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol [sic!] im Zuge der Krimkrise [sic!] ihre Unabhängigkeit von der Ukraine erklärt und am 18. März 2014 einen Beitrittsantrag an Russland gestellt hatten.

Die völkerrechtliche Legitimität dieser Schritte ist außerhalb Russlands, aber auch in Russland selbst [sic!] umstritten. [...] [...]

Ebenfalls am 18. März 2014 [sic!] stellte auch Transnistrien einen Beitrittsantrag. [...] [...]

Der über mehrere Jahre schwelende Konflikt um die Gebiete [sic!] mündete am 24. Februar 2022 im russischen Überfall auf die Ukraine.

Bibliografische Angaben	„Geschichte Russlands“
Seitentitel:	Russland
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	13. März 2022, 23:56 UTC
Versions-ID der Seite:	221090034
Permanentlink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Russland&oldid=221090034
Datum des Abrufs:	15. März 2022, 05:18 UTC
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen. Diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

Anhang 4. NATO Osterweiterung.

Haltung in Westeuropa in den 90er Jahren

In internen Verhandlungen um die Deutsche Wiedervereinigung vertrat NATO-Generalsekretär Manfred Wörner früh den Ansatz, man solle der Sowjetunion eine Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO mit einem Sonderstatus („special military status“) für die neuen Bundesländer anbieten.

Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident George Bush einigten sich in Camp David im Februar 1990 auf diesen Ansatz, welcher sich in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen schließlich durchsetzte. [...]

In Gesprächen mit US-Außenminister Warren Christopher und Bundesaußenminister Klaus Kinkel zur NATO-Osterweiterung im Oktober 1993 [sic!] verwarf Wörner die Argumentation von Präsident Boris Jelzin, der Text des Zwei-plus-Vier-Vertrages verbiete jegliche NATO-Osterweiterung.

Auf den Einwand, das Argument Jelzins sei zwar formell falsch, aber habe zumindest politische und psychologische Substanz, erwiderte Wörner, der Westen solle jegliche solche Verbindung ablehnen. Der Westen könnte sonst eine seltene Chance verpassen, einige dieser Nationen für immer im Westen zu verankern. [...]

Frankreichs Präsident François Mitterrand (1981–1995) erklärte: ‚Ich möchte daran erinnern, dass ich persönlich es begrüßen würde, beide Militärblöcke schrittweise aufzulösen.‘ [...]

Haltung der Sowjetunion und Russlands

Die Sowjetunion [sic!] wie auch Russland [sic!] lehnte die Osterweiterung der NATO als den falschen Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung ab, konnte sie aber nicht verhindern. [...]

Michail Gorbatschow, der von März 1990 bis Dezember 1991 Staatspräsident der Sowjetunion war, stimmte damals einer Osterweiterung nur in dem Sinne zu, dass ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO weiter angehören darf, aber keine NATO-Truppen in Ostdeutschland stationiert werden dürfen.

Einerseits war für Gorbatschow eine Vergrößerung der NATO-Zone auf Ostblock-Staaten „inakzeptabel“. [...] [...] In einem Telegramm an den französischen Präsidenten vom April 1990 schlug Gorbatschow jedoch selbst eine paneuropäische Sicherheitsarchitektur [sic] unter Führung der NATO [sic!] vor. Im Mai 1990 erwog er sogar eine Mitgliedschaft der Sowjetunion in der NATO. [...]

Im Jahr 1993 erklärte der erste russische Präsident Boris Jelzin gegenüber US-Präsident Bill Clinton, dass die russische Öffentlichkeit in einer Nato-Osterweiterung eine ‚Neo-Isolation‘ Russlands sehe. [...]

Mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 wurde der Versuch unternommen, Russlands Vorbehalte gegenüber der NATO-Osterweiterung abzuschwächen. Darin erklärten NATO und Russland ihre Absicht, eine starke, stabile, dauerhafte und gleichberechtigte Partnerschaft aufzubauen. Ziel sei es, die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum zu stärken.

Jelzin stimmte schließlich der NATO-Osterweiterung im Jahr 1997 offiziell zu, erklärte aber, er ,tue das nur, weil der Westen' ihn ,dazu zwingt'. [...]

Der russische Präsident Wladimir Putin kritisierte die Nato-Osterweiterung auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und beklagte: ,Die Garantien, die uns gegeben wurden, wurden nicht eingehalten. Ist das normal?'

Mit ,Garantien' verwies Putin auf angeblich an Michael Gorbatschow 1990 mündlich gegebene [sic!] Zusagen, auf eine weitergehende Verlegung der Nato-Grenzen nach Osten zu verzichten. [...]

Nach Angaben des früheren NATO-Generalsekretärs George Robertson [sic!] soll Putin schon kurz nach seinem Amtsantritt Interesse an einem Beitritt Russlands zum Verteidigungsbündnis bekundet haben.

Als Robertson ihm erklärte, dass Mitgliedsstaaten üblicherweise einen Beitrittsantrag stellen, weigerte Putin sich dem nachzukommen und reagierte mit

den Worten ‚Wir stehen nicht in einer Reihe mit vielen Ländern, die keine Rolle spielen‘. [...]

Vermeintlich getätigte [sic!] sowie tatsächlich getätigte Zusagen an die Sowjetunion

Im Rahmen des im März 2014 begonnenen Ukraine-Kriegs und der damit verbundenen außenpolitischen Krise [sic!] wurden verstärkt die Ursachen des Konfliktes diskutiert.

Eine zentrale Frage war hierbei, ob es während der Verhandlungen zur Deutschen Wiedervereinigung im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrages mündliche Zusagen an die Sowjetunion gegeben habe, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, und ob etwaige Zusagen durch westliche Politiker gegebenenfalls gebrochen worden seien.

Russlands Präsident Boris Jelzin schrieb im Jahr 1993 – als Polen, Ungarn und Tschechien auf eine Aufnahme in die NATO drängten – an US-Präsident Bill Clinton, dass der ‚Geist‘ des Zwei-plus-Vier-Vertrages die Möglichkeit ausschließe, die NATO nach Osten auszudehnen. [...]

Teilweise fielen die Erinnerungen westlicher Spitzenpolitiker, ob der Westen Zusagen an die Sowjetunion geleistet habe, unterschiedlich aus.

Laut dem französischen Außenminister von 1990, Roland Dumas, sei ‚selbstverständlich‘ versprochen

worden, die NATO nicht ‚näher an das Territorium der ehemaligen Sowjetunion‘ heranzurücken.

Der damalige US-Außenminister James Baker erklärte das Gegenteil, jedoch widersprachen ihm eigene Diplomaten. Von Baker existiert zudem eine stichwortartige Notiz zu seinem Gespräch mit Gorbatschow in Moskau am 9. Februar 1990, die als Zusage verstanden werden kann, eine NATO-Osterweiterung nicht zuzulassen. [...]

Gesichert ist, dass keine völkerrechtlichen Vereinbarungen aus der Zeit nach dem Mauerfall [sic!] bezüglich der NATO-Osterweiterung getroffen wurden.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow verwies dagegen auf die Europäische Sicherheitscharta, die Vereinbarungen von 1990 aufgreift, laut denen jeder Staat das Recht habe, sein Bündnis selbst zu wählen – aber zugleich die Sicherheit aller Staaten ‚untrennbar verbunden‘ sei.

Mit der Charta verpflichteten sich alle beteiligten Staaten, ihre ‚Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu festigen‘. [...]

Michail Gorbatschow äußerte sich bei verschiedenen Anlässen widersprüchlich zu der Frage, ob westliche Politiker Zusicherungen tätigten. [...] [...]

In einem Interview mit dem ZDF erklärte er einerseits, dass es sich bei den Zusagen an die Sowjetunion um einen ‚Mythos‘ gehandelt habe. [...]

Gesichert ist aus Gesprächsvermerken, Verhandlungsprotokollen und Berichten jedoch, dass Spitzenpolitiker der USA, des Vereinigten Königreichs und Westdeutschlands ihm gegenüber erklärten, dass eine NATO-Mitgliedschaft von osteuropäischen Staaten ausgeschlossen sei.

Dies beteuerten beispielsweise der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und US-Außenminister Baker [sic!] jeweils bei getrennten Besuchen im Kreml im Februar 1990.

Auch der britische Premier John Major tat dies im März 1991 [sic!] bei einem Besuch bei der sowjetischen Führung. [...]

Im Februar 2022, inmitten der eskalierenden Ukrainekrise, behauptete der Journalist und Historiker Klaus Wiegrefe im „Spiegel“, ein ehemals als geheim eingestuft und erst Anfang Februar 2022 im britischen Nationalarchiv aufgetauchter Vermerk des deutschen Diplomaten Jürgen Chrobog bestätige, dass im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche der Sowjetunion versprochen wurde, die NATO nicht ‚über die Elbe hinaus‘ auszudehnen. [...]

Laut der US-amerikanischen Historikerin Mary Elise Sarotte ist dieser Vermerk schon seit 2019 bekannt, wurde bereits wissenschaftlich ausgewertet und wurde vom Spiegel verkürzt zitiert.

Der Vermerk gebe die Meinung Chrobogs wieder, der jedoch kein Mandat zu Verhandlungen über die

Zukunft der NATO gehabt habe. Es sei belegt, dass schon kurz nach dem Mauerfall über eine NATO-Osterweiterung gesprochen wurde.

Entscheidend sei jedoch, dass Moskau dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der keine Aussagen über eine Erweiterung der NATO macht, trotz dieser Gespräche zugestimmt habe. [...]

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages bewertet die Frage, ob mündliche Absprachen während der Verhandlung des Zwei-plus-Vier-Vertrages grundsätzlich von Relevanz für die Bewertung des Vertragstextes wären, negativ.

Einerseits seien mündliche Absprachen nur dann einzubeziehen, wenn darauf im Vertragstext Bezug genommen würde. Zweitens hätten die Absprachen zwischen allen Vertragsparteien erfolgen müssen, anstatt (wie hier vorgegeben) nur bilateral.

Verschiedene westliche Spitzenpolitiker haben nach Ansicht des wissenschaftlichen Dienstes mit ihren Aussagen nur unterstrichen, dass russische Sicherheitsinteressen bei der Bündnisexpansion berücksichtigt werden müssten. [...]

Der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel sagte im März 2022 über die Gespräche zur deutschen Wiedervereinigung: „Es wurde damals kein einziges Wort über eine Erweiterung der Nato gesprochen. Wir haben 1990 ausschließlich die

Frage diskutiert, was auf dem Gebiet der DDR passiert.' [...]

Bibliografische Angaben für „NATO-Osterweiterung“	
Seitentitel:	Nato-Osterweiterung
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	18. März 2022, 07:55 UTC
Versions-ID der Seite:	221264083
Permanentlink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=NATO-Osterweiterung&oldid=221264083
Datum des Abrufs:	19. März 2022, 08:09 UTC
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen; diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

Anhang 5. „Was diese Notiz über die Nato-Osterweiterung tatsächlich bedeutet“

Laut einer Akte im britischen Nationalarchiv sagte ein deutscher Diplomat am 6. März 1991, die Nato nicht ‚ausdehnen‘ zu wollen. Doch eine Bestätigung von Putins These, der Westen habe Russland ‚verraten‘, ist das keineswegs.

Veröffentlicht am 18.02.2022 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Sven Felix Kellerhoff**

Leitender Redakteur Geschichte

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Ein im britischen Nationalarchiv entdecktes Dokument soll den Vorwurf des russischen Präsidenten Wladimir Putin stützen, der Westen habe Russland mit der Nato-Osterweiterung ‚verraten‘. Das berichtet das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘, gestützt auf einen Fund des US-Politikwissenschaftlers Joshua Shiffrin. Es handelt sich um die Aktennotiz über ein Gespräch hochrangiger Vertreter des deutschen, des britischen, des französischen und des US-Außenministeriums in Bonn am 6. März 1991.

In der Aktennotiz, die der ‚Spiegel‘ [...] als Ausriss abbildet, heißt es wörtlich: „Chrobog said we needed new ideas on how to provide for the Security of Central and East European Countries. We had made it clear during the 2+4 negotiations that we would not extend Nato beyond the Elbe (sic). We

could not therefore offer membership of Nato to Poland and the others.'

Übersetzt also: ‚Chrobog sagte, wir brauchen neue Ideen, wie wir die Sicherheit der mittel- und osteuropäischen Staaten gewährleisten. Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen wollen. Wir können deshalb nicht die Nato-Mitgliedschaft Polen und den anderen anbieten.‘

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Seinerzeit leitete der Diplomat und spätere Botschafter sowie Staatssekretär Jürgen Chrobog [...] das Büro von Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), war also ein sehr enger Vertrauter des deutschen Chefdiplomaten. Das gibt einer Äußerung wie der in der Aktennotiz niedergelegten natürlich einiges Gewicht. Aber wie immer lohnt es sich, die Äußerung genau zu analysieren, bevor man sie in einer bestimmten Richtung interpretiert.

Am wenigsten bemerkenswert ist noch, dass sich Chrobog offenbar versprach und ‚Elbe‘ sagte statt richtig ‚Oder‘ – deshalb setzte der offensichtlich (was bei einem professionellen Diplomaten nicht erstaunlich ist) gebildete Verfasser der Aktennotiz das lateinische Wörtchen ‚sic‘ dahinter: üblicher Hinweis auf einen erkannten Irrtum.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Größere Bedeutung hat natürlich Chrobogs Feststellung: ‚Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe (gemeint: Oder) hinaus ausdehnen wollen.‘ Doch was auf den ersten Blick neu und wichtig zu sein scheint, ist in Wirklichkeit lange bekannt – nämlich als die von Genscher 1990 tatsächlich zeitweise vertretene Ansicht.

Darüber kam es in jenem entscheidenden Sommer sogar im Bundeskabinett zum Streit mit Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der so eine Festlegung strikt ablehnte – übrigens nicht nur aus strategischen, sondern allein schon aus formalen Gründen. Denn ein deutscher Außenminister konnte natürlich niemals bindende Aussagen für die Nato treffen.

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

1990 ging es ohnehin gar nicht um eine Osterweiterung der Nato, sondern um die Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands im westlichen Verteidigungsbündnis. Die hatten der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und sein Außenminister Eduard Schewardnadse zunächst verhindern wollen, dann aber doch bei der entscheidenden Runde der Zwei-plus-vier-Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten des Weltkriegs akzeptiert. Damit war die wesentliche Voraussetzung der USA erfüllt, die auf keinen Fall ein neutralisiertes Deutschland wollten.

Dazu passt, was der 1990 bis 1997 amtierende zunächst sowjetische, später russische Botschafter in Bonn, Wladislaw Petrowitsch Terechow, im Interview mit dem Osteuropa-Historiker und Gorbatschow-Biografen Ignaz Lozo [...] vor laufender Kamera betonte: ‚Der Begriff Nato-Osterweiterung ist ein Begriff einer späteren Epoche‘, nicht der Zeit 1990/91. Dem pflichtete ebenfalls vor Lozos Kamera der frühere Marschall der Sowjetunion Dimitri Jasow bei: ‚Gorbatschow hat mit mir niemals über die Nato-Osterweiterung gesprochen.‘

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

Das bestätigte auch James Baker, der 1990 US-Außenminister war: „Es gab niemals eine Diskussion über eine Nato-Erweiterung im allgemeinen Sinn. Bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen wurde über die Nato ausschließlich im Zusammenhang mit der DDR gesprochen.“

Das betonte sogar Gorbatschow persönlich. Ihm sollte ja angeblich die Zusage gegeben worden sein, eine Nato-Osterweiterung nicht zuzulassen. Dabei handele es sich um einen ‚Mythos‘, sagte Gorbatschow 2014 abermals gegenüber Lozo und vor laufender Kamera: ‚Es konnte so eine Vereinbarung gar nicht geben, es ging nur um das Territorium der DDR. Es hat keine Trickserien gegeben. Alles andere sind Erfindungen, mit denen man uns, den Deutschen oder sonst wem etwas anhängen will.‘

[Abbildung und Untertext ausgelassen]

In seinem sehenswerten ZDF-Film „Poker um die deutsche Einheit. Wurde Russland in der Nato-Frage getäuscht?“ [...] von 2015 und im Gespräch mit WELT wies Lozo auf zusätzliche Befunde hin, die gegen eine informelle Zusage des Westens gegen eine Nato-Osterweiterung sprechen. Erstens, dass ‚Russland 1994 der ‚Partnerschaft für den Frieden‘ beigetreten ist‘.

Der US-Außenminister Warren Christopher sagte aus diesem Anlass: ‚Alle Mitglieder dieser Partnerschaft sind potenzielle Mitglieder der Nato.‘ Mitglieder dieses Programms waren neben Russland übrigens auch Polen und die drei baltischen Staaten.

Ebenfalls interessant ist das Budapester Memorandum [...] von Dezember 1994. Darin ging es um die Rückgabe der ehemals sowjetischen, in den nun aber unabhängigen Staaten Ukraine, Belarus und Kasachstan lagernden Atomwaffen an Russland.

Der damalige Präsident Boris Jelzin garantierte in diesem Dokument ausdrücklich die ‚Unabhängigkeit, Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine‘.

Indirekt widerlegte sogar Wladimir Putin selbst am 5. März 2000, ein knappes Jahr nach, unter anderem, Polens Beitritt zur Nato, seine späteren Behauptungen vom ‚Verrat‘ des Westens.

Seinerzeit noch als kommissarischer Präsident stellte er nämlich Bedingungen für einen Beitritt seines Landes zur Nato. Im Interview mit der BBC sagte er: ‚Russland muss allerdings als gleichberechtigter Partner anerkannt werden.‘

Daher bilanziert Ignaz Lozo den Streit über die Nato-Osterweiterung bündig: ‚Wenn jemand wortbrüchig geworden ist, dann Wladimir Putin.‘

Mit freundlicher Genehmigung: © WELT / Axel Springer SE, Von **Sven Felix Kellerhoff**
Leitender Redakteur Geschichte. 18.02.2022.

Anhang 6. Der NATO-Russland-Rat.

Der **NATO-Russland-Rat** (Abkürzung **NRR**; englisch *NATO-Russia Council*; französisch *Conseil OTAN-Russie*) dient der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten und Russland in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Russland teilt von den 57.680 Kilometern seiner Außengrenze gut 800 Kilometer mit den NATO-Staaten Norwegen, Estland und Lettland. Polen und Litauen grenzen auf rund 400 Kilometern an die Exklave Kaliningrad. [...]

[...] *[Bild und Untertext ausgelassen, Hinz. d. Verf.]*

Geschichte

Seit 1991 arbeiten die NATO und Russland in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zusammen.

1994 wurde die Russische Föderation Mitglied im Programm ‚Partnerschaft für den Frieden‘. Mit Unterzeichnung der ‚Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation‘ vom Mai 1997 [...] wurde die Kooperation darüber hinaus gefestigt.

Mit der Grundakte sollten Russlands Vorbehalte gegen die NATO-Osterweiterung im Vorfeld des Bei-

tritts osteuropäischer Staaten abgeschwächt werden.

Grundakte und NATO-Russland-Rat wurden 1997 vereinbart, 1999 traten Polen, Ungarn und Tschechien der NATO bei.

Die Grundakte legte den Mechanismus für die Konsultation, die Zusammenarbeit, die gemeinsame Entscheidungsfindung und das gemeinsame Handeln fest. [...]

Um die Ziele zu verwirklichen, wurde ein ‚Gemeinsamer Ständiger NATO-Russland-Rat‘ eingerichtet, der zum ‚NATO-Russland-Rat‘ (NRR) weiterentwickelt wurde.

Russland und 19 NATO-Staaten unterzeichneten im Mai 2002 die ‚Erklärung von Rom‘, mit der dieser neue ‚Rat der 20‘ eingerichtet wurde. Er soll das wichtigste Forum für Konsultationen, besonders in Krisenzeiten, zwischen NATO und Russland bieten. [...]

Der ‚Gemeinsame Ständige Rat‘ hatte ein ‚NATO+1-Format‘; Russland entsandte einen Vertreter mit Botschafterrang zur NATO.

Der ‚NATO-Russland-Rat‘ arbeitet im ‚30-Format‘; Russland und inzwischen 29 NATO-Staaten kooperieren als ‚gleiche Partner in Bereichen gemeinsamen Interesses‘. [...] [...]

Beim NATO-Gipfel im November 2002 in Prag erklärten die Staats- und Regierungschefs folgende Themen zu gemeinsamen Interessenbereichen von NATO und Russland: Friedenserhaltung, Verteidigungsreform, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, Rüstungskontrolle, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Such- und Rettungsdienst, zivile Notfallplanung, taktische Raketenabwehr und Terrorismusbekämpfung. [...]

Im Jahr 2001 richtete die NATO ein Informationsbüro in der russischen Hauptstadt, innerhalb der belgischen Botschaft ein. Russland eröffnete eine Ständige Vertretung beim NATO-Hauptquartier in Brüssel und SHAPE in Mons (Belgien).

2002 wurde der fünf Jahre zuvor als Konsultationsforum gegründete ‚Gemeinsame Ständige NATO-Russland-Rat‘ zum ‚NATO-Russland-Rat‘ weiterentwickelt.

Unter Vorsitz des NATO-Generalsekretärs treffen Russland und die Allianz im Rat Entscheidungen nach dem Konsensprinzip. Die Bestimmungen räumen weder der NATO noch Russland ein Veto-Recht über die Handlungen der jeweils anderen Seite ein.

Der NRR tagt zweimal jährlich auf Ebene der Außen- und Verteidigungsminister sowie der Generalstabschefs. [...]

Es gibt zudem monatliche Treffen auf Botschafterebene. [...]

Die militärische Zusammenarbeit wird im gemeinsamen Ausschuss monatlich koordiniert.

Nach dem ersten Krieg in der Ukraine 2014 traf sich der NATO-Russland-Rat ausschließlich sporadisch.

Nach der Vergiftung des Doppelagenten Sergei Skripal in Großbritannien [sic!] im Jahr 2018 [sic!] musste Russland das Personal seiner Ständigen Vertretung bei der NATO auf 20 Mitglieder verkleinern. Die meisten von ihnen durften das Hauptquartier der NATO nicht mehr betreten. Einen Ständigen Vertreter hat Russland seit 2018 nicht mehr ernannt.

Im Oktober 2021 verkündete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Ausweisung von acht russischen Vertretern und die Beschränkung des Personals auf zehn Mitglieder. Als Begründung wurde angeführt, dass es sich bei den russischen Diplomaten um verdeckte Geheimdienstmitarbeiter gehandelt habe.

Daraufhin kündigte Russland noch im selben Monat an, im November 2021 alle eigenen Diplomaten bei der NATO abziehen und Vertretern der NATO in Moskau die diplomatische Akkreditierung zu entziehen. Die russische Staatsführung begründete die Maßnahmen damit, dass es einen Dialog ohnehin nicht gegeben habe. [...]

Auf Initiative Russlands rief Jens Stoltenberg eine Sitzung des NATO-Russland-Rates zum 12. Januar 2022 ein. Anlass waren die Erörterung des Ukraine-Konfliktes und ein direkter Dialog über Russlands Abkommensentwürfe zu ‚Sicherheitsgarantien‘, die eine weitere Osterweiterung der NATO und die Stationierung von NATO-Waffen in unmittelbarer Nähe der russischen Grenzen ausschließen. [...]

Das erste Treffen von Vertretern der 30 NATO-Staaten und Russlands [sic!] seit mehr als zwei Jahren [sic!] brachte jedoch keine Ergebnisse.

Nach Angaben von NATO-Generalsekretär Stoltenberg gab es ‚signifikante Differenzen‘, allerdings auch von russischer Seite die grundsätzliche Bereitschaft, den Dialog fortzuführen und einen Zeitplan für weitere Treffen auszuloten. [...] [...]

Am 17. Februar 2022 erklärte Sergej Lawrow, es sei Russland nicht möglich, sich weiter an Gesprächen zu beteiligen. [...]

[...]

NATO-Russland-Rat in militärischen Konflikten

Kosovo-Konflikt

Infolge des Kosovokriegs zog Russland im März 1999 seinen Vertreter bei der NATO zurück und

nahm die Beziehungen erst im Februar 2000 wieder auf. [...]

Terrorismus-Bekämpfung im Mittelmeer

Die NATO-Staaten unterzeichneten im Dezember 2004 im NATO-Russland-Rat ein Übereinkommen, demzufolge Russland die NATO-Operation Active Endeavour unterstützt. Russland stellte dazu die Fregatten RFS Pitliviy und RFS Ladniy unter NATO-Kommando. [...]

Kaukasus-Konflikt 2008

Am 19. August 2008 beschlossen die Außenminister der NATO vor dem Hintergrund des Georgienkonflikts, die Arbeit des NATO-Russland-Rates bis auf weiteres [sic!] auszusetzen. [...]

Am gleichen Tag wurde die Gründung einer NATO-Georgien-Kommission (‘NATO Georgia Commission’) beschlossen, die die Aufnahme Georgiens in die NATO vorbereiten sollte. [...]

Anfang Dezember 2008 sprachen sich die Außenminister der NATO für die Wiederaufnahme informeller Gespräche im NATO-Russland-Rat aus. Die NATO wolle so ‚ein bedingtes und abgestuftes neues Engagement mit Russland’ einleiten, die Beziehungen seien aber auch weiterhin angespannt. [...]

Nachdem die neue US-Regierung unter Barack Obama einen Neuanfang der Beziehungen zu

Russland angekündigt hatte, beschlossen Anfang März 2009 die Außenminister der NATO-Staaten die Wiederaufnahme von Gesprächen auf Ministerebene im NATO-Russland-Rat. [...]

Ukraine-Konflikt ab 2014

Im September 2014 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der in der NATO verbündeten Länder auf dem NATO-Gipfel in Wales, wegen der Krise in der Ukraine 2014 jegliche praktische militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auszusetzen, die politischen Kommunikationskanäle jedoch weiter offenzuhalten. [...]

Dieser Beschluss folgte einem Übereinkommen der Außenminister der NATO-Staaten vom 1. April 2014, die Kooperation im NATO-Russland-Rat auf die diplomatische Ebene der Botschafter zu beschränken. [...]

Nach zweijähriger Pause tagte der NATO-Russland-Rat erstmals wieder am 20. April 2016 in Brüssel, um ein diplomatisches Vorankommen zu arrangieren. [...]

Bibliografische Angaben für „NATO-Russland-Rat“	
Seitentitel:	NATO-Russland-Rat
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie.
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	12. März 2022, 22:59 UTC
Versions-ID der Seite:	221046296
Permalink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=NATO-Russland-Rat&oldid=221046296
Datum des Abrufs:	19. März 2022, 18:22 UTC

Anhang 7. Rede Wladimir Putins im Bundestag

Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001. Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin aufrichtig dankbar für die Gelegenheit, hier im Bundestag zu Ihnen zu sprechen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, dass ein russisches Staatsoberhaupt in diesem Hohen Hause auftritt. Diese Ehre, die mir heute zuteil geworden ist, bestätigt das Interesse Russlands und Deutschlands am gegenseitigen Dialog.

Ich bin gerührt, dass ich über die deutsch-russischen Beziehungen sprechen kann, über die Entwicklung meines Landes [sic!] sowie des vereinigten Europa und über die Probleme der internationalen Sicherheit - gerade hier in Berlin, in einer Stadt mit einem so komplizierten Schicksal.

Diese Stadt ist in der jüngsten Geschichte der Menschheit mehrmals zum Zentrum der Konfrontation beinahe mit der ganzen Welt geworden. Selbst in der schlimmsten Zeit - noch nicht einmal in den schweren Jahren der Hitler-Tyrannie - ist es aber nicht gelungen, in dieser Stadt den Geist der Freiheit und des Humanismus, für den Lessing und Will-

helm von Humboldt den Grundstein gelegt haben, auszulöschen.

In unserem Lande wird das Andenken an die anti-faschistischen Helden sehr gepflegt. Russland hegte gegenüber Deutschland immer besondere Gefühle. Wir haben Ihr Land immer als ein bedeutendes Zentrum der europäischen und der Weltkultur behandelt, für deren Entwicklung auch Russland viel geleistet hat. Kultur hat nie Grenzen gekannt. Kultur war immer unser gemeinsames Gut und hat die Völker verbunden.

Heute erlaube ich mir die Kühnheit, einen großen Teil meiner Ansprache in der Sprache von Goethe, Schiller und Kant, in der deutschen Sprache, zu halten.

(Ende der Simultanübersetzung)

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, soeben sprach ich von der Einheit der europäischen Kultur. Dennoch konnte auch diese Einheit den Ausbruch zweier schrecklicher Kriege auf diesem Kontinent im letzten Jahrhundert nicht verhindern. Sie verhinderte ebenfalls nicht die Errichtung der Berliner Mauer, die zum unheilvollen Symbol der tiefen Spaltung Europas wurde.

Die Berliner Mauer existiert nicht mehr; sie ist vernichtet. Es wäre angebracht, sich heute daran zu erinnern, wie es dazu gekommen ist.

Ich bin mir sicher, dass großartige Veränderungen in Europa, in der ehemaligen Sowjetunion und in der Welt [sic!] ohne bestimmte Voraussetzungen nicht möglich gewesen wären. Ich denke dabei an die Ereignisse, die in Russland vor zehn Jahren stattgefunden haben.

Diese Ereignisse sind wichtig, um zu begreifen, was bei uns vor sich gegangen ist und was man von Russland in der Zukunft erwarten kann.

Die Antwort ist eigentlich einfach: Unter der Wirkung der Entwicklungsgesetze der Informationsgesellschaft konnte die totalitäre stalinistische Ideologie den Ideen der Demokratie und der Freiheit nicht mehr gerecht werden.

Der Geist dieser Ideen ergriff die überwiegende Mehrheit der russischen Bürger. Gerade die politische Entscheidung des russischen Volkes ermöglichte es der ehemaligen Führung der UdSSR, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die letzten Endes zum Abriss der Berliner Mauer geführt haben.

Gerade diese Entscheidung erweiterte mehrfach die Grenzen des europäischen Humanismus, sodass wir behaupten können, dass niemand Russland jemals wieder in die Vergangenheit zurückführen kann.

(Beifall)

Was die europäische Integration betrifft, so unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie mit Hoffnung.

Wir tun das als ein Volk, das gute Lehren aus dem Kalten Krieg und aus der verderblichen Okkupationsideologie gezogen hat.

Aber hier - so vermute ich - wäre es angebracht, hinzuzufügen: Auch Europa hat keinen Gewinn aus dieser Spaltung gezogen. Ich bin der festen Meinung: In der heutigen sich schnell ändernden Welt, in der wahrhaft dramatische Wandlungen in Bezug auf die Demographie und ein ungewöhnlich großes Wirtschaftswachstum in einigen Weltregionen zu beobachten sind, ist auch Europa unmittelbar an der Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Russland interessiert.

(Beifall)

Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.

(Beifall)

Die ersten Schritte in diese Richtung haben wir schon gemeinsam gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, daran zu denken, was zu tun ist, damit das einheitliche und sichere Europa zum Vorboden einer einheitlichen und sicheren Welt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Sicherheitsbereich haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Das Sicherheitssystem, welches wir in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen haben, wurde verbessert.

Eine der Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts war die beispiellos niedrige Konzentration von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa und in der baltischen Region.

Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land. Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel.

Wie bekannt, haben wir den Vertrag über das allgemeine Verbot von Atomtests, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konvention über das Verbot von biologischen Waffen sowie das START-II-Abkommen ratifiziert. Leider folgten nicht alle NATO-Länder unserem Beispiel.

Da wir angefangen haben, von der Sicherheit zu sprechen, müssen wir uns zuerst klar machen, vor wem und wie wir uns schützen müssen.

In diesem Zusammenhang kann ich die Katastrophe, die am 11. September in den Vereinigten Staaten geschehen ist, nicht unerwähnt lassen. Menschen in der ganzen Welt fragen sich, wie es dazu kommen konnte und wer daran schuld ist. Ich möchte diese Fragen beantworten. Ich finde, dass wir alle daran schuld sind, vor allem wir, die Politiker, denen einfache Bürger in unseren Staaten ihre Sicherheit anvertraut haben. Die Katastrophe geschah vor allem darum, weil wir es immer noch nicht geschafft haben, die Veränderungen zu erkennen, die in der Welt in den letzten zehn Jahren stattgefunden haben.

Wir leben weiterhin im alten Wertesystem. Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Trotz der vielen süßen Reden leisten wir weiterhin heimlich Widerstand. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung. Wir können uns immer noch nicht über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen usw.

Tatsächlich lebte die Welt im Laufe vieler Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen der Konfrontation zweier Systeme, welche die ganze Menschheit mehrmals fast vernichtet hätte. Das war so furchterregend und wir haben uns so daran

gewöhnt, in diesem Count-Down-System zu leben, dass wir die heutigen Veränderungen in der Welt immer noch nicht verstehen können, als ob wir nicht bemerken würden, dass die Welt nicht mehr in zwei feindliche Lager geteilt ist. Die Welt ist sehr viel komplizierter geworden.

(Beifall)

Wir wollen oder können nicht erkennen, dass die Sicherheitsstruktur, die wir in den vorigen Jahrzehnten geschaffen haben und welche die alten Bedrohungen effektiv neutralisierte, heute nicht mehr in der Lage ist, den neuen Bedrohungen zu widerstehen.

Oft streiten wir uns weiterhin über Fragen, die unserer Meinung nach noch wichtig sind. Wahrscheinlich sind sie noch wichtig. Aber währenddessen erkennen wir die neuen realen Bedrohungen nicht und übersehen die Möglichkeit von Anschlägen - und von was für brutalen Anschlägen!

Infolge von Explosionen bewohnter Häuser in Moskau und in anderen großen Städten Russlands kamen Hunderte friedlicher Menschen ums Leben. Religiöse Fanatiker begannen einen unverschämten und großräumigen bewaffneten Angriff auf die benachbarte Republik Dagestan, nachdem sie die Macht in Tschetschenien ergriffen und einfache Bürger zu Geiseln gemacht hatten.

Internationale Terroristen haben offen - ganz offen - ihre Absichten über die Schaffung eines neuen fundamentalistischen Staates zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meer angekündigt, des so genannten Halifat oder der Vereinigten Staaten des Islam.

Ich will gleich hervorheben: Ich finde es unzulässig, über einen Zivilisationskrieg zu sprechen. Fehlerhaft wäre es, ein Gleichheitszeichen zwischen Moslems im Generellen und religiösen Fanatikern zu setzen.

Bei uns zum Beispiel sagte man im Jahre 1999: Die Niederlage der Aggressoren beruht auf der mutigen und harten Antwort der Bewohner Dagestans - und die sind zu 100 Prozent Moslems.

Kurz vor meiner Abfahrt nach Berlin habe ich mich mit den geistlichen Führern der Moslems in Russland getroffen. Sie haben die Initiative ergriffen und eine internationale Konferenz in Moskau unter der Losung durchgeführt: Islam gegen Terror. Ich finde, wir sollten diese Initiative unterstützen.

(Beifall)

Heutzutage verschärfen sich nicht nur die Probleme, die wir schon kennen, sondern es entstehen auch neue Gefahren. In der Tat baut Russland zusammen mit einigen GUS-Ländern eine reale Barriere gegen Drogenschmuggel, organisiertes Verbrechen und Fundamentalismus aus Afghanistan [sic!] wie auch aus Zentralasien und dem Kau-

kasus in Richtung Europa auf. Terrorismus, nationaler Hass, Separatismus und religiöser Extremismus haben überall dieselben Wurzeln und bringen dieselben giftigen Früchte hervor.

Darum sollten auch die Kampfmittel gegen diese Probleme universal sein. Aber zuerst sollten wir uns in einigen grundlegenden Fragen einigen. Wir sollten uns nicht scheuen, die Probleme beim Namen zu nennen. Sehr wichtig ist es, zu begreifen, dass Untaten politischen Zielen nicht dienen können, wie gut diese Ziele auch sein mögen.

(Beifall)

Natürlich soll das Böse bestraft werden; ich bin damit einverstanden. Doch wir müssen verstehen, dass Gegenschläge den vollständigen, zielstrebrigen und gut koordinierten Kampf gegen den Terrorismus nicht ersetzen können. In diesem Sinne bin ich voll und ganz mit dem amerikanischen Präsidenten einverstanden.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, dass die Bereitschaft unserer Partner, gemeinsam Kräfte zu bündeln, um diese realen Gefahren, die nicht erdacht sind, zu bekämpfen, zeigt, wie ernst und zuverlässig unsere Partner sind.

Diese Gefahren können von fernen Grenzen unseres Kontinents in die Mitte des Herzens von

Europa stechen. Ich habe schon mehrmals darüber gesprochen. Aber nach den Ereignissen in den USA brauche ich es nicht mehr zu beweisen.

Was fehlt heute, um zu einer effektiven Zusammenarbeit zu gelangen? Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde, haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten.

Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen.

Dann spricht man wieder von der Loyalität gegenüber der NATO. Es wird sogar gesagt, ohne Russland sei es unmöglich, diese Entscheidungen zu verwirklichen. - Wir sollten uns fragen, ob das normal ist, ob das eine echte Partnerschaft ist.

Die Verwirklichung demokratischer Prinzipien in den internationalen Beziehungen, die Fähigkeit, richtige Beschlüsse zu fassen, und die Bereitschaft zu einem Kompromiss - das ist eine schwierige Sache. Es waren aber ausgerechnet Europäer, die als Erste verstanden haben, wie wichtig es ist, nach einheitlichen Beschlüssen zu suchen und nationalen Egoismus zu überwinden.

Wir sind einverstanden; dies sind gute Ideen. Die Qualität der Beschlussfassungen, deren Effizienz und letzten Endes die europäische und die internationale Sicherheit hängen im Großen und Ganzen davon ab, inwiefern wir diese klaren Grundsätze heute in praktische Politik umsetzen können.

Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben.

Heute müssen wir mit Bestimmtheit und endgültig erklären: Der Kalte Krieg ist vorbei.

(Beifall)

Die Welt befindet sich in einer neuen Etappe ihrer Entwicklung. Wir verstehen: Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich.

Heute sind wir verpflichtet, zu sagen, dass wir uns von unseren Stereotypen und Ambitionen trennen sollten, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas

und die der ganzen Welt zusammen zu gewährleisten.

Liebe Freunde, Gott sei Dank wird Russland in Europa heutzutage nicht nur im Zusammenhang mit Oligarchen, Korruption und Mafia erwähnt. Aber nach wie vor herrscht ein großer Mangel an objektiver Information über Russland. Ich kann mit Zuversicht sagen: Das Hauptziel der Innenpolitik Russlands ist vor allem die Gewährleistung der demokratischen Rechte und der Freiheit, die Verbesserung des Lebensstandards und der Sicherheit des Volkes.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen Rückblick auf die jüngsten Ereignisse werfen: Russland ist den schmerzhaften Weg der Reformen gegangen.

Zu den Maßstäben und Aufgaben, die wir zu lösen hatten, gibt es in der Geschichte keine Analogien. Natürlich wurden viele Fehler gemacht. Nicht alle Probleme sind gelöst. Aber zurzeit ist Russland ein äußerst dynamischer Teil des europäischen Kontinents. Dabei ist das Wort „dynamisch“ nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne gemeint, was besonders hoffnungsvoll zu sein scheint.

Die politische Stabilität in Russland wird dank mehrerer Wirtschaftsfaktoren sichergestellt, nicht zuletzt auch dank eines der liberalsten Steuersysteme in der Welt. Mit einer Einkommensteuer von 13

Prozent und einer Gewinnsteuer von 24 Prozent ist das wirklich so!

(Heiterkeit und Beifall)

Das Wirtschaftswachstum betrug im vorigen Jahr 8,3 Prozent. Für dieses Jahr ging man von nur 4 Prozent aus. Herauskommen wird höchstwahrscheinlich ein Wachstum von ungefähr 6 Prozent; sagen wir 5,5 bzw. 5,7 Prozent, mal sehen.

Gleichzeitig bin ich davon überzeugt: Nur eine umfangreiche und gleichberechtigte gesamteuropäische Zusammenarbeit kann einen qualitativen Fortschritt bei der Lösung solcher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und vieler anderer bewirken.

Wir sind auf eine enge Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit eingestellt. Wir haben die Absicht, in unmittelbarer Zukunft zum Mitglied der Welt handelsorganisation zu werden. Wir rechnen damit, dass uns die internationalen und die europäischen Organisationen dabei unterstützen.

(Beifall)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf solche Dinge lenken, die Sie als Abgeordnete dieses Parlamentes sicher besser einschätzen können und die nicht in den Bereich der Propaganda gehören.

Im Grunde genommen hat sich in unserem Staat ein Prioritäten- und Wertewandel vollzogen. Im Haushalt 2002 nehmen die Sozialausgaben den ersten Platz ein. Ich möchte besonders betonen, dass zum ersten Mal in der Geschichte Russlands [sic!] die Ausbildungsausgaben die Verteidigungsausgaben übertreffen.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein paar Worte zu den deutsch-russischen Beziehungen zu sagen - ich möchte das gesondert betrachten -:

Die russisch-deutschen Beziehungen sind ebenso alt wie unsere Länder. Die ersten Germanen erschienen Ende des ersten Jahrhunderts in Russland.

Am Ende des 19. Jahrhunderts lag die Zahl der Deutschen in Russland an neunter Stelle. Aber nicht nur die Zahl ist wichtig, sondern natürlich auch die Rolle, die diese Menschen in der Landesentwicklung und im deutsch-russischen Verhältnis gespielt haben: Das waren Bauern, Kaufleute, die Intelligenz, das Militär und die Politiker. Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte.

Das schrieb der deutsche Historiker Michael Stürmer. - Ich möchte dazu feststellen, dass die Ge-

schichte genauso wie die Ozeane nicht nur trennt, sondern auch verbindet.

(Beifall)

Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick.

Nicht zufällig wurden früher alle Europäer in Russland Deutsche genannt, die europäische Siedlung in Moskau zum Beispiel „deutscher Vorort“.

Natürlich war der kulturelle Einfluss beider Völker gegenseitig. Viele Generationen von Deutschen und Russen studierten und genießen auch heute Werke von Goethe, Dostojewskij und Leo Tolstoj. Unsere beiden Völker verstehen die Mentalität des jeweils anderen Volkes sehr gut.

Ein gutes Beispiel dafür sind fabelhafte russische Übersetzungen deutscher Autoren. Diese sind sehr nahe an den Texten, erhalten den Rhythmus, die Stimmung und die Schönheit der Originale. Boris Pasternaks Übersetzung des ‚Faust‘ ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, in unserer gemeinsamen Geschichte hatten wir verschiedene Seiten, manchmal auch schmerzhaft, besonders im 20. Jahrhundert. Aber früher waren wir sehr oft Verbündete.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern wurden immer durch enge Abstimmung und durch die Dynastien unterstützt.

Überhaupt spielten Frauen in unserer Geschichte eine besondere Rolle.

(Heiterkeit und Beifall)

Erinnern Sie sich zum Beispiel an die Tochter Ludwigs IV., des Fürsten von Hessen-Darmstadt: Sie ist in Russland als Fürstin Elisabeth bekannt. Sie hatte ein wirklich tragisches Schicksal. Nach dem Mord an ihren Mann gründete sie ein Nonnenkloster.

Während des Ersten Weltkrieges pflegte sie russische und deutsche Verletzte. Im Jahre 1918 wurde sie von Bolschewisten hingerichtet. Ihr galt eine allgemeine Verehrung. Vor kurzem wurde ihr Wirken anerkannt und sie wurde heilig gesprochen. Ein Denkmal für sie steht heute im Zentrum Moskaus.

Vergessen wir auch nicht die Prinzessin von Anhalt-Zerbst. Sie hieß Sophie Auguste Friederike. Sie leistete einen einzigartigen Beitrag zur russischen Geschichte. Einfache russische Menschen nannten sie Mutter. Aber in die Weltgeschichte ging sie als russische Zarin Katharina die Große ein.

Heutzutage ist Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner Russlands, unser bedeutsamster

Gläubiger, einer der Hauptinvestoren und maßgeblicher außenpolitischer Gesprächspartner.

Um ein Beispiel zu nennen: Im vorigen Jahr erreichte der Warenumsatz zwischen unseren Staaten die Rekordhöhe von 41,5 Milliarden DM. Das ist vergleichbar mit dem Gesamtwarenumsatz zwischen den beiden ehemaligen deutschen Staaten und der Sowjetunion.

Ich glaube nicht, dass man sich damit zufrieden geben kann und hier Halt machen darf. Es bleibt noch genug Spielraum für die deutsch-russische Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich bin überzeugt: Wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.

(Beifall)

Zum Schluss will ich die Aussagen, mit denen Deutschland und seine Hauptstadt vor einiger Zeit charakterisiert wurden, auf Russland beziehen: Wir sind natürlich am Anfang des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und einer Marktwirtschaft.

Auf diesem Wege haben wir viele Hürden und Hindernisse zu überwinden. Aber abgesehen von

den objektiven Problemen und trotz mancher - ganz aufrichtig und ehrlich gesagt - Ungeschicktheit schlägt unter allem das starke und lebendige Herz Russlands, welches für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft geöffnet ist.

Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall - Die Abgeordneten erheben sich)

(Schluss: 15.47 Uhr)

Quellenangabe:	Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag, am 25.09.2001;
Ort:	Abgedruckt auf der Homepage des Deutschen Bundestags;
Webadresse:	www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966 ;
Abruf am:	23.03.2022

Anhang 8. Die „Russische Seele“

1. Aus der Sicht der Deutschen.

Besonderheit des Deutschen Russlandbildes.

Ein markanter Aspekt liegt darin, dass das Russlandbild der Deutschen eine Selbstspiegelung darstellt, also das sieht, was es selbst ist. [...] Dieses spezifische Merkmal rührt auch daher, dass beiden Völkern eine Art Seelenverwandtschaft (in Bezug zum russischen und deutschen Sonderweg) nachgesagt wird. [...]

So wird den Deutschen von Russen im Allgemeinen unterstellt, ein besonderes Verständnis für die Russische Seele zu haben, weswegen Deutschland für Russland als direkter und primärer Ansprechpartner, sozusagen als kultureller Übersetzer für westliche Belange gilt. So bewegte sich das Russlandbild der Deutschen wie kein anderes Fremdbild in einem extremen Spannungsfeld zwischen Furcht und Faszination.

Bibliografische Angaben für "Russlandbild"	
Seitentitel:	Russlandbild (Auszug)
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	16. März 2022, 21:27 UTC
Versions-ID der Seite:	221209168
Permalink:	https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Russlandbild&oldid=221209168
Datum des Abrufs:	20. März 2022, 06:35 UTC
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen; diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

2. Aus der Sicht der Russen.

Russische Seele - Russian Soul

Der Begriff ‚**Russische Seele**‘ (auch *große russische Seele mystifizierende russische Seele*; russisch: русская душа, russkaya dusha oder русский дух, russkiy dukh) wurde in der Literatur in Bezug auf die Einzigartigkeit der russischen, nationalen Identität verwendet. [...]

Die Schriften vieler russischer Schriftsteller wie Nikolai Gogol, Leo Tolstoi und Fjodor Dostojewski bieten Beschreibungen der „Russischen Seele“.

Der Begriff

Das Konzept einer russischen Seele entstand in den 1840er Jahren hauptsächlich als literarisches Phänomen.

Der Schriftsteller Nikolai Gogol und der Literaturkritiker Vissarion Belinskii prägten den Begriff gemeinsam bei der Veröffentlichung von Gogols Meisterwerk „Dead Souls“ im Jahr 1842.

Zu dieser Zeit bezeichneten Landbesitzer ihre Leib-eigenen bei Buchhaltungsangelegenheiten häufig als ‚Seelen‘, und der Titel des Romans bezieht sich auf das Schema des Protagonisten, der Vorkaufsrechte an verstorbene Leibeigene [bzw. *deren Erben*, Hinz. d. Übers.] erhob. [...]

Abgesehen von dieser wörtlichen Bedeutung, beabsichtigte Gogol den Titel jedoch, um seine Beobachtung zu dokumentieren, wie der Landbesitzer bei der Ausbeutung von Leibeigenen seine Seele verliert.

Belinskii, ein bekanntermaßen radikaler Kritiker, führte Gogols Absichten ein paar Schritte weiter und folgerte aus dem Roman, dass er eine neuartige Erkenntnis der Existenz einer nationalen Seele enthielte, die neben der Regierung existierte und im Leben der Unterschicht seinen Ursprung hatte.

Tatsächlich verwendete Belinskii den Begriff ‚Russische Seele‘ mehrmals in seinen Analysen von Gogols Werk und von da an gewann der Ausdruck an Bedeutung und wurde schließlich durch die Schriften von Autoren, wie Fjodor Dostojewski, klarer definiert.

Diese berühmte Sorte von Nationalismus war jedoch das Ergebnis einer kontinuierlichen Bemühung der verschiedenen Klassen Russlands, eine nationale Identität zu definieren. [...]

Nach Dostojewski ist *„der grundlegendste, rudimentärste, spirituelle Bedarf des russischen Volkes, der Bedarf an Leiden, immer präsent und unauslöschlich, überall und in allem.“* [...]

Gogol und seine Zeitgenossen etablierten die Literatur als Russlands neue „Waffe der Wahl“, mit der es sich über seine Größe informieren und die Na-

tion zu ihrer für sie bestimmten Position als Weltführer drängen konnte.

Gogol hatte vielleicht keine so großen Vorstellungen, aber mit Hilfe von Belinsky, ebnete er den Weg für ein neues Konzept der russischen Identität - die große russische Seele.

Im Gegensatz zum vorhergehenden ‚russischen Geist‘ (Русский дух), der sich auf die Vergangenheit Russlands konzentrierte, war ‚Russische Seele‘ Ausdruck von Optimismus.

Es betonte die historische Jugend Russlands und ihre Fähigkeit, der Weisheit des Bauern zu folgen, um die Retterin der Welt zu werden.

Obwohl das Konzept der russischen Seele auf westlichen Ideen beruhte, glaubten seine Befürworter, dass Russland diese Ideen zu seinen eigenen gemacht hatte und sie nutzen würde, um Europa vor sich selbst zu retten. [...]

Der Begriff „Russische Seele“ ist auch in der russischen Volkskultur zu finden. [...]

Dostojewski

Die „Russische Seele“ entwickelte sich und trat in den folgenden Jahrzehnten in das westliche Bewusstsein ein, am bekanntesten durch die Arbeit von Fjodor Dostojewski.

In seinen Romanen und Geschichten zeigte Dostojewski einen oft anti-europäischen Nationalismus und nahm häufig einen ‚Volksgeist‘ an, der von ‚unausgesprochenen, unbewussten Ideen, die lediglich stark empfunden werden‘, zusammengehalten werde.

Durch Dostojewskis Tod im Jahr 1881 hatte die ‚Russische Seele‘ ihre Entwicklung in Russland abgeschlossen. [...]

Dostojewski hatte folgende Meinung über die Freiheit und Stärke der „Russischen Seele“: [...]

Es ist erschreckend, wie frei der Geist eines russischen Mannes ist, wie stark sein Wille ist! Niemand wurde jemals so sehr seinem heimatlichen Boden entrissen, wie er manchmal entrissen werden musste; niemand hat jemals eine so scharfe Wendung genommen wie er, indem er seinem eigenen Glauben folgte!

Nach Dostojewski

Von etwa 1880 bis 1930 verbreitete sich das Konzept der ‚Russischen Seele‘, vor allem dank Dostojewski, in anderen Ländern und begann, die Wahrnehmung des russischen Volkes im Ausland zu beeinflussen. Für viele Europäer bot die Idee eine positive Alternative zu der typischen Sichtweise, die Russen als rückständig zu betrachten, stattdessen

sah man nun das russische Volk als Beispiel für eine Unschuld, die der Westen verloren hatte.

Die Popularität der ‚Russischen Seele‘ dauerte bis ins 20. Jahrhundert fort, aber verschwand langsam, als sich sowjetische Macht etablierte.

In den 1930er Jahren geriet das Konzept in Vergessenheit, aber es überlebte in der Arbeit der zahlreichen Autoren, die es entwickelten hatten. [...] [...]

Bibliografische Angaben für “Russian soul”	
Seitentitel:	„Russian Soul“
Herausgeber:	Wikipedia – Die freie Enzyklopädie
Autor(en):	Wikipedia-Autoren, siehe Versionsgeschichte
Datum der letzten Bearbeitung:	07. März 2022, 06:21 UTC
Versions-ID der Seite:	1075703878
Permanentlink:	https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Russian_soul&oldid=1075703878
Datum des Abrufs:	20. März 2022, 07:26 UTC
Übersetzung ins Deutsche:	Der Verfasser.
Unterstreichungen:	Sind im Originaltext blau markiert, um Verlinkungen anzuzeigen; diese Verlinkungen wurden ausgelassen.
Textinterne Fußnoten:	Werden ausgelassen und durch drei hochgestellte Punkte in eckiger Klammer als Auslassung gekennzeichnet: [...]

In memoriam.

Dieses Buch ist entstanden in Zeiten eines unerwarteten Umbruchs.

Wir hatten eine jahrzehntelange Friedenszeit, die nach dem letzten großen Weltkrieg fast 80 Jahre andauert hatte und nun zu Ende ist.

Nichts ist, wie vorher. Es herrscht wieder Krieg in Europa!

Obwohl wir in Deutschland de jure (noch, Stand März 2022) keine reale Kriegspartei sind, sind wir jedoch ungewollt und faktisch in allen Belangen betroffener Streitpartner.

Gedenken wir an dieser Stelle aller Opfer dieser brutalen Territorialmacht Russland und appellieren an deren Bürger, ihren Diktator zu stürzen!

Bildquellen	
Nr. Abbildung	Art + Herkunft der Abbildung
Coverfoto (1)	„Teufel, Maske, Frtze, Hölle, Himmel, Glaube“, aus www.pixabay.de , geralt. Pixabay Nr. 806649. Bezeichnung fürs Buch: Der Teufel.
Abb. 02	„Kampf, Panzer, T34, Der Krieg, Die Armee, Militär“, aus www.pixabay.de , miroslawdurma. Pixabay Nr. 3437126. Bezeichnung fürs Buch: Panzer auf Sockel.
Abb. 03	„Ukraine, Kiew, Kyiv, Maidan“, aus www.pixabay.de , Deleuran. Pixabay Nr. 608142. Bezeichnung fürs Buch: Der „Maidan“ in Kiew.
Abb. 04	„Kiew, Ukraine, Stadt, Himmel, Gebäude, Architekten“, aus www.pixabay.de , Zephyra Pixabay Nr. 5202558. Bezeichnung fürs Buch: Kiew Panorama.
Abb. 05	„Ukraine, Flagge, Frieden, Taube, Vogel, Politik“, aus www.pixabay.de , akitada31.

	Pixabay Nr. 7041364. Bezeichnung fürs Buch: Friedensflagge.
Abb. 06	„Ukraine, Nation, Land, Karte, Flagge, Kiew, Ukrainisch“, aus www.pixabay.de , David_Peterson. Pixabay Nr. 7040700. Bezeichnung fürs Buch: Landkarte Ukraine.
Abb. 07	„Kiev, Pechersk, Lavra, Kirche, Kiew, Kyiv, Ukrainisch“, aus www.pixabay.de , JamesHills. Pixabay Nr. 2052571. Bezeichnung fürs Buch: Kirche in Kiew

